

Handlungsfelder für eine Lokale Beschäftigungsstrategie in der Region Leipzig

Abschlussbericht

im Auftrag der Stadt Leipzig,
Amt für Wirtschaftsförderung



Stadt Leipzig
Dezernat Wirtschaft und Arbeit

mitfinanziert aus Mitteln
des Freistaates Sachsen und des ESF



28. September 2007

Handlungsfelder für eine Lokale Beschäftigungsstrategie in der Region Leipzig

Abschlussbericht

Impressum

Erstellung:

ISG-Dresden Institut für Sozialforschung
und Gesellschaftspolitik GmbH
Büro Berlin
Gorgasring 2
13599 Berlin

Bearbeiter/innen:

Marco Puxi
unter Mitarbeit von Claudia Nielebock / Liane Dolze / Irina Ermischer / Henrik Webel

Gesamtkoordination:

Marco Puxi

Stand:

28. September 2007

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	II
Übersichtenverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Vorbemerkung.....	1
2. Einleitung.....	3
2.1 Rahmenbedingungen	3
2.2 Definitive Grundlagen.....	5
2.3 Methodische Umsetzung der Erstellung einer Lokalen Beschäftigungsstrategie.....	6
3. Wirtschaftliche und demographische Entwicklung	7
3.1 Herausforderungen für die Region Leipzig.....	7
3.2 Zielsystem	10
3.2.1 Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen	10
3.2.2 Unternehmensbezogene Innovationsprozesse beschleunigen.....	14
3.2.3 Attraktivität der Region für Unternehmen sowie für Bürger/innen weiterentwickeln.....	18
4. Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.....	22
4.1 Herausforderungen für die Region Leipzig.....	22
4.2 Zielsystem	23
4.2.1 Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern	25
4.2.2 Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken	30
4.3 Konkrete arbeitsmarktpolitische Interventionsfelder und Maßnahmen für die Stadt Leipzig.....	39
5. Bildung, Ausbildung und Hochschulbildung	41
5.1 Herausforderungen für die Region Leipzig.....	41
5.2 Zielsystem	43
5.2.1 Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung	43
5.2.2 Ausbau des Lehrstellenangebots	47
5.2.3 Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung ausbauen.....	51
6. Steuerung der Strategieumsetzung.....	56
6.1 Herausforderungen für die Region Leipzig.....	56
6.2 Zielsystem	57
7. Zusammenfassung.....	65
7.1 Wirtschaftliche und demographische Entwicklung	65
7.2 Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.....	66
7.3 Bildung, Ausbildung und Hochschulbildung	68
7.4 Steuerung der Strategieumsetzung.....	69
Literatur	71
Anlagen	74

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Vorgehensweise bei Konzepterstellung der Lokalen Beschäftigungsstrategie für die Region Leipzig.....	6
Abbildung 2:	Zielsystem im Handlungsfeld „Wirtschaftliche und demographische Entwicklung“ .	9
Abbildung 3:	Zielsystem im Handlungsfeld „Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“	24
Abbildung 4:	Zielsystem im Handlungsfeld „Schule, Berufsschule und Hochschule“	42
Abbildung 5:	Zielsystem im Handlungsfeld „Steuerung der Strategieumsetzung“	58

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 1	Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung	10
Übersicht 2	Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen – Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	12
Übersicht 3	Indikatoren und Ausgangswerte zur Beschleunigung unternehmensbezogener Innovationsprozesse.....	14
Übersicht 4	Unternehmensbezogene Innovationsprozesse beschleunigen – Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	16
Übersicht 5	Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Attraktivität der Region für Unternehmen und für Bürger/innen	18
Übersicht 6	Attraktivität der Region für Unternehmen sowie für Bürger/innen weiterentwickeln - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	21
Übersicht 7	Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der durch den ESF geförderten berufsbegleitenden Qualifikationen (abs. und rel.) ¹⁾	25
Übersicht 8:	Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern – Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	27
Übersicht 9	Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Attraktivität der Region für Unternehmen und für Bürger/innen	30
Übersicht 10:	Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	35
Übersicht 11:	Fortsetzung - Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	36
Übersicht 12	Indikatoren und Ausgangswerte zur Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung.....	43
Übersicht 13:	Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	46
Übersicht 14	Indikatoren und Ausgangswerte zum Ausbau des Lehrstellenangebots	48
Übersicht 15:	Ausbau des Lehrstellenangebots - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	50
Übersicht 16	Indikatoren und Ausgangswerte zum Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung	52

Übersicht 17: Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulausbildung - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	54
Übersicht 18: Umsetzung der Programme und Projekte optimieren - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	60
Übersicht 19: Umsetzung der Programme und Projekte optimieren - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen	64

Abkürzungsverzeichnis

AA	Arbeitsagentur (früher: Arbeitsamt)
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AGFT	Arbeitsgemeinschaft Freier Träger
AGH	Arbeitsgelegenheiten
APO	Ausbildungsplatzprogramm Ost
B.O.S.S.	Berufliche Orientierung für Schüler und Studierende in Mitteldeutschland
BA	Bundesagentur für Arbeit
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BVMW	Bundesverband mittelständische Wirtschaft
BWS	Bruttowertschöpfung
DAA	Deutsche Angestellten-Akademie
DEHOGA	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EAGFL-A	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
GISA	Gemeinschaftsinitiative Sachen (im Rahmen des APO)
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HWK	Handwerkskammer
IHK	Industrie- und Handelskammer
JUMP	Jugend mit Perspektive
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LEADER+	frz.: Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, dt. Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
mdc-ecomm	Mitteldeutsche Kompetenzzentrum für den elektronischen Geschäftsverkehr
OP	Operationelles Programm
QAB	Qualifizierung für Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem anerkannten Berufsabschluss
QAL	Qualifizierung und Arbeit für Langzeitarbeitslose
RKK	Regionale Koordinierungskreise
SAB	Sächsische Aufbaubank
SAM	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB	Sozialgesetzbuch
SMK	Sächsisches Staatsministerium für Kultus
SMS	Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
SMWK	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
SVB	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
SWOT	Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken
Ü25	Über 25Jährige
U25	Unter 25Jährige
Ü55	Über 55Jährige
VSBI	Verband sächsischer Bildungsinstitute
VSW	Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft
WR	Wachstumsrate
zkT	Zugelassene kommunale Träger (analog werden auch die Begriffe „Optionskommune“ oder „Optierende Kommune“ verwendet)

1. Vorbemerkung

Das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig hat das ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit der Erstellung eines „Konzepts für eine Lokale Beschäftigungsstrategie in der Region Leipzig“ beauftragt. Das ISG-Dresden legt hiermit das vertraglich vereinbarte Konzeptpapier vor. Dieses baut auf den Ergebnissen der im Juli 2007 abgeschlossenen SWOT-Analyse auf. Die SWOT-Ergebnisse wurden im weiteren Verlauf der Arbeiten zur Konzepterstellung im Rahmen von 22 Fachinterviews mit insgesamt 28 Vertreter/innen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch relevanter Akteure der Region¹, - aus der Stadt Leipzig, den Landkreisen Döbeln, Delitzsch, Leipziger Land, Muldentalkreis und Torgau-Oschatz - und in einem 2tägigen Klausurworkshop mit Vertreter/innen der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch relevanten Akteure², zwei Unternehmensworkshops³ und weiteren Abstimmungsrunden im projektbegleitend eingerichteten Lenkungsausschusses einer kritischen Diskussion, Ergänzung und Straffung unterzogen.

Ergebnis dieses iterativen Prozesses ist nunmehr ein Strategiepapier, das auf drei wesentlichen Grundlagen fußt:

- Die wissenschaftlich abgeleiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT) der Region Leipzig, bestehend aus kreisfreier Stadt Leipzig und Landkreisen und den hier tätigen beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren, d.h. Ämter und Behörden, Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung nach dem SGB II, Wirtschaftsförderer, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Branchenverbände, Bildungsdienstleister, Beschäftigungsgesellschaften, Netzwerke, Vereine, Initiativen, Verbände und sonstige Einrichtungen;
- Die Ergebnisse von Fachinterviews und Workshops, in dem die Schlussfolgerungen aus der SWOT-Analyse auf Basis der Erfahrungen von Akteuren und Unternehmen sowie ihren institutionellen Stärken und Präferenzen zu maßnahmebezogenen Portfolios konkretisiert wurden;
- Die Ergebnisse weiterer Abstimmungsrunden über die spezifischen Bereiche der Strategie, die durch den Auftraggeber der Beschäftigungspolitischen Strategie, also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in den kommenden Jahren prioritär besetzt werden sollen.

Der hier vorgelegte Strategiebericht enthält Empfehlungen des ISG-Dresden als unabhängigen Gutachter für die beschäftigungspolitischen Ziele und Maßnahmen der Region in den nächsten 10

¹ Einbezogen wurden 28 Gesprächspartner/innen folgender Einrichtungen: *Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig*, Landratsämter der Landkreise *Torgau-Oschatz* (Amt für Wirtschaftsentwicklung), *Muldentalkreis*, *Leipziger Land* (Bau- und Kreisentwicklungsamt), *Delitzsch*, *Döbeln*, Arbeitsagenturen: *Leipzig* und *Torgau-Oschatz*, Grundsicherungsträger: *ARGE Torgau-Oschatz*, *ARGE Leipziger Land*, *ARGE Leipzig*, *ARGE Delitzsch*, *BGA – Betrieb für Grundsicherung und Arbeitsförderung des Muldentalkreises* und *Amt für Arbeit und Beschäftigungsförderung des LK Döbeln*, Wirtschaftsförderer: *WILL – Wirtschaftsförderung Leipziger Land* und *WFG –Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH*, *IHK zu Leipzig*, *HWK Leipzig*, *DGB – Region Leipzig*, *ugb Unternehmensgründerbüro Leipzig* / Sparkasse Leipzig, *Unternehmerverband Sachsen e.V.* und *Aufbauwerk Region Leipzig*.

² Am Klausurworkshop nahmen Vertreter/innen von unterschiedlichen Ämtern der *Stadt Leipzig* (u.a. Sozialamt, Amt für Wirtschaftsförderung, Jugendamt, ASW, ASD, Referat des Ausländerbeauftragten), des *KEE – Kommunalen Eigenbetrieb Engelsdorf*, der *ARGE Leipzig*, des *Arbeitslosenverbands Deutschland – Landesverband Sachsen e.V.*, des *Amts für Arbeit und Beschäftigungsförderung des Landkreises Döbeln*, der *ZAROF GmbH*, der *IG Metall Leipzig*, des *Amts für Ländliche Entwicklung Wurzen (ALE)*, der *WILL – Wirtschaftsförderung Leipziger Land*, des *BGA – Betrieb für Grundsicherung und Arbeitsförderung des Muldentalkreises*, des *Bürgervereins Probstheida e.V.*, des *VSBI – Verband Sächsischer Bildungsinstitute e.V.*, des *BBV - Berufsbildungsvereins Leipzig*, der *ARGE Oschatz-Torgau*, der *ARGE Leipziger Land*, des *Landratsamts Muldentalkreis*, des *Aufbauwerks Region Leipzig*, der *SAB - Sächsische Aufbaubank* sowie der *IHK zu Leipzig* und der *HWK Leipzig* teil.

³ Mit Vertreter/innen von insgesamt 18 kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region Leipzig.

Jahren. Diese Empfehlungen haben Vorschlagscharakter und bedürfen der weiteren Abstimmung auf Ebene der jeweiligen Akteure in der Region⁴ im Rahmen ihrer geschäftspolitischen Felder.

Auf Wunsch des Lenkungsausschusses wurde entsprechend der Ergebnisse der Sitzung am 11.09.2007 im Rahmen des vorgelegten Konzeptpapiers zusätzlich das Unterkapitel 4.3 aufgenommen, in dem konkrete arbeitsmarktpolitische Interventionsfelder und Maßnahmen für die Stadt Leipzig für die kommenden ein bis zwei Jahre konkretisiert werden. Diese beziehen sich auf Wunsch des Lenkungsausschusses ausschließlich auf das Handlungsfeld 2 „Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“. Eine formelle Beschlussfassung des Stadtrates hierzu ist für den Herbst 2007 geplant.

Das vorliegende Konzept gliedert sich in sieben Kapitel, die sich - nach einer Einleitung in Kapitel 2 - den vier Handlungsfeldern der Strategie zuordnen lassen. Im 7. Kapitel wird eine Zusammenfassung gegeben, in der – auf Wunsch und in Rücksprache mit dem Auftragsgeber – eine Priorisierung der strategischen Ziele in kurzfristiger Perspektive vorgenommen wird.

Im Sinne von Lesbarkeit und Verständlichkeit folgen wir einer knappen Darstellungsweise. Wo notwendig und sinnvoll, wird – insbesondere auf Ebene der zur Umsetzung und Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen – beispielhaft auf Ansätze von Stadt und Landkreisen verwiesen, auf denen die konkreten Aktivitäten der Akteure zukünftig aufbauen können. Für eine vertiefende Lektüre und weiterführende Informationen sei jedoch an dieser Stelle explizit auf den Abschlussbericht zur SWOT-Analyse, auf den SWOT-Materialband sowie die im Literaturverzeichnis aufgeführten Informations- und Literaturquellen verwiesen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass das vorgelegte Strategiepapier auf Wunsch des Auftraggebers primär die lokale Dimension der beschäftigungspolitischen Strategie für die Stadt Leipzig in den Vordergrund stellt. Die aufgegriffenen Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen gelten jedoch für die gesamte Region, also Stadt *und* Landkreise sowie für alle beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - auch außerhalb der Behördenstrukturen. Die Herausforderungen, die sich auf Basis der SWOT-Analyseergebnisse stellen, sind - mit nur wenigen Ausnahmen - für Stadt und Landkreise gleichermaßen relevant. Eine regional abgestimmte strategische Antwort erscheint daher aus Sicht des externen Gutachters zweckmäßig: Sie bündelt finanzielle Ressourcen und fachliche Kompetenzen, vermeidet Förderkonkurrenzen und trägt insgesamt zur weiteren Profilierung der Region in der Arbeitsförderung bei. Die hohe Bereitschaft der beschäftigungsrelevanten Akteure aus der Region zur aktiven Beteiligung an der Umsetzung der Beschäftigungspolitischen Strategie dokumentiert, dass dieser Ansatz auf große Akzeptanz der Praktiker trifft.

Dresden/Berlin, im September 2007

ISG-Dresden
Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH

⁴ Hierzu gehören u.a. Stadtverwaltung, Landratsämter, Kammern, Wirtschafts- und Sozialpartner, Verbände, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, Schulen, Netzwerke, Stadtteilinitiativen, Initiativen zur Förderung des ländlichen Raumes, aber auch der Arbeitsagenturen, ARGEn, zugelassenen kommunalen Träger, Beschäftigungsgesellschaften und –träger, des Regierungspräsidiums, des Aufbauwerks Region Leipzig und der PUUL GmbH.

2. Einleitung

2.1 Rahmenbedingungen

An die Beschäftigungspolitische Strategie werden von Seiten des Auftraggebers - also des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig - und der beschäftigungspolitischen Akteure in der Region hohe Erwartungen geknüpft: Insgesamt sollen die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt, die Rahmenbedingungen für die Erhöhung der Beschäftigung verbessert, die Arbeitslosigkeit in der Region gesenkt, die Effizienz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erhöht und das Bildungssystem qualitativ weiterentwickelt werden.

Diese Ansprüche sind für Stadt und Landkreise, Arbeitsagenturen, ARGEn, Optionskommunen, Bildungsdienstleister, Wirtschafts- und Sozialpartner, Kammern und andere Akteure in der Region nichts grundlegend Neues. Auf die in der Region bereits erprobten und erfolgreichen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte zur Förderung von Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist daher konsequent aufzubauen. Hierbei gilt es jedoch, mehr als in der Vergangenheit zwischen den unterschiedlichen Einflussbereichen und Aktivitätsspielräumen Synergien zu schaffen, da insbesondere hinsichtlich der zukünftig zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten – Stichworte: Phasing-out, Zukunft des Solidarpakts, Haushaltsspielräume von Städten und Gemeinden – mit einer Einengung der Handlungsmöglichkeiten zu rechnen ist. Diese betreffen v.a. folgende Bereiche:

- **Weitere gesetzliche Änderungen in der Umsetzung des SGB II:** Neben notwendigen Anpassungen der Hartz-Arbeitsmarktreformen - auf Basis des Berichts des BMAS zu den Hartz-Reformen und den Kabinettsentscheidungen vom 20.12.2006 - wurden solche Änderungen beispielsweise im Bereich der Leistungsgewährung, aber auch in den Organisationsprozessen insbesondere der ARGEn eingeführt, und weitere sind absehbar – ist darauf hinzuweisen, dass mittelfristig die Konkurrenzmodelle ARGE und Optionskommune im SGB II-Bereich entsprechend der Vorgaben des § 6c SGB II durch eine einheitliche Struktur ersetzt werden sollen. Auf Basis der Evaluation der sog. Experimentierklausel wird mit dem Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag Ende 2008 eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Grundsicherung von erwerbsfähigen Hilfebeziehern allein durch das ARGE- oder das Optionsmodell umgesetzt wird. Dies hat auch in der Region Leipzig institutionelle Konsequenzen für die Grundsicherungsträger und ihre Partner/innen.⁵
- **Dezentralisierung des ESF:** Entsprechend des ESF OPs für den Förderzeitraum 2007-2013 wird der ESF – anders als in der abgeschlossenen ESF Förderperiode – nach fachlichen Gesichtspunkten dezentralisiert umgesetzt. Obwohl die SAB alleinige Bewilligungsstelle für alle ESF Instrumententypen und Projekte bleiben und auch die Struktur regionaler Antragsberatung⁶ erhalten bleiben wird, hat diese fachliche Dezentralisierung durchaus Konsequenzen für die konkrete Organisation beschäftigungspolitisch relevanter Förderprojekte, da Bewertungskriterien für die Förderwürdigkeit nicht mehr zentral durch das SMWA, sondern durch andere Ministerien/Ressorts (allein oder gemeinsam)

⁵ Derzeit ist die Grundsicherung in den Landkreisen Delitzsch, Torgau-Oschatz und Leipziger Land sowie in der kreisfreien Stadt Leipzig im ARGE-Modell organisiert, während die Landkreise Muldentalkreis und Döbeln optiert haben.

⁶ Über die Regionalbüros der SAB

vorgegeben werden. Für Projektträger bedeutet dies neue Strukturen der Kommunikation und Kooperation mit neuen und wechselnden Akteuren auf Landesebene. Darüber hinaus entfallen zukünftig die bisherigen Regionalen Koordinierungskreise (RKK).

- **Phasing-out:** Aus Sicht der Strukturfonds besonders bedeutsam für die Arbeitsmarktakteure in der Region Leipzig ist das sog. Phasing-out. Es besagt – kurz zusammengefasst – die Notwendigkeit, sich noch im Verlauf der neuen Förderperiode 2007-2013 auf geringere Fördervolumina aus den Strukturfonds einrichten zu müssen. Spätestens ab 2014 werden Strukturfondsmaßnahmen in der Region Leipzig nur noch zu maximal 50 % durch EU-Mittel (statt bislang 75 %) finanziert. Mehr denn je stellt sich somit die Frage des effizienten Mitteleinsatzes: Welche Förderinstrumente sind aus beschäftigungspolitischer Sicht hinsichtlich ihrer Wirkungen leistungsfähiger als andere, und welche flankierenden sozialpolitischen Instrumente sind beim ESF – etwa zum Erhalt oder zur Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit und zur Sozialen Stabilisierung – weiterhin notwendig? Wie lassen sich Synergiepotenziale zwischen Wirtschafts- und Arbeitsförderung aus beschäftigungspolitischer Sicht besser nutzen?

Die beschriebenen institutionellen, strukturellen und finanztechnischen Veränderungen bewegen sich zudem in einem sich dynamisch entwickelnden wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Kontext: Zwar werden die positiven konjunkturellen Impulse in den Jahren 2006 und 2007 sowie mittel- und langfristig die demographische Entwicklung den Arbeitsmarkt- und den Ausbildungsstellenmarkt entlasten. Allerdings zeigen die von uns im Rahmen der SWOT-Analyse erstellten Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung, dass die Wachstumsintensität nicht ausreichen wird, um allein die Beschäftigung zu erhöhen. Die größte Herausforderung in der Zukunft liegt also v.a. darin, ein beschäftigungsintensives wirtschaftliches Wachstum in der Region zu erreichen, um den Trend der letzten Jahre einer sich verfestigenden Struktur von Langzeitarbeitslosigkeit konsequent entgegenwirken zu können.

Hierbei ist jedoch auf die realen Handlungsspielräume insbesondere der Verwaltungen auf lokaler Ebene, also von Stadt und Landkreisen, hinzuweisen: Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie Aufgabe des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit. Sie wird ergänzt um eigene arbeitsmarktpolitische Akzente der Länder (i.d.R. ESF-kofinanziert). Die Spielräume von Stadtverwaltung und Landratsämtern liegen vor diesem Hintergrund v.a. darin, zur Verfügung stehende Angebote des Bundes und der Länder sinnvoll und aufeinander abgestimmt einzusetzen und zielgerichtet dort zu ergänzen, wo auf Basis der lokalen Gegebenheiten zielgruppenbezogene, inhaltliche oder strukturelle Förderlücken entstehen. Eigene Akzente können Stadt und Landkreise im Rahmen der allerdings nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch ergänzende Förderangebote – z.B. in der Stadt Leipzig im Rahmen der Fachförderrichtlinie -, durch die Steuerung eines koordinierten Einsatzes von Fördermitteln des Bundes, des Freistaates oder der EU sowie im Rahmen der durch das SGB II gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten bei der Umsetzung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums setzen. Kreise mit zugelassenen kommunalen Trägern können hierbei direkt den aus ihrer Sicht „optimalen“ Mix arbeitsmarktpolitischer Instrumente realisieren, während Kreise und kreisfreie Städte mit ARGEn ihre Handlungsspielräume in der Trägerversammlung nutzen können.

2.2 Definitive Grundlagen

Im Rahmen dieses einführenden Kapitels ist zum besseren Verständnis eine Begriffsklärung notwendig. Denn - so zeigen sowohl die von uns durchgeführten Fachinterviews als auch die Diskussionsbeiträge während der Workshops - regionale Akteure verknüpfen, je nach institutioneller Anbindung, Fördererfahrung und Einbindungsgrad in Netzwerke, unterschiedliche Inhalte mit „Beschäftigungspolitik“.

Unter Beschäftigungspolitik werden alle Maßnahmen im Rahmen der **Wirtschaftspolitik**, die zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen, verstanden. Beschäftigungspolitische Maßnahmen sind demnach Maßnahmen, mit denen das Beschäftigungssystem beeinflusst werden kann. Da im regionalen Kontext auch die Infrastrukturpolitik, Ansiedlungspolitik, die Entwicklung ländlicher Räume oder die Stadtentwicklung Auswirkungen auf das Beschäftigungssystem haben, sind sie Teil der lokalen Beschäftigungspolitik. Nur in den Fällen, in denen Beschäftigungspolitik **direkt** am Arbeitsmarkt ansetzt, sprechen wir von Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne.

Arbeitsmarktpolitik kann damit als „Summe aller Regelungen, Einrichtungen und Aktivitäten, welche die generellen Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage auf den externen und betriebsinternen Arbeitsmärkten und zwischen ihnen beeinflussen sollen“,⁷ verstanden werden. Bei Arbeitsmarktpolitik geht es also nicht um eine Volumenbetrachtung von Beschäftigung insgesamt, sondern um eine direkte Ausgleichsfunktion zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage.

Für die **lokale beschäftigungspolitische Strategie für die Region Leipzig** bedeutet dies, dass alle Maßnahmen und alle Akteure einzubeziehen sind, die sich als beschäftigungspolitisch relevant darstellen, also das Beschäftigungsvolumen in der Region direkt oder indirekt beeinflussen. Arbeitsmarktpolitische Unterstützungsangebote – z.B. der Arbeitsagenturen, der Grundsicherungsträger im SGB II oder des ESF des Freistaates Sachsen – sind daher genauso von Belang, wie öffentlich geförderte Infrastruktur- oder einzelbetriebliche Investitionsvorhaben (u.a. der GA-/EFRE-Förderung, des ELER oder der Technologieförderprogramme des Bundes).

Eine strategische im Gegensatz zu einer operativen oder taktischen Betrachtung ist in der Regel langfristig ausgelegt. Sie dient den Entscheidungsträgern als Grundlage für die langfristige Ausrichtung ihrer Politik.⁸ Dies heißt zwar nicht, dass kurzfristige Zielvorgaben außen vor gelassen werden. Dennoch muss sich der Fokus – auch in Anbetracht der in 2.1 sich mittel- bis langfristig ändernden Rahmenbedingungen – auf die langfristige Ausrichtung der lokalen Beschäftigungspolitik der Region Leipzig richten.⁹

⁷ Kühl, J., Wirkungsanalyse der Arbeitsmarktpolitik, in: Bombach, G.; Gahlen B.; Ott, H. E. (Hrsg.), Arbeitsmärkte und Beschäftigung, Fakten, Analysen, Perspektiven, S. 355-383, Tübingen 1988 sowie Mertens, D.; Kühl J., Arbeitsmarktpolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 1, S. 279-292, Stuttgart 1977

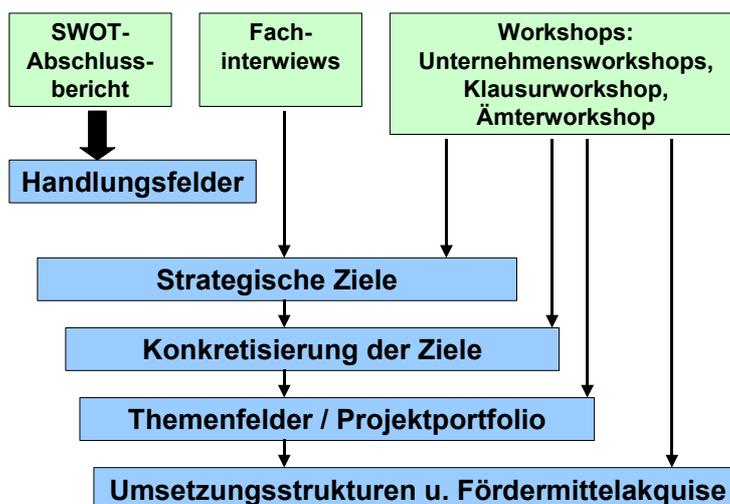
⁸ vgl. hierzu z. B. Gabler-Wirtschafts-Lexikon

⁹ In der Regel heißt es, dass im Rahmen einer Strategie das Zeitfenster für die entsprechende Umsetzung mehr als drei Jahre beträgt. Die Strategie sollte also grundsätzliche Aussagen hinsichtlich der Ausgestaltung von Beschäftigungspolitik treffen, die konkrete Ausgestaltung der Handlungsfelder geschieht eher auf der operativen bzw. taktischen Ebene. Vgl. hierzu z. B. http://www.olev.de/o/operativ_usw.htm

2.3 Methodische Umsetzung der Erstellung einer Lokalen Beschäftigungsstrategie

Wie bereits in der Vorbemerkung ausgeführt, baut das hier vorliegende Konzept für eine Lokale Beschäftigungsstrategie für die Region Leipzig auf den Ergebnissen der im Juni 2007 abgeschlossenen SWOT-Analyse auf. Darüber hinaus wurden 22 Fachinterviews und ein zweitägiger Klausurworkshop mit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch relevanten Akteuren der Region als auch zwei Unternehmensworkshops realisiert. Auch wurde der Entstehungsprozess des Konzepts durch einen projektbegleitend eingerichteten Lenkungsausschuss einer kritischen Diskussion unterworfen.

Abbildung 1: Vorgehensweise bei Konzepterstellung der Lokalen Beschäftigungsstrategie für die Region Leipzig



Nachdem sich im Rahmen der SWOT-Analyse folgende vier Handlungsfelder herauskristallisierten, an denen eine Beschäftigungspolitische Strategie ansetzen soll -

- Wirtschaftliche und demographische Entwicklung;
- Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit;
- Schule, Berufsschule und Hochschule;
- Steuerung der Strategieumsetzung -

galt es mit Hilfe der Fachinterviews und Workshops, diese allgemeinen Handlungsfelder durch die Formulierung von strategischen Zielen mit Inhalt zu füllen. Da strategische Ziele – wie in 2.2 bereits ausgeführt – in der Regel sehr grundsätzlicher Natur und auf längere Sicht ausgelegt sind, galt es im Weiteren, diese vor allem im Rahmen der Workshops weiter zu untergliedern. So konnten Schwerpunkte erarbeitet werden, die in einem letzten Schritt in denkbare Themenfelder aufgeschlüsselt wurden, an welche die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure bei der Ausrichtung ihrer Beschäftigungspolitik / Aktivitäten ansetzen können. Sofern es möglich war, galt es auch konkrete Vorschläge für die Umsetzung bzw. den Ausbau von Projekten zu geben. Auch wurden die für die Realisierung entsprechender Projekte hauptverantwortlichen Akteure als auch mögliche Finanzierungsoptionen (z. B. über Fördermittel) dargelegt.

3. Wirtschaftliche und demographische Entwicklung

3.1 Herausforderungen für die Region Leipzig

Die Region Leipzig verfügt gegenüber anderen Regionen im Freistaat Sachsen und Ostdeutschlands hinsichtlich der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung über eine Reihe sehr günstiger Standortvoraussetzungen und spezifischer Stärken, auf die in Zukunft weiterhin konsequent aufgebaut werden kann. Im Einzelnen ergaben die SWOT-Analyse und die hierauf aufbauenden Experten/inneninterviews und Workshops im Rahmen der Strategieerstellung nach unseren Analysen folgendes regionale Profil:

- **Wirtschaftliche Entwicklung:** Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region weist eine hohe Dynamik auf: Der Dienstleistungsbereich expandiert deutlich, und die Beschäftigtenanteile steigen v.a. in den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Für das Produzierende Gewerbe gehen positive Impulse durch die Wirtschaftsförderung aus: Leipzig ist – nach Allensbach Umfragen – die unternehmerfreundlichste Stadt Deutschland, durch die Cluster-Strategie werden klare Akzente zur weiteren Verbesserung der regionalen Potenzialfaktoren gesetzt, und nicht zuletzt die spektakulären Ansiedlungserfolge in den letzten Jahren dokumentieren die hohe Attraktivität der Region für Investoren. Trotz dieser unverkennbaren Erfolge von Stadt und Landkreisen in der Förderung der gewerblichen Wirtschaft stellen sich nach wie vor strukturelle Herausforderungen: Hatte das Produzierende Gewerbe im ostdeutschen Durchschnitt zwischen 1996 und 2004 einen Anteil an der Bruttowertschöpfung von rd. 29 %, so lag dieser in der Region Leipzig (Stadt und Landkreise) bei rd. 27 %, und in der Stadt Leipzig bei rd. 16 %. Aktuellere Werte für die Stadt Leipzig deuten darauf hin, dass sich der Sektor stabilisiert: So nahm die Zahl an Unternehmen von 2005 auf 2006 in der Stadt Leipzig um 442 (auf 3.595) zu, und der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung stieg auf 18 % (2005). Gleichzeitig sank allerdings die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor von 2005 auf 2006 leicht um rd. 402 Beschäftigte (auf 32.783). Dies impliziert einen sinkenden Anteil der Erwerbstätigen dieses Wirtschaftssektors an den Erwerbstätigen insgesamt von 17,5 % (2005) auf 16,8 % (2006).

Vor diesem Hintergrund besteht nach unserer Einschätzung die Herausforderung in Stadt und Landkreisen, die positiven Wachstumsimpulse in der Region noch stärker mit entsprechend positiven Wirkungen auf das Beschäftigungssystem und insbesondere auf die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe zu verbinden. Notwendig ist daher die Verstetigung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderer von Stadt und Landkreisen sowie der Kammern zur Sicherung, Weiterentwicklung und Erweiterung bestehender Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen insbesondere in den für die Region relevanten Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes.

- **Innovationsdynamik:** Betriebliche Innovationen sind nach unserer Einschätzung zentrale Voraussetzungen für die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wandels und die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Innovationsdynamik in der Region Leipzig weist – entsprechend des Patentatlases 2006 – im gesamtsächsischen Vergleich besondere Stärken in den Bereichen Landwirtschaft, Fahrzeuge/Schiffe/Flugzeu-

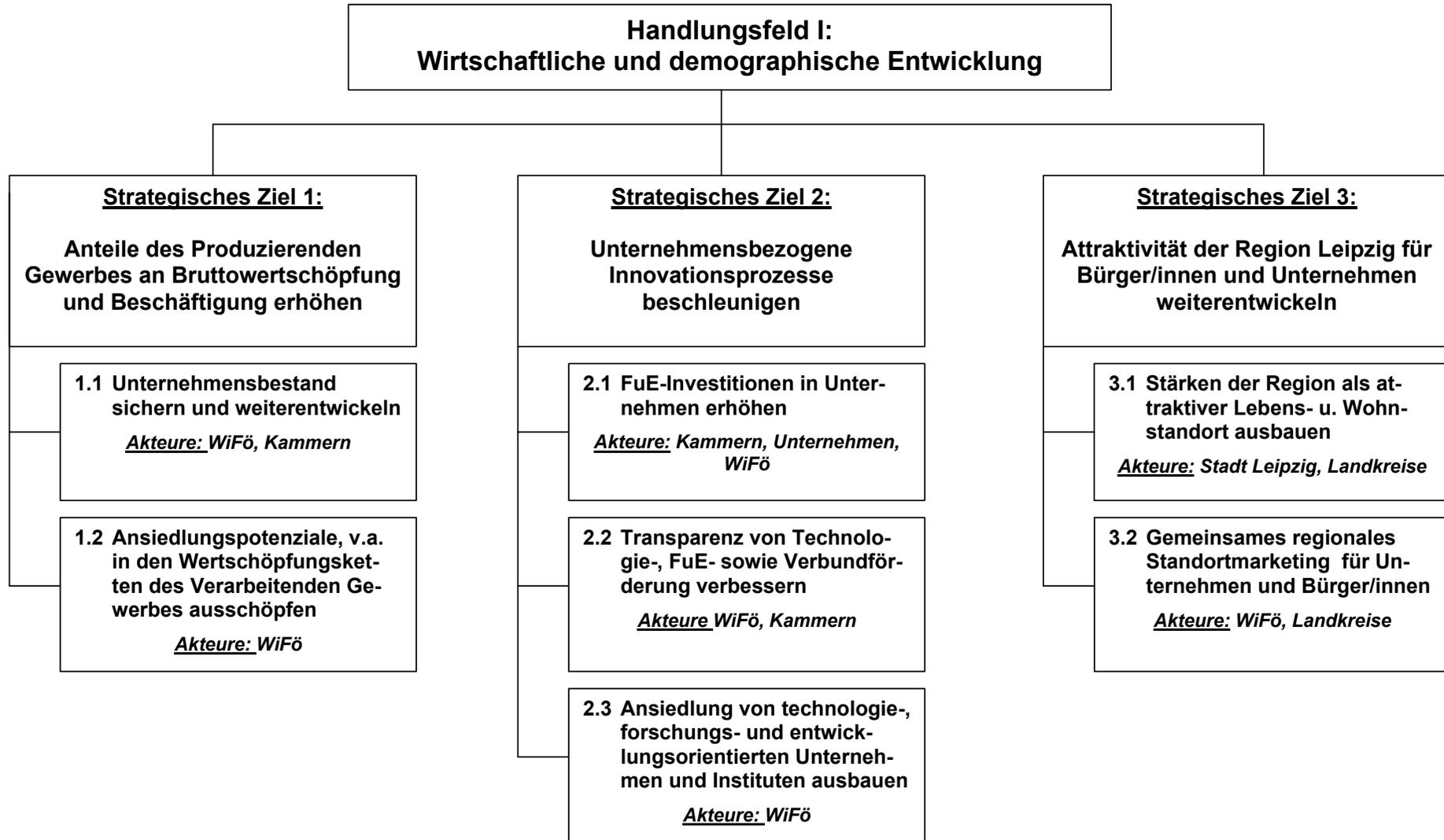
ge, Organische Chemie, Bauwesen und Kernphysik auf, entfaltet sich insgesamt jedoch eher unterdurchschnittlich. So zeigt beispielsweise ein Vergleich der Patentanmeldungen im Regierungsbezirk Leipzig gegenüber den beiden anderen sächsischen Regierungsbezirken einerseits und zwischen der Stadt Leipzig und den kreisfreien Städten Dresden und Chemnitz, dass auch am aktuellen Rand die Innovationstätigkeit in Leipzig (Region und Stadt) weiter ausbaufähig ist.¹⁰ Positiv herauszustellen ist, dass (sachsenweit) über zwei Drittel aller Patentanmeldungen aus der Wirtschaft kommen. Diese Entwicklungen sind nach unserer Einschätzung zukünftig weiter zu verstärken. Notwendig sind vor diesem Hintergrund die nachhaltige Intensivierung von Innovationsprozessen in Unternehmen und eine verstärkte Kooperation von Unternehmen und Hochschulen sowie Forschungsinstitutionen.

- **Demographische Entwicklung weiter stabilisieren:** Die demographische Entwicklung der Region Leipzig weist gegenüber den allgemeinen Entwicklungen im Freistaat Sachsen unverkennbare Stärken auf: Sie verläuft positiver und ist v.a. von regionalen Zuwanderungsgewinnen geprägt. Allein für die Stadt Leipzig ergibt sich zwischen 1999 bis 2006 nach Angaben des Amtes für Statistik und Wahlen per Saldo - also Zuwanderungen abzgl. Abwanderungen - ein Zuwanderungsgewinn von netto 22.537 Menschen. Durch die Zuwanderung wird der natürliche, d.h. demographisch bedingte Rückgang der Bevölkerung – im selben Zeitraum ergab sich ein Geburtendefizit in Höhe von 11.401 – damit mehr als kompensiert. Um auch zukünftig die negativen Konsequenzen des demographischen Wandels abzumildern, sind die vielfachen Maßnahmen von Stadt und Landkreisen zur Erhöhung der Attraktivität und Lebensqualität der Leipziger Region daher weiter zu intensivieren. Neben der weiteren Erschließung von Erholungsgebieten, der Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur und der konsequenten Sanierung und Aufwertung von Stadtteilen, sind der Ausbau familienfreundlicher Infrastrukturangebote sowie in den ländlichen Regionen das Öffentliche Nahverkehrssystem weiter voranzutreiben.
- **Attraktivität der Region und Regionalmarketing:** Die Region Leipzig ist - u.a. durch eine gute Verkehrsinfrastruktur, als Hochschulstandort, durch die Kooperationsbeziehungen von Stadt und Landkreisen oder bei der Flächenverfügbarkeit - ein attraktiver Standort für bestehende und ansiedlungsbereite Unternehmen.

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger verfügt die Region darüber hinaus über hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum, überdurchschnittlich gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eine Vielfalt kultureller Angebote und attraktive Erholungsgebiete. Neben dem weiteren Ausbau dieser für Unternehmen und Bürger/innen gleichermaßen wichtigen Faktoren sollte in der Außendarstellung noch stärker als in der Vergangenheit auf die spezifischen Stärken und Erfolge der Region hingewiesen werden. Eine Vermarktung der Region insgesamt – also ein gleich gerichtetes Vorgehen von Stadt und Landkreisen – könnte nach unserer Einschätzung helfen, die Wettbewerbsposition der Region im Vergleich zu anderen Regionen zu erhöhen.

¹⁰ Vgl. Schmidt, Ruth, Patentanmeldungen nach Regionen, in: Statistischer Quartalsbericht Nr. 1/2007, herausgegeben vom Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, Leipzig 2007

Abbildung 2: Zielsystem im Handlungsfeld „Wirtschaftliche und demographische Entwicklung“



3.2 Zielsystem

Aufbauend auf den dargestellten Herausforderungen für die Region Leipzig wird empfohlen, folgende drei strategische – d.h. übergeordnete – Ziele (vgl. Abbildung 2) zu verfolgen:

1. **Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen;**
2. **Unternehmensbezogene Innovationsprozesse beschleunigen;**
3. **Attraktivität der Region Leipzig für Bürger/innen und Unternehmen weiterentwickeln.**

3.2.1 Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen

Auf Basis unserer Empfehlungen und der Abstimmung mit den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren in der Region Leipzig sollte in der Region Leipzig angestrebt werden, den Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung und den Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in den kommenden 10 Jahren auf das ostdeutsche Niveau zu steigern.

Übersicht 1 Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung

Indikator	Ausgangswert		ostdeutscher Durchschnitt 2004
	Region Leipzig (2004)	Stadt Leipzig (2005/2006)	
Anteil Produzierendes Gewerbe an der BWS	27 %	18 % (2005)	29 %
Anteil Verarbeitendes Gewerbe an der SV-Beschäftigung	15 %	10 % (2006)	19 %

Schwerpunktmäßig werden Maßnahmen zur Umsetzung dieses strategischen Zieles empfohlen, die darauf ausgerichtet sind,

- den Unternehmensbestand zu sichern und weiterentwickeln und
- Ansiedlungspotenziale v.a. in den Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes auszuschöpfen.

Schwerpunkt: Unternehmensbestand sichern und weiterentwickeln

Im Vordergrund der Maßnahmen des **Schwerpunkts 1.1** steht nach Empfehlung der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure die Sicherung und Weiterentwicklung des Unternehmensbestands. Durch die unten aufgeführten Maßnahmen der Wirtschaftsförderer – d.h. Ämter für Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsfördergesellschaften, und Kammern – sollen die bestehenden Unternehmen der Region nachhaltig dabei unterstützt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, neue Märkte zu erschließen und zu sichern, Beschäftigung aufzubauen und Übernahmen zu erleichtern. Von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren der Region werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung empfohlen:

- Die integrierte Unterstützung von Unternehmen bei geplanten Erweiterungen, insbesondere bei Information, Beantragung und Einsatz von Fördermöglichkeiten des Bundes – z.B. KfW-Programme – und des Freistaates – z.B. EFRE-/GA-Förderung –, bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen, bei behördlichen Genehmigungen et cetera verstärken;
- Die integrierte Unterstützung von Unternehmen, die unverschuldet in Schieflage geraten sind (Krisenintervention), u.a. durch die Koordination runder Tische unter Beteiligung von Kreditinstituten, Kammern, Wirtschaftsförderern et cetera, intensivieren;
- Die Unterstützung von Unternehmen, deren Inhaber aus Altersgründen ausscheiden und deren Geschäftsbetrieb durch geeignete Nachfolgeregelungen aus wirtschaftlicher Sicht fortgeführt werden sollte, z.B. über eine Verknüpfung mit Existenzgründungen, erhöhen. Hierbei sind die Unternehmensnachfolgebörsen der Kammern und der Branchenverbände sowie u.a. die Angebote des Unternehmensgründerbüros ugb im Rahmen der Unterstützung von Existenzgründungen gezielt zu nutzen;
- Die Unterstützung von Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte, z.B. durch Förderung der Beteiligung an nationalen und internationalen Messen, der Förderung von Unternehmensverbänden und -netzwerken z.B. zur gemeinsamen Vermarktung et cetera, verstärken; Fördermöglichkeiten des Bundes – z.B. das Auslandsmesseprogramm des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) und des Freistaates im Rahmen der EFRE kofinanzierten Mittelstandsförderung „Messen, Produktpräsentationen und weitere Maßnahmen“ – sind hierbei einzubeziehen. Sollten sich Förderlücken ergeben, könnten Wirtschaftsförderer von Stadt und Landkreisen zusätzliche Fördermöglichkeiten zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang ist auch das Projekt *Regionale Netzwerke* positiv hervorzuheben.

Eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung der oben beschriebenen Maßnahmen kommt - entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure der Region Leipzig - den Wirtschaftsförderern zu. In den jeweiligen Gebietskörperschaften sollen demnach federführend in der Stadt Leipzig das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig und in den Landkreisen die WILL – Wirtschaftsförderung Leipziger Land und WFG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH sowie weitere Ämter für Wirtschaftsförderung tätig sein. Einzubeziehen sein werden die IHK zu Leipzig, die HWK Leipzig, das ugb Unternehmergründerbüro, die Technologie- und Gründerzentren sowie Gewerbeparks in der Region, die SAB-Sächsische Aufbaubank, Sächsische Staatsministerien (insbesondere die EFRE-/GA-Förderreferate im SMWA), die Wirtschaftsförderung Sachsen, die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie die relevanten Branchenverbände.

Übersicht 2 Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen – Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>1.1 Unternehmensbestand sichern und weiterentwickeln</p>	<p>Ämter für WiFö <i>(mit Kammern, Technologie- und Gründerzentren, Gewerbeparks, SAB, Freistaat Sachsen [EFRE- und GA-Förderung von SMWA], WiSo-Partner, Branchenverbände)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Unternehmen bei Erweiterungsinvestitionen • Unterstützung von Unternehmen bei Krisen • Verknüpfung von Nachfolgeregelungen und Existenzgründungen • Unterstützung der Unternehmen bei Erschließung neuer Märkte, z.B. durch Messförderung, Förderung von Unternehmensverbänden, -netzwerken etc. z. B. durch Projekt <i>Regionale Netzwerke</i>
<p>1.2 Ansiedlungspotentiale insbes. in den Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes ausschöpfen</p>	<p>Ämter für WiFö <i>(mit Kammern, Technologie- und Gründerzentren, Gewerbeparks, SAB, Freistaat Sachsen [EFRE- und GA-Förderung von SMWA], WiSo-Partner, Branchenverbände, Verbände der mittelständischen Wirtschaft, Hochschulen)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung von Ansiedlungsvorhaben v.a. in den Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes (z. B. im Rahmen des Projektes <i>SMART START</i>) • Umsetzung von Projekten zur Förderung der Ausgründung aus Hochschulen / Förderung der Gründungsmentalität • Ausweitung von Coaching-Projekten zur nachhaltigen Förderung von Existenzgründungen (z. B. <i>Initiativen der Cluster-Strategie der Stadt Leipzig</i> sowie die Projekte <i>Existenzgründungsförderung im ländlichen Raum</i> und <i>SMART START</i>)

Schwerpunkt: Ansiedlungspotenziale v.a. in den Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes ausschöpfen

Neben der Sicherung und Pflege des Bestands an Unternehmen werden im **Schwerpunkt 1.2** ergänzende Maßnahmen empfohlen, die darauf ausgerichtet sein sollen, weitere Ansiedlungen in der Region zu unterstützen, die sich im Rahmen vertikaler und horizontaler Wertschöpfungsketten dem Verarbeitenden Gewerbe zuordnen lassen. Dies sind alle Formen von Zulieferern, aber auch Unternehmen der relevanten unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Querschnittscluster der Leipziger Cluster-Strategie definiert werden. Die von den beschäftigungspolitischen Akteuren empfohlenen Maßnahmen werden insbesondere darauf ausgerichtet sein,

- Neue Unternehmen in der Region durch eine integrierte Unterstützung bei Standortsuche, Flächenmanagement, Investitionsförderung - insbesondere bei Information, Beantragung und Einsatz von Fördermöglichkeiten des Bundes – z.B. KfW-Programme – und des Freistaates – insbesondere EFRE-/GA-Förderung -, behördlichen Genehmigungen, aber auch – wie durch die PUUL GmbH in den vergangenen Jahren immer wieder praktiziert – bei der Suche nach Fachkräften durch ein überzeugendes Angebotsportfolio und durch attraktive Standortbedingungen anzusiedeln. In diesem Kontext ist beispielsweise das Projekt *SMART START* zu nennen, in dem durch Bereitstellung von einer kostengünstigen Infrastruktur sowie einem intensiven Coaching 25 neue Technologiefirmen in der Region Leipzig innerhalb der nächsten 5 Jahre gegründet werden sollen.
- Ausgründungen aus Hochschulen, die für die Bildung regionaler Wertschöpfungsketten insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe relevant sind, zu unterstützen und die Gründungsmentalität an den Leipziger Hochschulen insgesamt zu fördern.
- Die Gründung von Unternehmen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe durch eine nachhaltige Existenzgründungsförderung zu unterstützen: Hier gilt es in besonderem Maße, die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bei der investiven Förderung des Bundes - KfW-Mittelstands- und Existenzgründungsprogramme - und des Freistaates Sachsen – EFRE-/GA-Investitionsförderung – sowie der Humankapitalförderung – insbesondere – Beratungs-, Existenzgründungs- und Coachingförderung – eng miteinander zu verzahnen. Soweit es sich bei den Existenzgründern um Personen aus Arbeitslosigkeit handelt, sind der Gründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit sowie Existenzgründerseminare und v.a. Coaching-Angebote aus dem ESF des Bundes sowie des Freistaates Sachsen relevant. Daneben sind auch die RKW-Beratungsprogramme von Belang. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die Projekte *Existenzgründungsförderung im ländlichen Raum*, *SMART START* wie auch die vielfältigen Initiativen im Rahmen der Cluster-Strategie Leipzig zu erwähnen, mit dem Ziel der Gründungsberatung und des Gründungscoachings.

Eine steuernde Rolle wird von den beschäftigungspolitischen Akteuren bei diesen Maßnahmen für die Wirtschaftsförderer der Region gesehen. In den jeweiligen Gebietskörperschaften sollen demnach in der Stadt Leipzig das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig und in den Landkreisen die WILL – Wirtschaftsförderung Leipziger Land und WFG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH sowie weitere Ämter für Wirtschaftsförderung federführend tätig sein. Einzubeziehen sein werden die IHK zu Leipzig, die HWK Leipzig, das ugb

Unternehmergründerbüro, die Technologie- und Gründerzentren sowie Gewerbeparks in der Region, die SAB-Sächsische Aufbaubank, Sächsische Staatsministerien (insbesondere die EFRE-/GA- und ESF-Förderreferate im SMWA sowie das ESF-Referat im SWWK), die Wirtschaftsförderung Sachsen, die Wirtschafts- und Sozialpartner, in Fragen der Qualifizierung und des Coachings von Existenzgründungen die Bildungsdienstleister der Region, die relevanten Branchenverbände und Mittelstandsvereinigungen sowie die PUUL GmbH.

3.2.2 Unternehmensbezogene Innovationsprozesse beschleunigen

Die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure verfolgen das Ziel, auf breiter Front unternehmensbezogene Innovationen in der Region Leipzig zu beschleunigen. Erfolgreich umgesetzte Innovationen in Unternehmen bedeuten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit der gesamten Wirtschaftsregion steigt. Da keine statistischen Informationen über Zahl und Intensität von Innovationsprozessen in der Region Leipzig vorliegen, werden behelfsweise die Zahl der Patentanmeldungen sowie der Anteil von Patentanmeldungen aus der Region Leipzig an allen Patentanmeldungen im Freistaat Sachsen zugrunde gelegt.

Demnach soll das Ziel verfolgt werden, die Wachstumsrate der Patentanmeldungen in der Region Leipzig in den nächsten fünf Jahren mindestens auf dem Niveau des Zeitraums 2000-2005 zu halten und den Anteil der Patentanmeldungen im gleichen Zeitraum deutlich über den der Jahre 2000-2005 zu steigern.

Übersicht 3 Indikatoren und Ausgangswerte zur Beschleunigung unternehmensbezogener Innovationsprozesse

Indikator	Ausgangswert	
	Region Leipzig (2000/2005)	Stadt Leipzig (2005/2006)
Wachstumsrate der Zahl an Patentanmeldungen (Fünfjahreszeitraum)	26 %	
Anteil der Patentanmeldungen aus der Region Leipzig an allen Patentanmeldungen im Freistaat Sachsen	14 %	

Schwerpunktmäßig sollen entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure die Maßnahmen zur Umsetzung dieses strategischen Zieles darauf ausgerichtet sein,

- FuE-Investitionen in Unternehmen zu erhöhen,
- die Transparenz von Technologie-, FuE und Verbundförderung zu verbessern und
- die Ansiedlung von Technologie-, forschungs- und entwicklungsorientierten Unternehmen und Instituten auszubauen.

Schwerpunkt: FuE-Investitionen in Unternehmen erhöhen

Wesentliches Anliegen im **Schwerpunkt 2.1** ist nach Einschätzung der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure, die FuE-bezogene Forschungstätigkeit in den Unternehmen der Region Leipzig zu intensivieren und entsprechende Investitionen zu erhöhen. Maßnahmen

werden schwerpunktmäßig entsprechend der Empfehlung der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure folgende Bereiche umfassen:

- Betriebliche FuE-Kapazitäten (investiv), in dem den Unternehmen aus der Region integrierte Unterstützungsdienstleistungen bei Planung, Organisation und Umsetzung FuE-bezogener Investitionen angeboten werden, ausbauen. Hierzu gehört insbesondere die zielführende Nutzung bestehender Technologieförderprogramme des Bundes und des Freistaates Sachsen, insbesondere die EFRE-finanzierte Unterstützung einzelbetrieblicher FuE-Projekte sowie von FuE-Verbundprojekten. Ein sehr gutes Beispiel gibt in diesem Zusammenhang das integrierte Dienstleistungsangebot des BIC-Business Innovation Centre Leipzig.
- Betriebliche FuE-Kompetenzen (Qualifikation), in dem insbesondere die Förderangebote des ESF zum Aufbau personeller FuE-Potenziale in der mittelständischen Wirtschaft (Innovationsassistent) und die Möglichkeiten zur berufsbegleitenden Qualifizierung von Fach- und Führungskräften gezielt genutzt werden sollen, gilt es auszubauen.
- Forschungskapazitäten und Transfereinrichtungen an Hochschulen ausbauen: Das Operationelle Programm des Freistaates Sachsen sieht – unter erstmaliger Beteiligung des SMWK – für den ESF einen verstärkten Einsatz für die Bildung von Clustern und Innovationspolen für Forschung und Entwicklung unter Einbindung der Wirtschaft an Hochschulen vor. In der Region Leipzig sollen die neuen Förderansätze gezielt genutzt werden, um die anwendungs- und unternehmensorientierte Forschung sowie die hierfür erforderlichen Kapazitäten und Transfereinrichtungen auszubauen, um Wissenschaft und Wirtschaft und um Forschungseinrichtungen und Unternehmen gezielt in ihrer Zusammenarbeit zu unterstützen. Ziel dieser Projekte ist es, den Technologie- und Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen zu beschleunigen, die Ausgründung von Unternehmen aus den Hochschulen heraus zu unterstützen sowie Absolventen gezielt auf die berufliche Praxis vorzubereiten. Besonderer Stellenwert kommt hierbei innovativen Projekten an der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu, die erstmalig im Freistaat Sachsen aus dem ESF förderfähig sein werden. Beispielsweise ist hier das Projekt *Wirtschaft trifft Wissenschaft* zu nennen, in dem die IHK Leipzig die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen in der Region direkt unterstützt.
- Projekt „Patent-Coaching“: Patent-Coaching beschreibt ein integriertes Angebot zur Unterstützung von Erfindern und zur Umsetzung, Vermarktung und Weiterentwicklung ihrer Erfindungen. Hierzu gehören u.a. die Beratung und Vermittlung von Förderinstrumenten von Bund und Freistaat, die Vermittlung von Wirtschafts- und Fachinformationen, die Hilfen bei Patentrecherchen, die Erfinderfachberatung von der Idee bis zur erfolgreichen wirtschaftlichen Verwertung, die Beratung und Unterstützung in rechtlichen Fragen und bei der Patentanmeldung oder die Entwicklung von Strategien zur Vermarktung von Erfindungen einschließlich der Anbahnung von Kooperationen und Netzwerken. Auf die guten Erfahrungen im Rahmen des Projekts „SMART START – Coaching für technologieintensive Gründer“ sollte hierbei angeknüpft werden.

Übersicht 4 Unternehmensbezogene Innovationsprozesse beschleunigen – Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>2.1 FuE-Investitionen in Unternehmen erhöhen</p>	<p>Kammern, Unternehmen, WiFö <i>(Technologie- und Gründerzentren, SAB, Freistaat Sachsen [EFRE- und GA-Förderung von SMWA], Hochschulen, Bildungsdienstleister)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau betrieblicher FuE-Kapazitäten (investiv) • Ausbau betrieblicher FuE-Kompetenzen (Qualifikation) • Ausbau von Forschungskapazitäten und Transfereinrichtungen an Hochschulen z. B. durch Projekt <i>Wirtschaft trifft Wissenschaft</i> • Projekt „Patent-Coaching“
<p>2.2 Transparenz von Technologie-, FuE und Verbundförderung verbessern</p>	<p>WiFö, Kammern <i>(Technologie- und Gründerzentren, Branchenverbände)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Projekt „Förderbörse“: Online-/Internet-Datenbank und regionale Informationsstelle • Bereitstellung von unterstützenden und ergänzenden Beratungsdienstleistungen
<p>2.3 Ansiedlung von technologie-, forschungs- und entwicklungsorientierten Unternehmen und Instituten ausbauen</p>	<p>WiFö <i>(mit Kammern, Technologie- und Gründerzentren, Branchenverbände, Freistaat Sachsen [EFRE- und GA-sowie Forschungsförderung von SMWA und SMWK] Förderung)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ansiedlung und Erweiterung von technologieorientierten Unternehmen sowie von Unternehmen mit hoher FuE-Intensität (z. B. im Rahmen der Initiativen der Cluster-Strategie Leipzig) • Ansiedlung und Erweiterung von technologieorientierten sowie FuE-relevanten Instituten und Forschungseinrichtungen

Wesentliche Akteure werden in diesem Handlungsfeld nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure die Kammern und Unternehmen der Region sowie die Wirtschaftsförderer - also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, die WFG-Wirtschaftsfördergesellschaft mbH, die WILL – Wirtschaftsförderung Leipziger Land und andere Wirtschaftsförderämter der Landkreise - sein. In die Umsetzung der Maßnahmen sind - entsprechend ihrer Kompetenzen - die Technologie- und Gründerzentren (wie z.B. das BIC-Business Innovation Centre / Campus Esplanade / BIO CITY Leipzig), die SAB, die Sächsischen Staatsministerien – insbesondere das SMWK und das SMWA - Hochschulen und Bildungsdienstleister einzubeziehen.

Schwerpunkt: Transparenz von Technologie-, FuE und Verbundförderung verbessern

Die SWOT-Analyse hat im Rahmen der durchgeführten Befragungen gezeigt, dass aufgrund der Vielfalt von zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten für Akteure der Beschäftigungspolitik kaum Transparenz gegeben ist. Die Unternehmensworkshops haben diesen Befund auch für die KMU in der Region Leipzig bestätigt. Dieser allgemeine Befund einer wenig transparenten Förderlandschaft gilt auch für Förderangebote, mit denen EU-Kommission (direkt), Bund und Freistaat die Unternehmen in den Bereichen Technologie, FuE und Bildung von Netzwerken und Verbänden unterstützen. Notwendig sind daher aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure im **Schwerpunkt 2.2** Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz entsprechender Fördermöglichkeiten, wie z.B.:

- Erarbeitung und laufende Aktualisierung einer unternehmensbezogenen online- bzw. internetgestützten „Förderbörse“ sowie der Aufbau einer regionalen Anlauf- und Informationsstelle für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Technologie-, FuE- oder Verbundprojekte planen und/oder umsetzen;
- Bereitstellung von unterstützenden Dienstleistungen, wie Beratung, Coaching, Kontakthanbahnung etc.

Federführend aktiv werden bei der Umsetzung dieser Maßnahmen nach Empfehlung der beschäftigungspolitischen Akteure die Wirtschaftsförderer in der Region – also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, die WFG-Wirtschaftsfördergesellschaft mbH, die WILL-Wirtschaftsförderung Leipziger Land und andere Wirtschaftsförderämter der Landkreise. Eine enge Abstimmung mit der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig und der Handwerkskammer Leipzig sowie mit den Technologieberatungsstellen der Region sollte angestrebt werden. Darüber hinaus wird die Einbeziehung der Technologie- und Gründerzentren sowie der Branchenverbände empfohlen.

Schwerpunkt: Ansiedlung von technologie-, forschungs- und entwicklungsorientierten Unternehmen und Instituten ausbauen

Die Region Leipzig verfügt bereits über eine Vielzahl von technologiebezogenen Unternehmen und FuE-relevanten Fraunhofer- sowie Leibniz-Instituten. Diese betrieblichen und nicht-betrieblichen Technologie- und Forschungskapazitäten sollen in den nächsten Jahren – nach Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure – im **Schwerpunkt 2.3** ausgebaut, weiterentwickelt und zielgerichtet ergänzt werden. Als konkrete Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang von den beschäftigungspolitischen Akteuren empfohlen:

- Ansiedlung und Erweiterung von technologieorientierten Unternehmen sowie von Unternehmen mit hoher FuE-Intensität durch eine integrierte Unterstützung bei der Standortsuche, dem Flächenmanagement, der Investitionsförderung - insbesondere bei Information, Beantragung und Einsatz von Fördermöglichkeiten des Bundes – z.B. KfW-Programme – und des Freistaates – insbesondere EFRE-/GA-Förderung – sowie bei behördlichen Genehmigungen und der Kooperationsanbahnung mit Forschungseinrichtungen und Instituten. In diesem Zusammenhang sind erneut die vielfältigen Initiativen der Cluster-Strategie Leipzig im Bereich der Biotechnologie hervorzuheben
- Ansiedlung und Erweiterung von technologieorientierten sowie FuE-relevanten Instituten und Forschungseinrichtungen durch integrierte Beratung und Unterstützung von bestehenden und ansiedlungsbereiten Forschungseinrichtungen und Instituten beim koordinierten Einsatz von bestehenden Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes (insbesondere BMBF) und des Freistaates Sachsen (insbesondere SMWK) sowie bei der Suche nach geeigneten Flächen und Gebäuden.

Diese Maßnahmen sollen nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure primär durch die Wirtschaftsförderer der Region – also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, die WFG-Wirtschaftsfördergesellschaft mbH, die WILL-Wirtschaftsförderung Leipziger Land und andere Wirtschaftsförderämter der Landkreise – koordiniert werden. Als wichtig wird hierbei von den beschäftigungspolitischen Akteuren die enge Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteuren erachtet, insbesondere mit Kammern, Technologie- und Gründerzentren, Branchenverbänden und den relevanten Ressorts des Freistaat Sachsen (im Rahmen der EFRE- und GA- sowie Forschungsförderung von SMWA und SMWK).

3.2.3 Attraktivität der Region für Unternehmen sowie für Bürger/innen weiterentwickeln

Wie bereits oben dargestellt, verfügt die Region Leipzig über hervorragende Standortbedingungen für Investoren und Ansiedlungen, aber auch über eine für Bürgerinnen und Bürger hohe Lebensqualität. Diese positiven Voraussetzungen gilt es, auch in Zukunft weiter zu verstärken, um die Zahl der Unternehmen, die Bevölkerungszahl insgesamt sowie die Zahl der Nettozuzüge (also das positive Saldo zwischen Zuzügen und Fortzügen) weiter zu erhöhen.

Übersicht 5 Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Attraktivität der Region für Unternehmen und für Bürger/innen

Indikator	Ausgangswert	
	Region Leipzig (2006)	Stadt Leipzig (2006)
Zahl der Unternehmen	35.597 (2004)	19.538
Bevölkerung	1.072.123	506.578
Nettozuzüge	1.339	4.939

Schwerpunktmäßig sollen zur Erreichung dieser Ziele nach Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure folgende Interventionsfelder besetzt werden:

- Stärken der Region Leipzig als attraktiver Lebens- und Wohnstandort weiter ausbauen;
- Gemeinsames regionales Standortmarketing für Unternehmen und Bürger/innen realisieren.

Schwerpunkt: Stärken der Region Leipzig als attraktiver Lebens- und Wohnstandort ausbauen

Ein attraktives Wohnumfeld, qualitativ hochwertiger und bezahlbarer Wohnraum, bürgernahe – d.h. auch familienorientierte, zielgruppenspezifische und altersgerechte – Dienstleistungen, Freizeit-, Tourismus- und Kulturangebote, aber auch ein effizientes System des Öffentlichen Personennahverkehrs in Stadt und Landkreisen sind wesentliche Faktoren, die den Lebenswert einer Region aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Diese Ressourcen sind zukünftig auszubauen. Zur Zielerreichung wird im **Schwerpunkt 3.1** von den beschäftigungspolitischen Akteuren insbesondere die Umsetzung folgender Maßnahmen empfohlen:

- Aufbauend auf den Erfahrungen der Gemeinschaftsinitiative URBAN (Leipziger Westen), der integrierten Förderung des Leipziger Ostens, aber auch des CITY-REGIO-Projekts sollen Projekte des integrierten Stadtteil- und Quartiersmanagement in der Stadt Leipzig weiter vorangetrieben werden;
- Analog hierzu sollen in den Landkreisen Projekte zur integrierten Dorfentwicklung – im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) – weiter verstetigt werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Bürgerbeteiligung an den konkret umzusetzenden Maßnahmen;
- Familienfreundliche Dienstleistungen, v.a. in den Bereichen Kinderbetreuung, soziale Dienstleistungen, altersgerechte Angebote, weiter ausbauen
- Erhalt und Aufwertung von Grünanlagen in der Stadt, zur Sicherstellung eines differenzierten Kulturangebots, Ausbau touristischer Anziehungspunkte und Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Landkreisen (z.B. im Rahmen der Verbesserung von Taktfrequenzen, Anschlussmöglichkeiten etc.);
- Hochwertige Instandsetzung und Renovierung von bezahlbarem Wohnraum;
- Bindung von Hochschulabsolventen/innen nach Ende des Studiums an die Region z.B. durch Ausweitung von Praktika für Hochschulabsolventen, durch unternehmensbezogene Weiterqualifizierungsangebote für Hochschulabsolventen oder durch Ausweitung von Promotionsstipendien durch die Unternehmen der Region;
- Effektive Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die in die Region Leipzig zuwandern, in Gesellschaft und Arbeitswelt durch schlüssige Integrationskonzepte;
- Abwanderung junger Fachkräfte, v.a. durch die Ausweitung attraktiver Beschäftigungsmöglichkeiten vermeiden.
- Soziale und bürgernahe Dienstleistungen, die den spezifischen Dienstleistungsbedarfen älterer Menschen entsprechen, ausweiten. Hierbei sollen insbesondere das Erfahrungswissen und

die Potenziale Älterer einschließlich von „Senioexperten“ beispielsweise durch die nachhaltige Förderung von Projekten des bürgerschaftlichen Engagements genutzt werden;

- Unternehmen beim Age- und Diversity-Management unterstützen. Beim Age-Management – AGE = **A**rbeitsfähigkeit und **G**esundheit der Beschäftigten dauerhaft **E**rhalten – handelt es sich insbesondere darum, die Potenziale älterer Beschäftigter in Unternehmen gezielt zu fördern und für das Unternehmen zu nutzen. Beispiele hierfür sind die Bildung altersgemischter Arbeits- und Aufgabenteams oder die Organisation innerbetrieblicher Weiterbildung, in der das Erfahrungswissen Älterer weitergegeben wird. Beim Diversity-Management wird die – auch kulturelle – Heterogenität der Beschäftigten nicht nur beachtet, sondern – z.B. bei der Erschließung neuer Märkte im Rahmen der vorhandenen sprachlichen und kulturellen Kompetenzen – gezielt genutzt.

Es liegt auf der Hand, dass die hier beschriebenen Aktivitäten und Projektansätze Querschnittsaufgaben aller relevanten Akteure in der Region Leipzig sind und somit einer koordinierenden Struktur zu deren gleichgerichteter Umsetzung bedürfen. Vorschläge für solche Umsetzungs- und Koordinierungsstrukturen werden in Kapitel 5 diskutiert.

Schwerpunkt: Gemeinsames regionales Standortmarketing für Unternehmen und Bürger/innen

Insbesondere die durchgeführten Fach- und Klausurworkshops mit Unternehmen und beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren haben gezeigt, dass die Außendarstellung der Region – sowohl mit Blick auf Ansiedlungsinteressenten als auch für Bürgerinnen und Bürger – verbesserungsfähig ist. Bislang wird Standortmarketing im Wesentlichen von den einzelnen Gebietskörperschaften umgesetzt. Darüber hinaus fehlt weitgehend eine zielgruppenspezifische Standortvermarktung. Eine Darstellung der herausragenden Kompetenzen und Stärken der gesamten Region, der effizienten regionalen Unterstützungsstrukturen sowie von Erfolgsbeispielen könnte nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure zukünftig noch stärker helfen, das Interesse an einer Ansiedlung oder eines Zuzugs weiter zu erhöhen.

Im **Schwerpunkt 3.2** werden daher Maßnahmen der überregionale Standortwerbung für Unternehmen einerseits und Bürger/innen andererseits einschließlich der Vermarktung und Positivdarstellung der Region von den beschäftigungspolitischen Akteuren vorgeschlagen, wobei alle Medien und Werbeprodukte – Printprodukte, elektronische Medien etc. – einbezogen werden sollten.

Umgesetzt werden sollen die Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure durch die Wirtschaftsförderer der Region, also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, die WFG-Wirtschaftsfördergesellschaft mbH, die WILL-Wirtschaftsförderung Leipziger Land und andere Wirtschaftsförderämter der Landkreise.

Übersicht 6 Attraktivität der Region für Unternehmen sowie für Bürger/innen weiterentwickeln - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>3.1 Stärken der Region Leipzig als attraktiver Lebens- und Wohnstandort ausbauen</p>	<p>Stadt Leipzig und Landratsämter <i>(Querschnittsaufgabe <u>aller</u> Ämter und Behörden sowie <u>aller</u> relevanten Akteure)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierten Stadtteil- und Quartiersmanagement • Integrierten Dorferneuerung in den Landkreisen (ILEK) • Ausbau familienfreundlicher Dienstleistungen • Aufwertung von Grünanlagen, zum Ausbau der Kulturangebote, zur Tourismusförderung sowie zur qualitativen Verbesserung des ÖPNV • Instandsetzung und Renovierung von bezahlbarem Wohnraum • Stärkere Bindung von Hochschulabsolventen an die Region • Nachhaltige Integration von Menschen mit Migrationshintergrund • Vermeidung der Abwanderung junger Fachkräfte • Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zur gezielten Nutzung der Potenziale Älterer einschl. Seniorexperten sowie zur Ausweitung von spezifischen Dienstleistungen für Ältere • Unterstützung der Unternehmen beim Age- und Diversity-Management¹⁾
<p>3.2 Gemeinsames regionales Standortmarketing für Unternehmen und Bürger/innen</p>	<p>WiFö von Stadt und Landkreisen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere überregionale Standortwerbung für Unternehmen und Bürger/innen einschließlich Vermarktung und Positivdarstellung der Region

¹⁾ Age-Management = Arbeitsfähigkeit und Gesundheit der Beschäftigten dauerhaft Erhalten; Diversity-Management = Vielfaltsmanagement: Beachtet die Heterogenität der Beschäftigten und möchte diese zum Vorteil aller Beteiligten nutzen.

4. Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

4.1 Herausforderungen für die Region Leipzig

Auch in diesem Bereich können auf Basis der SWOT-Analyse für die Region Leipzig im Vergleich zum Freistaat Sachsen und Ostdeutschland einige positive Faktoren hervorgehoben werden. Diese Stärken gilt es zukünftig weiter auszubauen, gleichzeitig aber auch konsequent bestehende Schwächen abzubauen. So können im Rahmen der SWOT-Analyse einschließlich der hierauf aufbauenden Experten/inneninterviews und Workshops im Rahmen der Strategieerstellung folgende Erkenntnisse zusammengefasst werden:

- **Gezielter Einsatz präventiver Arbeitsmarktpolitik:** Es lässt sich zunächst festhalten, dass die (negativen) Wachstumsraten der Erwerbstätigen als auch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1995 bis zum Jahr 2005 ähnlich hoch wie die des Freistaats Sachsen ausgefallen sind. Auch die Ergebnisse der Beschäftigungsprognose bis zum Jahr 2015 lassen keine deutlichen Unterschiede zum Freistaat Sachsen erkennen. Darüber hinaus ergab die Analyse, dass auch die (gegenwärtige) Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen als auch deren prognostizierte Entwicklung für den Regierungsbezirk Leipzig ähnlich der des Freistaats Sachsen ausgefallen ist bzw. ausfallen wird. Lediglich die Stadt Leipzig wies in diesem Zusammenhang eine unausgewogene Qualifikationsstruktur mit einem signifikant höheren Anteil an Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung bzw. einem signifikant geringeren Anteil an Facharbeiter/innen im Vergleich zum Freistaat Sachsen aus.

Es zeigt sich im Rahmen der durchgeführten Analyse, dass vor allem Geringqualifizierte von der negativen Beschäftigungsentwicklung betroffen sind bzw. sein werden – die Prognose ergab negative Wachstumsraten in z.T. zweistelliger Höhe. Gerade hier muss es im Rahmen präventiver Arbeitsmarktpolitik gelten, diese Erwerbspersonen weiter zu qualifizieren, um damit ihr Risiko hinsichtlich Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern. In diesem Zusammenhang empfehlen die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure, berufliche Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte auf die entsprechenden Zielgruppen passgenau zuzuschneiden als auch die Unternehmen im ausreichenden Maß für die Weiterbildungen zu sensibilisieren.

Darüber hinaus zeigen sich für den Regierungsbezirk Leipzig überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten an geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen. Dies kann insofern als problematisch angesehen werden, als die Nachhaltigkeit solcher Arbeitsplätze in Frage gestellt ist oder zumindest die Wahrscheinlichkeit eines zusätzlichen Transferbezugs – Stichwort: Aufstocker – erhöht. Auch ist der Anteil an Erwerbspersonen im sich weiter konsolidierenden Bausektor im Regierungsbezirk Leipzig signifikant höher als im Freistaat Sachsen, was kritisch zu bewerten ist. Insgesamt sehen die beschäftigungspolitischen Akteure daher die Notwendigkeit, mit Hilfe präventiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf dem 1. Arbeitsmarkt in angemessener Weise diesen Herausforderungen zu begegnen.

- **Abbau der Arbeitslosigkeit und Stärkung der sozialen Integration:** Im Regierungsbezirk Leipzig liegt die Arbeitslosenquote in etwa auf dem hohen Niveau des Freistaats Sachsen. So waren beispielsweise im August 2007 knapp 90.000 Personen im Regie-

rungsbezirk arbeitslos, was einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote¹¹ von ca. 16 % entspricht. Betrachtet man die Struktur der Arbeitslosen, so fällt positiv auf, dass der Anteil an Personen älter als 55 Jahre an den Arbeitslosen im Vergleich zum Freistaat Sachsen signifikant geringer ist. Ebenfalls kann festgestellt werden, dass der Anteil von Arbeitslosen unterhalb 25 Jahren zwar im Vergleich zu Sachsen durchschnittlich ausfällt. Allerdings weist Sachsen und damit auch der Regierungsbezirk Leipzig hier deutlich geringere Anteile dieser Personen an den gesamten Arbeitslosen als beispielsweise der Freistaat Thüringen auf. Diese positive Entwicklung gilt es aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure, auch zukünftig gezielt zu verstärken. Insbesondere für Jugendliche ohne schulischen oder beruflichen Abschluss besteht aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure die Notwendigkeit, durch Qualifizierungsangebote, Beschäftigungsförderung am 1. Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Stabilisierung die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu erhöhen.

Im Rahmen der durchgeführten Beschäftigungsprognose zeigte sich, dass auch bei einem angenommenen optimistischen jährlichen Wirtschaftswachstum von 3 % die (Langzeit-) Arbeitslosigkeit zwar reduziert, dennoch ein erheblicher Teil der Sockelarbeitslosigkeit beibehalten wird. In diesem Zusammenhang wird es gelten, die soziale Integration dieser Personen nicht aus dem Blick zu verlieren. Dieser Umstand wird auch durch den gegenwärtig signifikant höheren Anteil von Empfängern im SGB II-Leistungsbezug im Regierungsbezirk Leipzig im Vergleich zum Freistaat Sachsen unterstrichen. Auch gilt es, spezifische Zielgruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Migrationshintergrund, die überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit in der Region betroffen sind, durch gezielte Programme besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

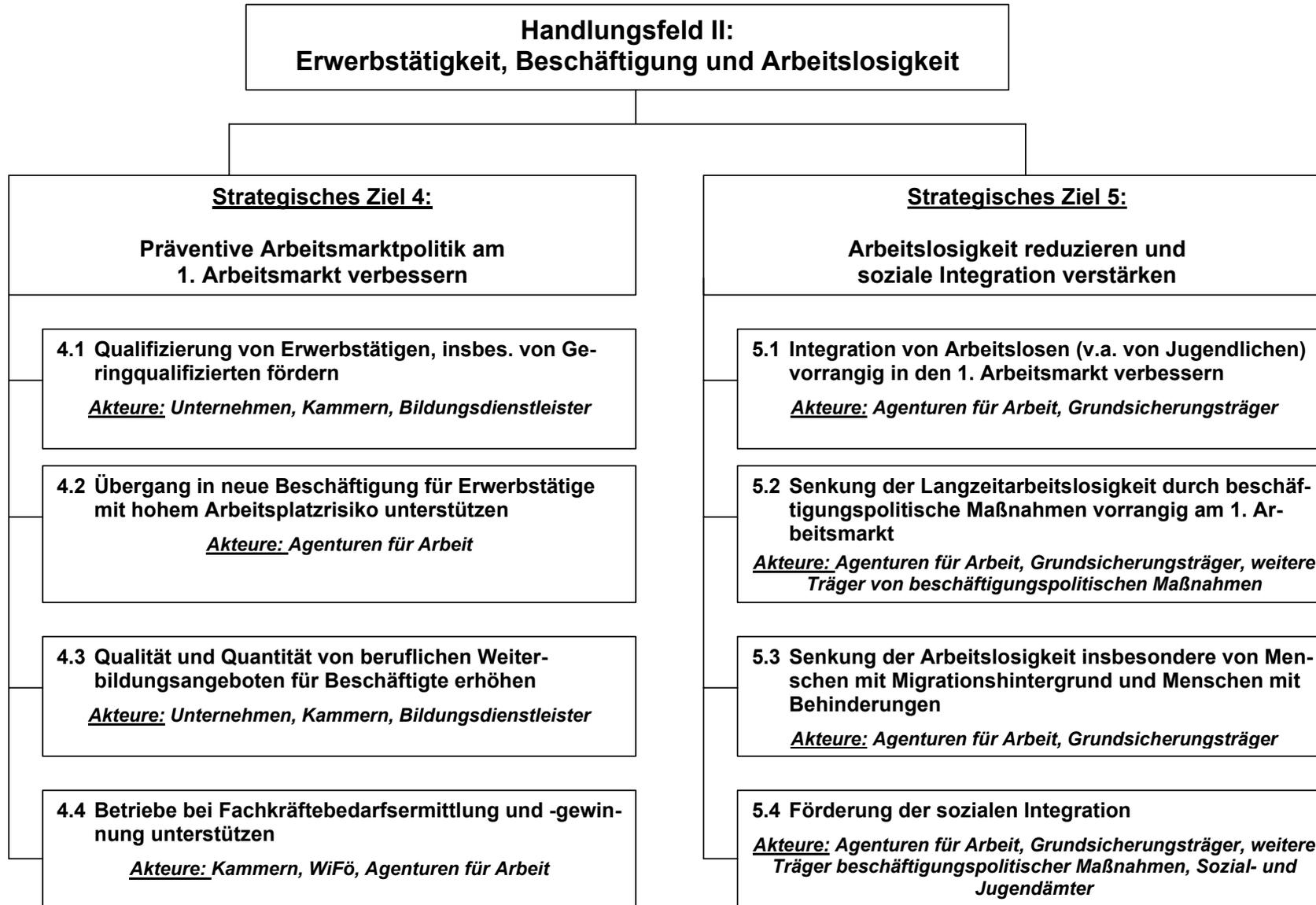
4.2 Zielsystem

In Abbildung 3 werden auf Basis der Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure unter Berücksichtigung der Ergebnisse der SWOT-Analyse zwei strategische Ziele für die Region Leipzig beschrieben, die im Rahmen der beschäftigungspolitischen Strategie erreicht werden sollen:

- 1. Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern;**
- 2. Arbeitslosigkeit reduzieren und soziale Integration verstärken.**

¹¹ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

Abbildung 3: Zielsystem im Handlungsfeld „Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“



4.2.1 Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern

Die Definition der Zielerreichung bei dem oben von den beschäftigungspolitischen Akteuren formulierten Ziel der Verbesserung von präventiver Arbeitsmarktpolitik für Erwerbstätige ist schwer operationalisierbar. Denn letztendlich ist auch ex post schwer nachvollziehbar, wie viele Beschäftigungsverhältnisse ursächlich z. B. durch berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen im Regierungsbezirk Leipzig erhalten werden konnten.

Alternativ werden konkrete Ziele auf Ebene der vier nachfolgend genannten Schwerpunkte vorgeschlagen. Diese Schwerpunkte betreffen:

- Qualifikation von Erwerbstätigen, insbesondere von Geringqualifizierten erhöhen;
- Erwerbstätige mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko bei Übergang in neue Beschäftigung unterstützen;
- Qualität und Quantität von beruflichen Weiterbildungsangeboten für Beschäftigte erhöhen;
- Betriebe bei der Fachkräftebedarfsermittlung und –gewinnung unterstützen.

Schwerpunkt: Förderung der Qualifikation insbesondere von gering qualifizierten Erwerbstätigen

Als Ziel des **Schwerpunkts 4.1** wird vorgeschlagen, die Zahl der Beschäftigten mit Teilnahme an ESF geförderter berufsbegleitender Qualifizierung in der Region Leipzig wesentlich zu erhöhen. Ergänzend wird vorgeschlagen, als weiteres Ziel den Anteil der Beschäftigten in der Region Leipzig mit Beteiligung an ESF geförderter berufsbegleitender Weiterbildung an allen entsprechenden Förderfällen im Freistaat Sachsen auszuweiten (denkbar wäre z. B. auf 25 % analog dem Anteil der Region Leipzig an allen Erwerbstätigen im Freistaat Sachsen 2005).

Übersicht 7 Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der durch den ESF geförderten berufsbegleitenden Qualifikationen (abs. und rel.)¹⁾

Indikator	Ausgangswert
	Region Leipzig (2006)
Anteil der durch den ESF geförderten Beschäftigten mit Teilnahme an berufsbegleitenden Weiterbildungen in der Region Leipzig an allen Förderfällen im Freistaat Sachsen	19 %
Anzahl der durch den ESF geförderten berufsbegleitenden Weiterbildungsteilnehmer	311 (von insgesamt 1.746)

¹⁾ Für die Stadt Leipzig sind keine gesonderten Werte verfügbar.

Als konkrete Maßnahmen werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren vorgeschlagen:

- Modularisierte und individuumszentrierte sowie zielgruppenspezifische Bildungsberatung und -planung von Beschäftigten, wie sie beispielsweise durch die PUUL GmbH, die Kooperationsnetzwerke berufliche Weiterbildung oder die Fachkräftenetzwerke umgesetzt

werden, ausweiten. Hier besteht auch die Möglichkeit, gezielt auf die Qualifizierungsbedarfe von gering qualifizierten Beschäftigten einzugehen. Fördermöglichkeiten bestehen hierzu im Förderzeitraum 2007-2013 durch die ESF Förderrichtlinien von SMWA / SMUL sowie SMS.¹²

- Zielgerichtete modularisierte Qualifizierung von Geringqualifizierten, mit welcher der Erwerb von Teilqualifikationen ermöglicht wird, ausweiten. Eine erfolgreiche (Teil) Qualifizierung von Geringqualifizierten stellt aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherung des Arbeitsplatzes und zur Erhöhung der Chancen für den Übergang in ein neues Arbeitsverhältnis dar.
- Lebenslanges Lernen für alle Erwerbspersonen (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige, Personen in Familienphasen, Hochschulabsolventen, etc.) ist ebenfalls eine von den beschäftigungspolitischen Akteuren empfohlene Maßnahme. Denn gerade die stetige Anpassung an die veränderten Anforderungen im Erwerbsleben verhindert die „Entwertung“ vorhandener formaler und informeller Qualifikationen. Aufgebaut werden kann auf bestehende Erfahrungen im Rahmen der „Lernenden Region Leipzig“.

Zentrale Akteure sind im Schwerpunkt 4.1 aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen die Unternehmen in der Region Leipzig und ihre Beschäftigten. Relevante Partner – insbesondere in Fragen der Weiterbildungsberatung, der Weiterbildungsanalysen, sowie der Organisation konkreter Weiterbildungsangebote – sind darüber hinaus die Kammern, die Bildungsdienstleister sowie die ESF Fachreferate in SMWA, SMS, SMUL. Auch die Arbeitsagenturen und ggf. Grundsicherungsträger sind bedeutend, da diese bei der Anzeige einer drohenden Arbeitslosigkeit durch Beschäftigte gezielt Hinweise auf bestehende ESF Weiterbildungsmöglichkeiten geben können.

¹² In der Richtlinie des SMWA und des SMUL zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds mitfinanzierten Projekten der beruflichen Bildung und Fachkräfteentwicklung heißt es unter Punkt 2.1.A, dass „Projekte zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen“ gefördert werden können. In der ESF-Richtlinie des SMS und SMUL vom 31.07.2007 heißt es im Punkt 2.2 hierzu: „Übergreifende beschäftigungspolitische Ziele der Förderung sind: a) die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen, vorrangig Kleinunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) [...] durch Berufsbegleitende Qualifizierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, b) die Verbesserung des Humankapitals durch Förderung des lebensbegleitenden Lernens und Verbesserung der Berufswahlkompetenz sowie Förderung der Berufsausbildung für Jugendliche“ Vgl. hierzu: http://www.sab.sachsen.de/servlet/PB/show/1041556_11/Richtlinie%20SMWA_SMUL.pdf und http://www.sab.sachsen.de/servlet/PB/show/1041385_11/Richtlinie%20SMS/SMUL.pdf

Übersicht 8: Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern – Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>4.1 Qualifikation von Erwerbstätigen, insbesondere von Geringqualifizierten fördern</p>	<p>Unternehmen, Kammern Bildungsdienstleister (mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA, SMS und SMK], Kammern, Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung Hartz IV)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung von Weiterbildungsangeboten für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Selbständige, Personen in Familienphasen, Hochschulabsolventen etc. aufbauend auf die Erfahrungen des Projektes <i>Lernenden Region Leipzig</i> • Modularisierte und individuumszentrierte Bildungsberatung und -planung für Geringqualifizierte • Umsetzung von zielgerichteten modularisierten Bildungsangeboten für Geringqualifizierte (Teilqualifikation) • Verbesserung der Qualifizierungs- und Berufsorientierung, Begleitung und Betreuung von Geringqualifizierten
<p>4.2 Übergang in neue Beschäftigung für Erwerbstätige mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko unterstützen</p>	<p>Agenturen für Arbeit (mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA], WiSo-Partner, Betriebsräte, Bildungsdienstleister der Region)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Information / Beratung von Beschäftigten mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko (u.a. Bauwirtschaft) über Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten • Umsetzung von frühzeitig einsetzenden berufsbegleitenden Qualifizierungsprojekten • Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Personalentwicklung“ zur Einarbeitungsförderung
<p>4.3 Qualität und Quantität von beruflichen Weiterbildungsangeboten für Beschäftigte erhöhen</p>	<p>Unternehmen, Kammern Bildungsdienstleister (mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA, SMS und SMK], Kammern, Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung Hartz IV, WiSo-Partner, Branchenverbände)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Unterstützung der Unternehmen bei betrieblicher Personal- und Organisationsentwicklung • Stärkere Unterstützung der Unternehmen bei betrieblicher Weiterbildungsbedarfsermittlung in Netzwerken von Unternehmen, Bildungsdienstleistern und Beschäftigten • Stärkerer Fokus auf betriebliche Weiterbildungs- und Umsetzungsberatung (z.B. im Rahmen der Koop-Netzwerke berufliche Weiterbildung) • Modularisierte, betriebsnahe und bedarfsgerechte Qualifizierungsprojekte für Beschäftigte
<p>4.4 Betriebe bei Fachkräftebedarfsermittlung und -gewinnung unterstützen</p>	<p>Kammern, WiFö, Agenturen für Arbeit (mit WiSo-Partnern, Branchenverbänden, Hochschulen, PUUL GmbH)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regionales und branchenbezogenes Fachkräftemonitoring • Unterstützung der Betriebe bei Personalbedarfsermittlung und zur Deckung kurzfristiger Fachkräftebedarfe • Unterstützung der Betriebe bei Bewertung, Auswahl und Rekrutierung von Fachkräften • Ausweitung studienbegleitender Betriebspraktika • Ausweitung von Trainee-Programmen in der Region

Schwerpunkt: Übergang in neue Beschäftigung für Erwerbstätige mit hohem Arbeitsplatzrisiko unterstützen

Da im Regierungsbezirk Leipzig der Anteil an Beschäftigten in den schrumpfenden Sektoren Bau- und Energiewirtschaft wie auch die Anzahl der geringfügig Beschäftigten überproportional hoch ist (siehe die Ergebnisse der SWOT-Analyse) und hier von steigenden Arbeitslosigkeitsrisiken zu rechnen ist, empfehlen die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure im **Schwerpunkt 4.2**, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Chancen auf eine unmittelbare Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko zu erhöhen. Nach Empfehlung der beschäftigungspolitischen Akteure wird in diesem Zusammenhang als Maßnahme die Umsetzung gezielter Beratungsprojekte für Beschäftigte mit hohem Arbeitsplatzrisiko vorgeschlagen. Mit diesen soll über bestehende Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten informiert werden, so dass die Gefahr der Erwerbslosigkeit verringert bzw. bei (eingetretener) Arbeitslosigkeit die Chancen auf einen raschen Wiedereinstieg ins Berufsleben deutlich erhöht werden können. Darüber hinaus wird die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Personalentwicklung“ empfohlen, die sich intensiv mit der Einarbeitungsförderung auseinandersetzt. In diesem Zusammenhang gilt es Fragen hinsichtlich der Operationalisierbarkeit von Förderkriterien als auch der Ausgestaltung dieses Instruments zu beantworten.

Zentraler Akteur sind nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure die Agenturen für Arbeit, wobei eine enge Zusammenarbeit zu den ESF Fachreferaten im SMWA, die Bildungsdienstleister der Region, die WiSo-Partner, aber auch Betriebsräte realisiert werden sollte.

Schwerpunkt: Quantität und Qualität von beruflichen Weiterbildungsangeboten für Beschäftigte erhöhen

Für den erfolgreichen Einsatz von Weiterbildungsangeboten ist die Quantität als auch deren Qualität ein entscheidendes Kriterium. Die Ergebnisse der SWOT-Analyse und die Erfahrungen der beschäftigungspolitischen Akteure in der Region zeigen, dass die Qualität und die Wirkungen von Weiterbildung entscheidend davon abhängen, wie eng sie an den Bedarfen der Unternehmen gekoppelt sind. Hierfür wird die Umsetzung folgender Maßnahmen im **Schwerpunkt 4.3** empfohlen:

- Betriebsnahe Weiterbildungsangebote z.B. am Arbeitsplatz – in enger Abstimmung mit Unternehmen und Kammern – konzipieren, um damit ein größtmögliches Maß an Praxisnähe zu realisieren,
- Stärkere Sensibilisierung der Unternehmen hinsichtlich der Optimierung ihrer Personal- und Organisationsentwicklung. In diesem Zusammenhang wurde konkret die Ausweitung der betrieblichen Weiterbildungs- und Umsetzungsberatung bspw. im Rahmen der *Kooperationsnetzwerke berufliche Weiterbildung* genannt.
- Modularisierte, betriebsnahe und bedarfsgerechte Qualifizierungsangeboten gilt es verstärkt zu schaffen. Damit kann letztlich die Attraktivität der Maßnahmen sowohl aus Sicht der Beschäftigten als auch der Unternehmen erhöht und damit ggf. die Nachfrage gemäß der Zielvorgabe im Handlungsfeld 4.1 weiter gesteigert werden.

Zu den zentralen Akteuren, die für die erfolgreiche Bewältigung des Handlungsfelds notwendig sind, zählen die beschäftigungspolitischen Akteure die Unternehmen der Region. Aufgrund der

Notwendigkeit, Weiterbildungsberatung zu intensivieren, wird es in diesem Schwerpunkt notwendig sein, bei der Konzeption der Qualifizierungen eine enge Zusammenarbeit mit Kammern und Bildungsdienstleister der Region zu realisieren. Darüber hinaus sind auch die WiSo-Partner, Branchenverbände, Arbeitsagenturen und Träger der Grundsicherung (Hartz IV) sowie die ESF Fachreferate in SMWA, SMS und SMUL relevante Akteure, die bei der Umsetzung der Maßnahmen dieses Schwerpunkts einbezogen werden sollten.

Schwerpunkt: Betriebe bei der Fachkräftebedarfsermittlung und -gewinnung unterstützen

Gerade für KMU ist die Abschätzung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften nicht einfach realisierbar. Die durchgeführten Unternehmensworkshops zeigten, dass hierfür kaum ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen sowie Know-how zur Verfügung steht. Auch hinsichtlich der Fragen, welche vielfältigen Möglichkeiten zur Rekrutierung von Fachkräften sowohl in kurz-, mittel- als auch langfristiger Art vorhanden sind, existiert oftmals Unterstützungsbedarf. Darum empfehlen die beschäftigungsrelevanten Akteure im **Schwerpunkt 4.4** als Zielstellung der Strategie, Unternehmen bei der Ermittlung des Fachkräftebedarfs als auch der -gewinnung zukünftig noch stärker zu unterstützen. In diesem Kontext empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Verstetigung der regionalen Fachkräftebedarfsanalysen der Kammern zu einem kontinuierlichen regionalen und branchenbezogenen Fachkräftemonitoring. Nur so können in der Region, differenzierte Aussagen und konkrete Hinweise für Qualifizierungsangebote hinsichtlich des konkreten Bedarfs an Qualifizierung gegeben werden.
- Projekte zur Deckung kurzfristiger Personalbedarfe in Unternehmen verstärkt umsetzen: In erster Linie sind hier Arbeitsagenturen, aber auch Grundsicherungsträger bei der Vermittlung von Arbeitslosen bzw. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in gemeldete Stellen gefordert. Aber auch ergänzende Angebote – wie beispielsweise der PUUL GmbH oder von privaten Arbeitsvermittlungen – sind hier relevant.
- Betriebe bei der Bewertung, Auswahl und Rekrutierung von Fachkräften stärker unterstützen. Auch hier besteht das Erfordernis, die Strukturen im Arbeitgeberservice der Agenturen für Arbeit als auch der Träger der Grundsicherung weiter zu verbessern und Angebote wie der PUUL GmbH qualitativ auszubauen.
- Des Weiteren sollen in diesem Schwerpunkt Projekte umgesetzt werden, mit denen Unternehmen über studienbegleitende Praktika und die Forcierung von Trainee-Programmen in der Region frühzeitig (zukünftige) Fachkräftepotenziale erschließen und ‚on the job‘ qualifizieren können.

Als federführend für die Umsetzung dieser Maßnahmen werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren die Kammern, die regionale Wirtschaftsförderung als auch die Agenturen für Arbeit genannt. Darüber hinaus sollten die WiSo-Partner, die Branchenverbände als auch weitere Dienstleister wie bspw. die PUUL GmbH in die Planung und Umsetzung mit einbezogen werden.

4.2.2 Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken

Zentrale Herausforderung für die nächsten 10 Jahre besteht in der Region Leipzig aus Sicht aller beschäftigungspolitischen Akteure bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die erfolgreichen Förderansätze der Arbeitsmarktförderung, die von Arbeitsagenturen, Grundsicherungsträgern, Beschäftigungsträgern und Initiativen bereits in der Vergangenheit umgesetzt wurden, sind konsequent zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz weiterzuentwickeln. Als ein Beispiel sei die ARGE Leipzig genannt, die die Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt – wie auch andere Träger der Grundsicherung in der Region – in den Fokus ihrer Geschäftspolitischen Ziele stellt. Förderansätze, mit denen sehr gute Erfolge bei der Integration Arbeitsloser in den 1. Arbeitsmarkt erzielt worden sind, haben damit Priorität: Hierzu zählt insbesondere die gezielte und unternehmensnahe Qualifizierung von Arbeitslosen. Bei der im Rahmen vieler Evaluierungsstudien – siehe u.a. die ESF Halbzeitbewertung des Freistaates Sachsen – ebenfalls positiv bewerteten Förderung von Beschäftigungsverhältnissen am 1. Arbeitsmarkt über direkte Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen ist eine sorgfältige Abwägung der Förderintensität (Zahl der gewährten Lohnkostenzuschüsse) wichtig, in der – neben der Nachhaltigkeit der Beschäftigungsverhältnisse auch die möglichen Mitnahmeeffekte zu berücksichtigen sind. Grundsätzlich gilt hier: Je zielgruppenspezifischer die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen erfolgt, desto eher können solche negativen Effekte eingegrenzt werden. Hinsichtlich der beschäftigungsschaffenden Fördermaßnahmen am 2. Arbeitsmarkt gilt – auch mit Blick auf die Ergebnisse der SWOT-Analyse – dass sich diese weniger aus nachweisbaren arbeitsmarktpolitischen Effekten begründen lassen, als vielmehr aus der sozialpolitischen Notwendigkeit: Der Erhalt und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sowie die soziale Stabilisierung von erwerbsfähigen Arbeitslosen steht hier demnach im Vordergrund.

Aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure wird empfohlen, im Handlungsfeld „Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken“ die Senkung der Arbeitslosenquote sowie der Anteile von Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund an den Arbeitslosen unter die entsprechenden Durchschnittswerte für den Freistaat Sachsen insgesamt als Ziele zu verfolgen.

Übersicht 9 Indikatoren und Ausgangswerte zur Erhöhung der Attraktivität der Region für Unternehmen und für Bürger/innen

Indikator	Ausgangswert		Referenzwerte für den Freistaat Sachsen
	Region Leipzig	Stadt Leipzig (2006)	
Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen	18,1 % (2006)	18,7 % (2006)	17,0 % (2006)
Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen	45,0 % (2004) ¹⁾	45,9 % (2006)	45,1 % (2004) ¹⁾
Anteil von Menschen mit Behinderungen an allen Arbeitslosen	2,6 % (2004) ¹⁾	3,8 % (2006)	2,5 % (2004) ¹⁾
Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen	3,1 % (2004) ¹⁾	7,6 % (2006)	2,4 % (2004) ¹⁾

¹⁾ Ab Einführung des SGB II zum 01.01.2005 liegen auf Basis der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit für die zugelassenen kommunalen Träger keine mit ARGE-Daten kompatiblen statistischen Informationen zu den Langzeitarbeitslosen, den Menschen mit Behinderungen sowie den Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Rechtskreis vor. Aus diesem Grunde können keine aktuellen Referenzwerte für den Freistaat Sachsen und die Region Leipzig insgesamt ausgewiesen werden. Näherungsweise werden daher die letzten verfügbaren Werte für das Jahr 2004 zugrunde gelegt.

Schwerpunktmäßig sollen zur Erreichung dieser Ziele nach Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure folgende Interventionsfelder besetzt werden:

- Integration von Arbeitslosen (v. a. von Jugendlichen) vorrangig in den 1. Arbeitsmarkt verbessern;
- Langzeitarbeitslosigkeit durch beschäftigungspolitische Maßnahmen vorrangig am 1. Arbeitsmarkt senken;
- Arbeitslosigkeit insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen senken;
- Soziale Integration fördern.

Schwerpunkt: Integration von Arbeitslosen (v. a. von Jugendlichen) vorrangig in den 1. Arbeitsmarkt verbessern

Grundsätzlich empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure in der Region Leipzig im **Schwerpunkt 5.1**, die bei Agenturen für Arbeit, ARGE n und zugelassenen kommunalen Trägern zur Verfügung stehenden Finanzmittel für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verstärkt auf die Qualifizierung von Arbeitslosen und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu konzentrieren. Darüber hinaus wird die Umsetzung folgender Maßnahmen empfohlen:

- Entwicklung / Umsetzung passgenauer Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose (Alg-I) und erwerbsfähige Hilfebedürftige (Alg-II / Hartz IV) und Umsetzung von individuellen Eingliederungsplänen mit zielgerichteter Kombination mehrerer Eingliederungsinstrumente: Im Vordergrund des individuumszentrierten Ansatzes (Stichwort: Fallmanagement) sollen nach einem eingehenden Profiling bzw. für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen des bei den ARGE n angewendeten Betreuungsstufenkonzepts und ähnlicher Ansätze der zugelassenen kommunalen Träger, entsprechend der individuellen Stärken- und Schwächenprofile die zur Verfügung stehenden Eingliederungsinstrumente der Arbeitsförderung so kombiniert werden, dass die im Profiling ermittelten Schwächen tatsächlich abgebaut und die individuellen Stärken ausgebaut werden;
- Stellenbesetzung, z.B. durch „Stellenscouts“ optimieren;
- Zielgruppenspezifisch notwendige flankierende Angebote der sozialpädagogischen Begleitung und Betreuung und Konzentration von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt für am Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Arbeitslose ausweiten: Erfahrungen aus der ESF Förderung des Förderzeitraums 2000-2006 zeigen, dass sich auf den Erfolg - also die Eingliederungswahrscheinlichkeit – von arbeitsmarktpolitischen Projekten v.a. bei der Qualifizierungsförderung die Koppelung mit sozialpädagogischen Betreuungs- und Beratungsangeboten positiv auswirkt. Für den Regelkreis des SGB II (Hartz IV) sind die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der sog. flankierenden Hilfen konsequent zu nutzen. In diesem Zusammenhang sind ebenfalls die vom Freistaat Sachsen (Richtlinie des SMS) zusätzlich zur Verfügung gestellten Fördermöglichkeiten für sozialpädagogische Angebote zu berücksichtigen.

- Darüber hinaus wird empfohlen, das zum 01.10.2007 neu geschaffene Instrument des *Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer* gemäß § 421p SGB III bekannt und nutzbar zu machen. Dieser Zuschuss kann gewährt werden, wenn Arbeitgeber jüngere Arbeitnehmer mit Berufsabschluss, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und mindestens 6 Monate arbeitslos waren, einstellen. Die Förderdauer liegt bei maximal 12 Monaten, die Förderhöhe darf 50 % nicht überschreiten.
- Es wird ebenso empfohlen, den zum 01.10.2007 neugeschaffenen *Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer* gemäß § 421o SGB III als mögliches Förderinstrument zu kommunizieren und umzusetzen. Im Rahmen dieses Förderinstruments können Arbeitgeber Zuschüsse erhalten, wenn sie Arbeitnehmer, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Vollzeit einstellen, die 1. vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens 6 Monate arbeitslos waren, 2. nicht über einen Berufsabschluss verfügen und 3. im Rahmen des Arbeitsverhältnis qualifiziert werden. Die Förderhöhe beträgt 50 % des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts, wobei mindestens 15 Prozentpunkte für die Qualifizierung des Arbeitnehmers zu leisten sind. Ziel der Qualifizierung ist die betriebsnahe Vermittlung von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, welche die Chancen auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt erhöhen bzw. den Betroffenen für eine Berufsausbildung vorbereiten. Die maximale Förderdauer beträgt 12 Monate.
- Ebenfalls wird empfohlen, die zum 01.10.2007 neugeschaffene Möglichkeit der *Einstiegsqualifizierung* gemäß § 235b SGB III umzusetzen. In diesem Zusammenhang können Unternehmen, die 1. Ausbildungsbewerber mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungsaktionen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, 2. Auszubildende, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen oder 3. lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Auszubildende innerhalb einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung angestellt haben, durch Zuschüsse zur Vergütung bis zu einer Höhe von 192 Euro monatlich zuzüglich eines pauschalisierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbetrags des Auszubildenden gefördert werden. Die Förderdauer liegt zwischen 6 und 12 Monaten. Auch wird die Zertifizierbarkeit der durchgeführten betrieblichen Einstiegsqualifizierung durch die nach dem Berufsbildungsgesetz definierte zuständige Stelle vorausgesetzt. Damit können gerade junge Menschen marktnah qualifiziert und ihnen damit eine Perspektive für die Anstellung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis gegeben werden.

Umgesetzt werden sollen die Maßnahmen im Schwerpunkt 5.1 nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure durch die Agenturen für Arbeit und Grundsicherungsträger, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den ESF Fachreferaten im SMWA und SMS, den Bildungsdienstleistern der Region, den Wirtschafts- und Sozialpartnern, den Beschäftigungsgesellschaften einschließlich des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE), der PUUL GmbH sowie den Wirtschaftsförderern der Region anzustreben ist.

Schwerpunkt: Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit durch beschäftigungspolitische Maßnahmen vorrangig am 1. Arbeitsmarkt

Zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Region Leipzig empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure im **Schwerpunkt 5.2** insbesondere die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Projekte zur Vermeidung des Übergangs von Alg-I zu Alg-II durch gezielte Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung, insbes. von Jugendlichen ohne Berufsabschluss und Älteren: Arbeitsagenturen sollten zukünftig noch stärker Maßnahmen ergreifen, um den Anteil der Arbeitslosen im Alg-I-Leistungsbezug, die aufgrund der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit in den Regelkreis des SGB II wechseln, weiter zu verringern, beispielsweise durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung am 1. Arbeitsmarkt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Projekt JOBChancen von Stadt Leipzig und Berufsbildungswerk Leipzig, in dem durch ein individuelles Profiling, eine gezielte Qualifizierung sowie die Ermöglichung von Betriebspraktika die zielgerichtete Integration von Erwerbslosen verfolgt wird.
- Gezielte Einstellungsförderung Langzeitarbeitsloser am 1. Arbeitsmarkt ausweiten: Unter sorgfältiger Abwägung möglicher Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte, wird den Trägern der Grundsicherung, aber auch den Agenturen für Arbeit empfohlen, Arbeitgebern durch die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen verstärkte Anreize zur Einstellung Langzeitarbeitsloser zu setzen;
- Insbesondere für gering qualifizierte Langzeitarbeitslose wird empfohlen, die Anreizmechanismen der Grundsicherungsträger zur Aufnahme einer auch saisonal begrenzten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu erhöhen;
- Für am 1. Arbeitsmarkt besonders schwer vermittelbare Arbeitslose wird empfohlen, auch weiterhin in angemessener Weise Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt (ABM) zu schaffen. Allerdings ist stärker als bisher – siehe hierzu die SWOT-Analyse – das Instrument der ABM auf eindeutig definierte und schwer vermittelbare Zielgruppen auszurichten (Ältere, Geringqualifizierte, Jugendliche ohne Berufsabschluss, Menschen mit Migrationshintergrund usw.).
- Darüber hinaus wird empfohlen, für den Personenkreis der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ohne Chancen auf Integration in den 1. Arbeitsmarkt das zum 01.10.2007 im Rahmen des § 16a SGB II neu geschaffene Instrument *Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive* zu nutzen. Dieses Instrument sieht vor, die zu erwartende Minderleistung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Vermittlungshemmnissen durch einen Beschäftigungszuschuss von bis zu 75 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgeltes durch die Grundsicherungsträger auszugleichen und damit diesem Personenkreis die Perspektive auf eine Beschäftigung statt dauerhafter Alimentierung durch ALG II zu geben. Als Voraussetzung gilt, dass nur erwerbsfähige Hilfebedürftige gefördert werden können, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mindestens ein Jahr arbeitslos gewesen sind, mindestens zwei in der Person liegende Vermittlungshemmnisse (z. B. Migrationshintergrund, fehlende schulische oder berufliche Qualifikationen, gesundheitliche Einschränkungen oder Sucht- und Schuldenprobleme) aufweisen und eine Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich innerhalb der nächsten 24 Monate ohne diese Förderung nicht möglich ist. Bis

zum 31.03.2008 dürfen zunächst nur Tätigkeiten gefördert werden, die im Sinne des § 260 Abs. 1 Nr. 2 und 3 SGB III zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen und bei Trägern in Sinne des § 21 SGB III durchgeführt werden. Darüber hinaus muss es sich um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflicher/ortsüblicher Entlohnung handeln. Die Förderdauer ist zunächst auf 24 Monate beschränkt, soll aber darüber hinaus ohne zeitliche Befristung erbracht werden, sofern eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ohne diese Förderung voraussichtlich innerhalb der nächsten 24 Monate nicht möglich ist.

Vom Gesetzgeber wird angestrebt, in der laufenden Legislaturperiode bis zu 100.000 Personen zu fördern. Die Belange von besonders betroffenen Regionen sollen im Rahmen der Mittelzuteilung berücksichtigt werden, was eine verstärkte Inanspruchnahme in der Region Leipzig begünstigt.

- Kombilohnmodell (Kombi-Kommunal) ab 2008 nutzen: Die Beschäftigungspolitischen Akteure empfehlen Stadt und Landkreisen die Nutzung des ab 01.01.2008 vom BMAS einzuführenden Programms „Kombi-Kommunal“. Der Bund wird für zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die von den Kommunen für mindestens drei Jahre geschaffen werden, die Hälfte des Bruttolohns (max. 500 Euro im Monat) übernehmen, sofern die angebotenen Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose mit einer Mindestdauer des SGB II-Leistungsbezugs von zwei Jahren eingerichtet werden. Hierbei ist zu beachten, dass nur solche Arbeitsplätze geschaffen werden dürfen, die im allgemeinen Interesse liegen und keine anderen Arbeitsplätze vernichten. Welche Arbeitsplätze dabei tatsächlich förderfähig sind, ist auf kommunaler Ebene von Städten und Gemeinden mit den zuständigen Kammern festzulegen.

Übersicht 10: Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>5.1 Integration von Arbeitslosen (v. a. von Jugendlichen) vorrangig in den 1. Arbeitsmarkt verbessern</p>	<p>Agenturen für Arbeit und Grundsicherungsträger <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA und SMS], Bildungsdienstleister, Beschäftigungsgesellschaften, WiSo-Partner, WiFö, KEE, PUUL GmbH)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Strategische Ausrichtung des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf Qualifizierungsprojekte • Projekte zur Entwicklung / Umsetzung passgenauer Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose (Alg-I) und erwerbsfähige Hilfebedürftige (Alg-II / Hartz IV) und Umsetzung von individuellen Eingliederungsplänen mit zielgerichteter Kombination mehrerer Eingliederungsinstrumente • Optimierung der Stellenbesetzung, z.B. durch „Stellenscouts“ • Ausweitung von zielgruppenspezifisch notwendigen flankierenden Angeboten und Konzentration von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt für am Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Arbeitslose • Nutzung des zum 01.10.2007 neu geschaffenen Instruments des <i>Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer</i> gemäß § 421p SGB III • Nutzung des zum 01.10.2007 neu geschaffenen Instruments des <i>Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer</i> gemäß § 421o SGB III • Nutzung des zum 01.10.2007 neu geschaffenen Instruments der <i>Einstiegsqualifizierung</i> gemäß § 235b SGB III
<p>5.2 Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit durch beschäftigungspolitische Maßnahmen vorrangig am 1. Arbeitsmarkt</p>	<p>Agenturen für Arbeit und Grundsicherungsträger, weitere Träger von beschäftigungspolitischen Maßnahmen <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA und SMS], Bildungsdienstleister, Beschäftigungsgesellschaften, WiSo-Partner, WiFö)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte zur Vermeidung des Übergangs von Alg-I zu Alg-II durch gezielte Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung, insbes. von Jugendlichen ohne Berufsabschluss und Älteren • Ausweitung der gezielten Einstellungsförderung Langzeitarbeitsloser am 1. Arbeitsmarkt • Ausweitung von saisonalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten • Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt (ABM) für schwer vermittelbare Arbeitslose • Nutzung des zum 01.10.2007 neu geschaffenen Instruments <i>Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive</i> • Nutzung des Kombilohnmodells (Kombi-Kommunal) ab 2008 • Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten im 3. Sektor

Übersicht 11: Fortsetzung - Arbeitslosigkeit reduzieren und die soziale Integration verstärken - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>5.3 Senkung der Arbeitslosigkeit insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen</p>	<p>Agentur für Arbeit, Grundsicherungsträger <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA und SMS], Unternehmen, Arbeitsagenturen, WISO-Partner, Beschäftigungsgesellschaften)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung/Umsetzung passgenauer Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose (Alg-I) und erwerbsfähige Hilfebedürftige (Alg-II) • Modellvorhaben zur gezielten Arbeitsmarkteingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen • Berufsbezogene Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund • Beschleunigten Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen • Erhöhung der Zahl an Arbeitsplätzen über Lohnkostenzuschüsse (1. Arbeitsmarkt) und Schaffung von ABM-Möglichkeiten (2. Arbeitsmarkt)¹⁾ für Menschen mit Behinderungen • Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt (ABM) für schwer vermittelbare Arbeitslose (vgl. hierzu auch das zum 01.10.2007 neu geschaffene Instrument <i>Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive</i>) • Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten im 3. Sektor
<p>5.4 Förderung der sozialen Integration</p>	<p>Agentur für Arbeit, Grundsicherungsträger, weitere Träger von beschäftigungs-politischen Maßnahmen, Sozial- und Jugendamt <i>(mit WiSo-Partner, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMWA und SMS], Sozialpädagogische Dienste, Vereine und Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Beschäftigungsgesellschaften, WiSo-Partner, WiFö)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung von Angeboten zur sozialpädagogischen Betreuung für dauerhaft am 1. Arbeitsmarkt nicht nachgefragte Arbeitskräfte • Gezieltere Betreuung von Jugendlichen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses • Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten im „3. Sektor“¹⁾ • Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt (ABM) für schwer vermittelbare Arbeitslose (vgl. hierzu auch das zum 01.10.2007 neu geschaffene Instrument <i>Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive</i>) • Nutzung des Kombilohnmodells (Kombi-Kommunal) ab 2008

Zweiter Arbeitsmarkt: Arbeitsmarkt, der sich vom ersten Arbeitsmarkt dadurch unterscheidet, dass auf ihm Arbeitsplätze oder Beschäftigungsverhältnisse nur mithilfe von öffentlichen Fördermitteln erhalten oder geschaffen werden können. Die Arbeitsplätze des zweiten Arbeitsmarktes würden also ohne die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder finanzielle Zuschüssen nicht zur Verfügung stehen. Mit dem zweiten Arbeitsmarkt wird das Ziel verfolgt, Arbeitslosigkeit zu verringern und den von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen den späteren Übergang in den normalen ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. **Dritter Sektor** (auch: Non-Profit-Sektor): Mit Dritter Sektor wird der gesellschaftliche Bereich, der durch ein Neben- und Miteinander von Marktmechanismus, staatlicher Steuerung und Leistung und gemeinschaftlicher bzw. familiärer Arbeit geprägt ist, in dem jedoch keiner dieser Mechanismen eindeutig vorherrscht. Typischerweise ist das z.B. in sozialen Bereichen wie Selbsthilfe- und selbstorganisierten Gruppen der Fall, wo die Begünstigten einerseits auf staatliche Hilfe angewiesen sind, andererseits die Art und Weise der benötigten Leistungen und Hilfen individuell sehr unterschiedlich ausfallen kann (z.B. in der Drogenhilfe). Der Begriff D.S. wird auch auf Unternehmen angewandt, deren primäres wirtschaftliches Ziel nicht die Gewinnerzielung, sondern die Erbringung einer Leistung (z.B. Angebot von Waren aus der Dritten Welt), die Beschäftigung von ansonsten Arbeitslosen (z.B. Beschäftigungsgesellschaften) etc. ist.

- Beschäftigungsmöglichkeiten im 3. Sektor ausweiten: Mit dem sog. „Dritten Sektor“ wird der gesellschaftliche Bereich definiert, der durch ein Neben- und Miteinander von Marktmechanismus, staatlicher Steuerung und Leistung und gemeinschaftlicher bzw. familiärer Arbeit geprägt ist, in dem jedoch keiner dieser Mechanismen eindeutig vorherrscht. Typischerweise ist das z.B. in sozialen Bereichen wie Selbsthilfe- und selbstorganisierten Gruppen der Fall, wo die Begünstigten einerseits auf staatliche Hilfe angewiesen sind, andererseits die Art und Weise der benötigten Leistungen und Hilfen individuell sehr unterschiedlich ausfallen kann (z.B. in der Drogenhilfe). Der Begriff des „Dritten Sektors“ wird auch auf Unternehmen angewandt, deren primäres wirtschaftliches Ziel nicht die Gewinnerzielung, sondern die Erbringung einer Leistung (z.B. Angebot von Waren aus der Dritten Welt), die Beschäftigung von ansonsten Arbeitslosen (z.B. Beschäftigungsgesellschaften) etc. ist. Die im Rahmen der SWOT-Analyse durchgeführten Befragungen, Fachinterviews und Workshops haben gezeigt, dass in solchen Initiativen, Kulturbetrieben, Vereinen etc. noch nicht ausgeschöpfte Beschäftigungspotenziale bestehen, die beispielsweise im Zuge der Förderung durch ABM erschlossen werden könnten.

Umgesetzt werden sollen die Maßnahmen im Schwerpunkt 5.2 nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure durch die Agenturen für Arbeit und Grundsicherungsträger sowie weitere Träger von beschäftigungspolitischen Maßnahmen, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den ESF Fachreferaten des SMWA und SMS, Bildungsdienstleistern, Beschäftigungsgesellschaften, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Ämter für Wirtschaftsförderung angestrebt werden sollte.

Schwerpunkt: Senkung der Arbeitslosigkeit insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen

Zur Senkung der Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei den in der Region Leipzig überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure im **Schwerpunkt 5.3** die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Entwicklung/Umsetzung passgenauer Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose (Alg-I) und erwerbsfähige Hilfebedürftige (Alg-II);
- Modellvorhaben zur gezielten Arbeitsmarkteingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen umsetzen;
- Stärkerer Fokus auf berufsbezogene Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund;
- Beschleunigten Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen;
- Zahl an Arbeitsplätzen über Lohnkostenzuschüsse (1. Arbeitsmarkt) und Schaffung von ABM-Möglichkeiten (2. Arbeitsmarkt)¹ für Menschen mit Behinderungen erhöhen;
- Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt (ABM) für schwer vermittelbare Arbeitslose bereitstellen. In diesem Zusammenhang sei auch auf das zum 01.10.2007 neu eingeführte Förderinstrument *Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive* gemäß § 16a SGB II verwiesen;

- Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Menschen mit Behinderungen im 3. Sektor ausweiten.

Umgesetzt werden sollen die Maßnahmen im Schwerpunkt 5.3 nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure durch die Agenturen für Arbeit und Grundsicherungsträger, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den ESF Fachreferaten des SMWA und SMS, Unternehmen, Arbeitsagenturen, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Beschäftigungsgesellschaften angestrebt werden sollte.

Schwerpunkt: Förderung der sozialen Integration

Eine weitere Herausforderung im **Schwerpunkt 5.4** aus Sicht der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure ist, dass auch perspektivisch ein großer Teil von Arbeitslosen nicht in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden kann. Selbst bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 3% – so legte die im Rahmen der SWOT-Analyse realisierte Beschäftigungsprognose dar – kann die Sockelarbeitslosigkeit kaum reduziert und damit einem erheblichen Teil der Arbeitslosen kein Beschäftigungsverhältnis im 1. Arbeitsmarkt angeboten werden.

Berücksichtigt man weiter, dass laut Aussagen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure ein nicht unerheblicher Teil der (Langzeit-)Arbeitslosen kurz- bis mittelfristig nicht die benötigte „Beschäftigungsfähigkeit“ aufbringt, um für den ersten Arbeitsmarkt als „integrierbar“ zu gelten, so wird deutlich, dass Konzepte vonnöten sind, die diesen Personen zumindest langfristig die Chance auf Integration erhalten können.

Darüber ist es aus sozialpolitischer Sicht angezeigt, Personen in schwierigen sozialen Situationen eine Perspektive der ‚sozialen Integration‘ zu bieten.

So wurden in diesem Zusammenhang von den beschäftigungspolitischen Akteuren folgende Maßnahmen zur Umsetzung empfohlen:

- Sozialpädagogische Betreuung für dauerhaft am 1. Arbeitsmarkt nicht nachgefragte Arbeitskräfte ausbauen: Oftmals ist der Umstand der Nichtintegrierbarkeit von Betroffenen mit schwierigen sozialen Situationen korreliert. Zum anderen kann ein schwieriges soziales Umfeld andere Faktoren, die zu einer eingeschränkten Vermittelbarkeit am 1. Arbeitsmarkt führen, weiter verstärken. In diesem Zusammenhang gilt es vornehmlich für Grundsicherungsträger sowie Sozial- und Jugendämter entsprechende Betreuungsangebote von sozialpädagogischen Diensten, von Vereinen und Initiativen sowie Wohlfahrtsverbänden zu koordinieren und finanziell adäquat auszustatten. Ebenfalls können Fördermittel aus dem ESF – insbesondere im Rahmen der Förderrichtlinie des SMS – abgerufen werden. Für den Regelkreis SGB II sind in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der flankierenden Hilfen gezielt zu nutzen.
- Projekte zur gezielten Betreuung von Jugendlichen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses ausweiten: Um Jugendlichen mittel- bis langfristig eine Perspektive auf eine Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt zu bieten, stellt ein formaler Schulabschluss eine essentielle Grundlage dar. In diesem Zusammenhang gilt es, Qualifizierungsprojekte für Jugendliche im ausreichenden Maß sicherzustellen so dass die Gefahr sinkt, die Schule ohne Abschluss zu verlassen (siehe hierzu auch Schwerpunkt 6.1).

- Beschäftigungsmöglichkeiten am 2. Arbeitsmarkt und im „3. Sektor“ ausweiten: Um die Gefahr der sozialen Ausgrenzung von schwer vermittelbaren Personen zu verringern wird empfohlen, ABM und Beschäftigungsmöglichkeiten im „3. Sektor“ gezielt für arbeitsmarktfremde Arbeitslose zu erschließen (siehe hierzu auch die Ausführungen in den Schwerpunkten 5.2 und 5.3).
- Einen Beitrag zur Verstärkung der sozialen Integration von arbeitsmarktfremden Personen könnte auch die Nutzung der vom Bund ab 01.01.2008 geförderten kommunalen Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des „Kommunal Kombi“-Modells wie auch dem zum 01.10.2007 neu eingeführten Instrument *Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive* gemäß § 16a SGB II sein.

Umgesetzt werden sollen die Maßnahmen im Schwerpunkt 5.4 nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure durch die Agenturen für Arbeit, Grundsicherungsträger, weitere Träger von beschäftigungspolitischen Maßnahmen sowie Sozial- und Jugendämter der Stadt und der Landkreise. Enge Kooperationen sollten mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, den ESF Fachreferaten im SMWA und SMS, sozialpädagogischen Diensten, Vereinen und Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Beschäftigungsgesellschaften und den Wirtschaftsförderern angestrebt werden.

4.3 Konkrete arbeitsmarktpolitische Interventionsfelder und Maßnahmen für die Stadt Leipzig

Auf Wunsch des Lenkungsausschusses wird entsprechend der Ergebnisse der Sitzung am 11.09.2007 im Kapitel 4 ebenfalls dargelegt, welche Möglichkeiten für die Stadt Leipzig bestehen, konkrete arbeitsmarktpolitischen Akzente zu setzen. Auf Wunsch des Lenkungsausschusses bezieht sich eine solche Konkretisierung ausschließlich auf das Handlungsfeld 2 „Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“. Dennoch ist in diesem Zusammenhang seitens des ISG anzumerken, dass eine einseitige Fokussierung auf Handlungsfeld 2 als nicht zielführend erachtet wird.

Vor diesem Hintergrund bestehen für die Stadt Leipzig in der Arbeitsmarktförderung aus kurzfristiger Perspektive – d.h. in den kommenden zwei Jahren – Gestaltungsspielräume lediglich als Träger beschäftigungspolitischer Maßnahmen, also als „Abnehmer“ von angebotenen Programmen des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit:

1. Nutzung des ab 01.01.2008 vom Bund eingeführten Modells „Kommunal Kombi“: Hier kann die Stadt Leipzig zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, sofern (a) diese mit Personen besetzt werden, die mindestens zwei Jahre im Leistungsbezug des SGB II gestanden haben, (b) die Beschäftigungsverhältnisse mindestens für eine Dauer von drei Jahren ausgerichtet sind und (c) die Arbeitsplätze im allgemeinen Interesse liegen und keine anderen Arbeitsplätze verdrängen.
2. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Die Stadt kann Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen in Anspruch nehmen, weiter ausweiten oder reduzieren. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass in der Vergangenheit nicht immer diejenigen Zielgruppen unter den Arbeitslosen, für die ABM eingesetzt werden sollen, aktiviert wurden: ABM ist ein nachrangiges Instrument zur Förderung von Arbeitsverhältnissen für schwer am 1. Arbeitsmarkt vermittelbare Personen. Die Bundesagentur für Arbeit zählt hierzu ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Arbeitslose ohne beruflichen Abschluss, Arbeitslose mit Migrationshinter-

grund, Arbeitslose mit Behinderungen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, ABM zukünftig in besonderem Maße auf diese Zielgruppen zu konzentrieren.

3. Nutzung des zum 01.10.2007 eingeführten Instruments *Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive* gemäß § 16a SGB II: Die Stadt Leipzig kann sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für erwerbsfähige Hilfebedürftige ohne Chancen auf Integration in den 1. Arbeitsplatz initiieren, um diesen Menschen eine Jobperspektive zu bieten. Darüber hinaus können diese Personen somit wieder an ein geregeltes Erwerbsleben herangeführt werden und somit ihren Grad der Beschäftigungsfähigkeit und damit die Chance auf nachhaltige Integration in den regulären Arbeitsmarkt erhöhen.
4. Arbeitsgelegenheiten: Für die Arbeitsgelegenheiten zeigen die durchgeführte SWOT-Analyse – insbesondere die Ergebnisse der schriftlichen Befragungen und der Fachinterviews sowie Workshops mit Praktikern der Arbeitsförderung –, dass diese hauptsächlich dazu dienen, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen zu erhalten oder zu verbessern und diese sozial zu stabilisieren. Eine Arbeitsmarktintegration über Arbeitsgelegenheiten ist wenig wahrscheinlich. Zur Erreichung sozialpolitischer Ziele kann der Stadt Leipzig die Fortführung von Arbeitsgelegenheiten durchaus empfohlen werden.
5. Einfluss der Stadt Leipzig in der ARGE-Trägerversammlung: Neben der Nutzung von Arbeitsgelegenheiten zur Erreichung sozialpolitischer Ziele kann die Stadt Leipzig ihren Einfluss in der Trägerversammlung geltend machen, um im Maßnahmemix Instrumente der Arbeitsförderung auszuweiten, mit denen ein Arbeitsmarkterfolg – also der Übergang in den 1. Arbeitsmarkt – eher wahrscheinlich ist als mit Maßnahmen am 2. Arbeitsmarkt. Eine Intensivierung der Qualifizierungsförderung sowie der Gewährung von Lohnkostenzuschüssen am 1. Arbeitsmarkt für erwerbsfähige Hilfebezieher/innen und die Förderung der selbständigen Tätigkeit (Einstiegsgeld nach § 29 SGB II) kann vor diesem Hintergrund empfohlen werden.
6. Darüber hinaus kann die Umsetzung von Pilotprojekten und Modellvorhaben der Stadt empfohlen werden, mit denen durch Nutzung von zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten – beispielsweise der direkten EU-Förderung – im Bereich des 3. Sektors Impulse für die Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse gesetzt werden können.
7. Schließlich kann die Stadt Leipzig durch eigene kommunale Mittel bestehende Förderangebote der ARGE, der Arbeitsagentur oder von Dritten (beispielsweise über den ESF kofinanzierte Träger von Beschäftigungsprojekten) zusätzlich finanzieren, wie dies bereits mit der Fachförderrichtlinie im Bereich der ABM umgesetzt wird.

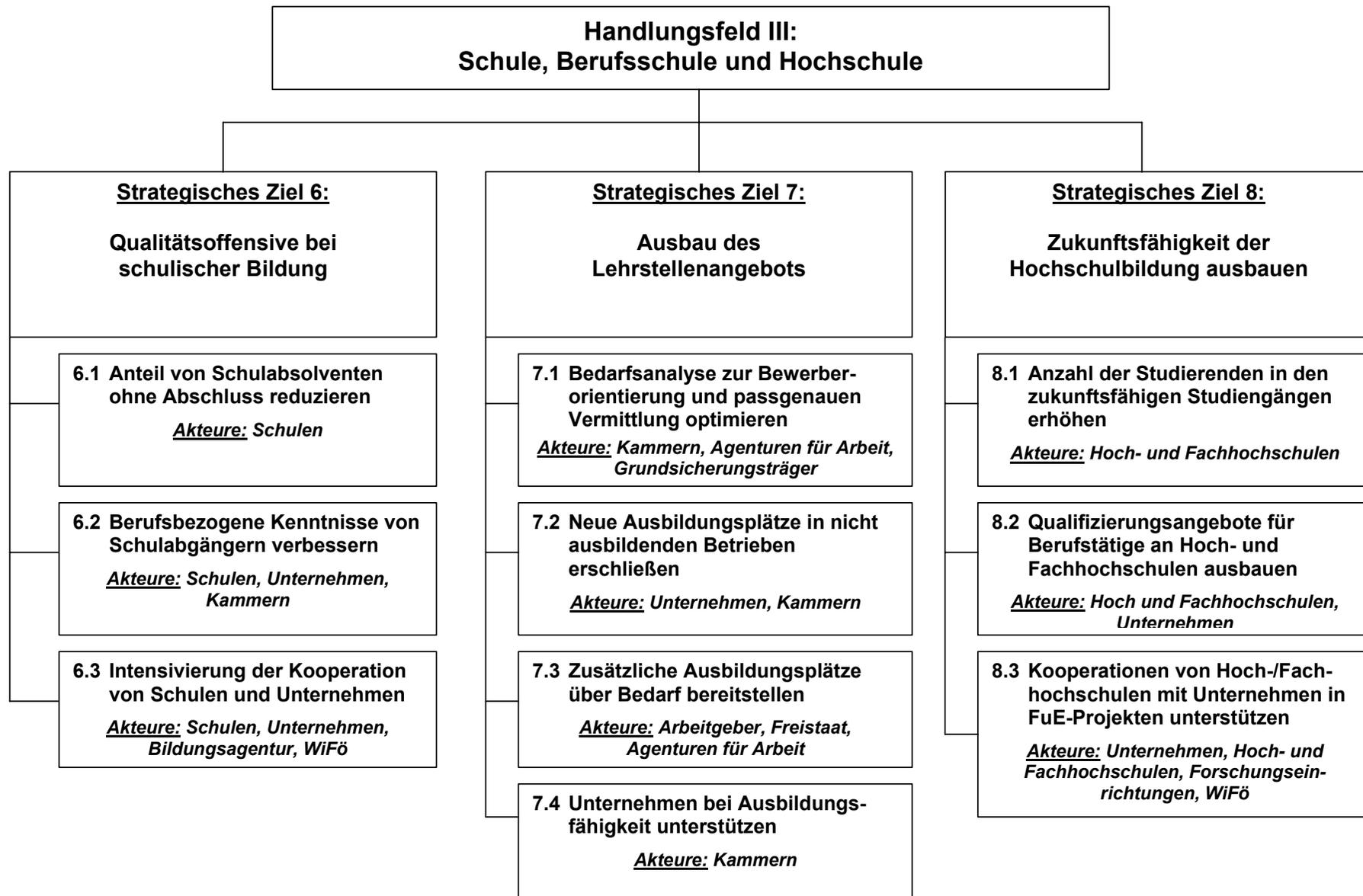
5. Bildung, Ausbildung und Hochschulbildung

5.1 Herausforderungen für die Region Leipzig

Herausragende Bedeutung kommt in der Region Leipzig nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure der berufsbezogenen Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu. Die Akteure der Region sind sich darin einig, dass die Chancen der jungen Generation in besonderem Maße von der Qualität des Bildungssystems insgesamt – also allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen und Hochschulen – sowie von einer frühzeitigen und effizienten Berufsvorbereitung und -orientierung abhängig sind. Daher haben Maßnahmen zur Förderung von Jugendlichen und von jungen Menschen traditionell einen hohen Stellenwert in der Region Leipzig. Hingewiesen sei u.a. auf die große Akzeptanz der Netzwerkinitiative B.O.S.S.-Berufliche Orientierung für Schüler und Studierende, die überdurchschnittlichen Erfolge im Rahmen der betriebsnahen GISA-Ausbildung sowie eine Vielzahl von Schule-Wirtschaft-Kooperationsprojekten. Die bestehenden Angebote sollen im Rahmen der Beschäftigungspolitischen Strategie konsequent weiterentwickelt werden. Die Region steht dabei – wie SWOT-Analyseergebnisse und Einschätzungen der beschäftigungspolitischen Akteure zeigten – vor folgenden Herausforderungen:

- **Berufsbezogenheit des Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen und Erwerb des Mittelschulabschlusses:** Für die allgemeinbildenden Schulen besteht zum einen das Erfordernis, den Anteil von Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, weiter zu reduzieren. Denn in der Region Leipzig verlassen anteilig mehr Jugendliche die Schule ohne Mittelschulabschluss als in den anderen sächsischen Regionen. Um die berufsbezogenen Chancen dieser Jugendlichen - Aufnahme einer anerkannten Ausbildung, Übergang in das Beschäftigungssystem - zu erhalten, sollen daher die gezielte Bildungsförderung leistungschwacher Schüler und individuelle sozialpädagogische Betreuungsangebote zukünftig ausgeweitet werden. Zum anderen besteht das Erfordernis, die Berufsbezogenheit der allgemeinen schulischen Bildung weiter zu erhöhen. Die Akteure in der Region Leipzig sind davon überzeugt, dass eine effiziente, an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtete Berufsorientierung Jugendlicher so frühzeitig wie möglich beginnen sollte. Hierzu sind die erfolgreichen Ansätze der Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaftsbetrieben weiter zu intensivieren.
- **Ausbildungslücke schließen:** Trotz des überdurchschnittlichen Anteils des Handwerks an den Ausbildungsverträgen ist auch in den nächsten Jahren aufgrund der nach wie hohen Zahl an sog. Altbewerbern auch im Regierungsbezirk Leipzig eine Lücke zwischen Ausbildungsstellenangebot und –nachfrage zu erwarten. Die gezielte Unterstützung für Unternehmen bei der Ausbildungsbeteiligung und Ausbildungsbegleitung ist daher nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Region.
- **Zukunftsfähige Studienangebote an den Leipziger Hochschulen und Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen:** Im Bereich der Hochschulbildung wird es zukünftig verstärkt darauf ankommen, Hochschulabsolventen gezielt auf eine Beschäftigung in den Unternehmen der Region vorzubereiten und Studierende noch enger an die Unternehmen zu binden. Die beschäftigungspolitischen Akteure empfehlen daher eine Ausweitung von zukunftssträchtigen Studienangeboten, aber auch eine Intensivierung der Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen der Region.

Abbildung 4: Zielsystem im Handlungsfeld „Schule, Berufsschule und Hochschule“



5.2 Zielsystem

Vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen für die Region Leipzig empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure im Handlungsfeld „Bildung, Ausbildung und Hochschulbildung“ folgende die Erreichung der folgenden drei strategischen – d.h. übergeordneten – Ziele (vgl. Abbildung 4):

1. **Erhöhung der Qualität der Schulischen Bildung im Rahmen einer Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung;**
2. **Ausweitung des Lehrstellenangebots;**
3. **Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulausbildung.**

5.2.1 Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung

Entsprechend der Ergebnisse der PISA-Studie belegen Schüler/innen der sächsischen allgemeinbildenden Schulen im Vergleich zu Schüler/innen anderer Bundesländer (2006)¹³ einen hervorragenden 2. Platz. Die Schulen im Freistaat Sachsen und damit auch im Regierungsbezirk Leipzig verfügen damit über eine überdurchschnittlich hohe Qualität, die auch in den nächsten Jahren im Rahmen einer umfassenden Qualitätsoffensive gezielt ausgebaut werden soll. Wesentliche Ziele der beschäftigungspolitischen Strategie bestehen nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure vor allem darin,

- den Anteil von Absolventen/innen ohne Schulabschluss so zu verringern, dass die Region unter dem sächsischen Durchschnitt rangiert,
- die berufsbezogenen Kenntnisse von Schulabgängern zu verbessern und
- die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen auszubauen.

Übersicht 12 Indikatoren und Ausgangswerte zur Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung

Indikator	Ausgangswert		Referenzwert für den Freistaat Sachsen 2005/2006
	Region Leipzig (2005/2006)	Stadt Leipzig (2005/2006)	
Anteil der Absolventen/innen von Mittelschulen ohne Abschluss	10,3 %	12,2 %	8,8 %

Hierauf aufbauend werden die nachstehend genannten drei Schwerpunkte für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen gebildet.

Schwerpunkt: Anteil von Schulabsolventen ohne Abschluss reduzieren

Insbesondere für leistungsschwache Schüler/innen werden im **Schwerpunkt 6.1** Angebote qualitativ verstärkt und optimiert, um den Anteil von Abgänger/innen ohne Schulabschluss zu reduzieren: Ende des Schuljahres 2005/2006 verließen in der Region Leipzig (Einzugsbereich des Regionalschulamts Leipzig bzw. der Bildungsagentur Leipzig) 10,3 % der Abgänger/innen ohne Abschluss die allgemeinbildenden Schulen. In der Stadt Leipzig lag der Anteil bei 12,2 %. Ein Blick auf den

¹³ Manfred Prenzel, Jürgen Baumert, Werner Blum, Rainer Lehmann, Detlev Leutner, Michael Neubrand, Reinhard Pekrun, Jürgen Rost, Ulrich Schiefele (PISA-Konsortium Deutschland), PISA 2003, Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs, Zusammenfassung, 2005

gesamtsächsischen Durchschnitt (8,8 %) zeigt, dass entsprechende Maßnahmen notwendig sind, um den Anteil von Absolventen/innen ohne Abschluss deutlich zu reduzieren. Quantitatives Ziel ist nach Empfehlung der beschäftigungspolitischen Akteure daher, den Anteil der Absolventen ohne Abschluss so zu verringern, dass die Region unter dem sächsischen Durchschnittswert rangiert. Hierzu empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Angebote für eine frühzeitige und gezielte Lernförderung bei leistungsschwachen Schüler/innen ausbauen. Angebote sollen hierbei so frühzeitig wie möglich einsetzen und ab Eintritt in die Mittelschulen zur Verfügung stehen. Die bereits bestehenden Angebote von Schulämtern der Stadt und Landkreise sind hierbei auszubauen, und die im Interventionszeitraum 2007-2013 aus dem ESF geförderten Maßnahmen des Sächsischen Staatsministerium für Kultur – insbesondere im Projektbereich A4 „Vorhaben zur Erhöhung der Quote von Schülern, die einen Abschluss erreichen“ – gezielt einzusetzen;
- Flankierende sozialpädagogische Betreuung an den Schulen ausbauen: Eine gezielte Lernförderung reicht oftmals nicht aus, um Lernschwierigkeiten zu überwinden. Oftmals befinden sich Kinder und Jugendliche in schwierigen familiären und sozialen Kontexten. Ergänzende sozialpädagogische Beratungs- und Betreuungsangebote, wie sie beispielsweise von Kinder- und Jugendämtern der Städte und Landkreise, aber auch von Initiativen und Vereinen angeboten werden, können dabei helfen, die jeweilige soziale Situation zu stabilisieren, so dass Lernerfolge leichter zu erreichen sind. Auch bei der Ausweitung sozialpädagogischer Betreuungsangebote an Schulen sind die Fördermöglichkeiten des ESF in der Interventionsperiode 2007-2013 gezielt – insbesondere im Rahmen der Vorhaben des SMK zur Verbesserung des Schulerfolgs – einzusetzen.
- Außerunterrichtliche Förderung für leistungsschwache Schüler/innen verstärken: Neben einer gezielten und frühzeitigen Lernförderung sowie der Ausweitung flankierender sozialpädagogischer Betreuungsangebote können ergänzende außerunterrichtliche Angebote der Lernförderung und sozialpädagogischen Betreuung – z.B. durch Jugendzentren, Jugendberatungsstellen, aber auch durch Vereine und Initiativen – helfen, Jugendliche in ihrem Umfeld gezielt zu fördern und zu unterstützen.
- Projekte zur Intensivierung der Elternarbeit an den Schulen: Die isolierte Arbeit mit leistungsschwachen Jugendlichen oder Jugendlichen aus schwierigen Familienverhältnissen reicht oftmals nicht aus, um die gewünschten Lernerfolge zu erzielen. Analysen im Rahmen der SHELL-Jugendstudie und bei Jugendlichen aus vorberuflichen Ausbildungsangeboten im Freistaat Sachsen belegen eine hohe Korrelation zwischen der Nicht-Erreichung schulischer Lernziele und Familienstrukturen, in denen Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen auf sich allein gestellt sind. Gelingt es jedoch, Eltern gezielt und aktiv in die Lernförderung ihrer Kinder einzubeziehen, verbessern sich die Chancen für den Bildungserfolg. Daher sollen Eltern aktiv in die schulische und außerunterrichtliche Arbeit einbezogen werden. Auch hierfür stehen im neuen ESF Förderzeitraum – im Rahmen der Vorhaben im SMK-Projektbereich A1 „Komplexe schul- oder schulartübergreifende Vorhaben mit Kooperationspartnern“ – für entsprechende Projekte Fördermittel aus dem ESF zur Verfügung.

Als federführende Akteure im Schwerpunkt 6.1 werden von den beschäftigungspolitisch relevanten Institutionen die Schulen in der Region Leipzig empfohlen, wobei eine enge Kooperation mit der

Bildungsagentur, dem Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMK und des SMWK], den Schulämtern sowie Kinder- und Jugendämtern von Stadt und Landkreisen angestrebt werden sollte.

Schwerpunkt: Berufsbezogenen Kenntnisse von Schulabgängern zu verbessern

Aus qualitativer Perspektive bedeutsam ist die Erhöhung der Berufsbezogenheit des Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen. Hintergrund hierfür sind Beobachtungen und Erfahrungen von Unternehmen, Kammern und Verbänden der Wirtschaft, nach denen das an den Schulen erworbene Wissen oft nicht in ausreichendem Maße anwendungsorientiert, d.h. für eine spätere Berufsausbildung im Dualen System, zur Verfügung steht. Beklagt werden ferner falsche Erwartungen und Vorstellungen von Jugendlichen an den gewählten Ausbildungsberuf, die auf eine verbesserungsfähige und frühzeitigere Berufsorientierung und -vorbereitung an den Schulen des allgemeinbildenden Schulsystems hindeuten. Maßnahmen, die im **Schwerpunkt 6.2** umgesetzt werden sollen, bauen auf bereits vorliegenden Erfahrungen aus den Projekten „Schule-Wirtschaft“ auf und umfassen nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren:

- Bildung berufsbezogener Arbeitsgruppen an den Schulen durch Schüler/innen, Lehrer/innen und Praktiker aus der Wirtschaft verstärken, um Berufsbilder, Berufsprofile und Ausbildungsinhalte kennenzulernen;
- Stärkerer Fokus auf die berufsbezogene Lehrerfortbildung: Die Integration berufsbezogener Unterrichtsinhalte erfordert eine gezielte und praxisnahe Vorbereitung von Lehrer/innen. Daher sollten in eigenständigen Bildungsangeboten Lehrer/innen die Möglichkeiten zur Verankerung berufsbezogener Unterrichtsinhalte in ihrem Fachunterricht aufgezeigt werden;
- Schulprojekte zur zielgerichteten Vermittlung von Schülern in Praktika umsetzen: Die Möglichkeiten für Jugendliche, über Betriebspraktika (i.d.R. 8. Klasse) erste Erfahrungen im Arbeitsprozess zu sammeln, sollen qualitativ verbessert werden, indem Jugendliche gezielt auf den Praktikumsplatz vorbereitet werden. Durch entsprechende Vorab-Gespräche mit den Unternehmen, Unterstützung der Jugendlichen bei der Bewerbung um Praktikumsplätze oder die Information der Schüler/innen durch Unternehmen über angebotene Praktikumsplätze sollen die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, gut vorbereitet das Praktikum für ihre weitere Berufsplanung zu nutzen.
- Intensivierung der Elternarbeit in Fragen der schulischen Berufsorientierung und -vorbereitung: Insbesondere bei der Wahl von Praktika sollen Eltern aktiv in die Informationsgewinnung, Beratung und Unterstützung ihrer Kinder einbezogen werden. Dies setzt voraus, dass durch entsprechende Angebote der Schulen eine enge Zusammenarbeit zwischen Lehrer/innen und Eltern erreicht wird.
- Kontinuierliche altersbezogene Berufsorientierung und Nutzung der Ganztagsangebote von Unternehmen zur Berufsorientierung: Die bestehenden Ganztagsangebote könnten besser als bislang auch für eine gezielte Berufsorientierung Jugendlicher genutzt werden. So besteht die Möglichkeit, dass Unternehmen bei der Suche nach AZUBIs oder bei verfügbaren Praktikumsplätzen ihre Angebote präsentieren, ihre Unternehmen vorstellen und somit erste Kontakte zwischen Jugendlichen und Unternehmen entstehen.

Übersicht 13: Qualitätsoffensive bei der schulischen Bildung - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>6.1 Anteil von Schulabsolventen ohne Abschluss reduzieren</p>	<p>Schulen <i>(mit Bildungsagentur, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMK und des SMWK], Schulämter, Ämter von Stadt und Landkreisen)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Frühzeitige und gezielte Lernförderung für leistungsschwache Schüler/innen • Flankierenden sozialpädagogischen Betreuung für Leistungsschwache • Verstärkte außerunterrichtlichen Förderung von Leistungsschwachen • Intensivierung der Elternarbeit an Schulen
<p>6.2 Berufsbezogenen Kenntnisse von Schulabgängern verbessern</p>	<p>Schulen, Unternehmen, Kammern <i>(mit Bildungsagentur, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMK und des SMWK], Bildungsdienstleister, Ämter von Stadt und Landkreisen)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Bildung berufsbezogener Arbeitsgruppen • Stärkerer Fokus auf berufsbezogene Lehrerfortbildung • Zielgerichteten Vermittlung von Schülern in Praktika • Stärkere Einbeziehung von Eltern in die schulische Berufsorientierung • Kontinuierliche altersbezogene Berufsorientierung sowie Nutzung der Ganztagsangebote an Schulen durch die Unternehmen zur Berufsorientierung von Schüler/innen
<p>6.3 Intensivierung der Kooperation von Schulen und Unternehmen</p>	<p>Schulen, Unternehmen, Bildungsagentur, WiFÖ <i>(mit Kammern, Unternehmen, Schulen, Bildungsagentur, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMK], Ämter von Stadt und Landkreisen)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkt Durchführung von Unternehmertagen an Schulen • Gezielte Berufsorientierung von Schüler/innen an Schulen durch Unternehmen • Beteiligung von Lehrern an Praktika in Unternehmen

Nach den Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure sollen im Schwerpunkt 6.2 Schulen, Unternehmen und Kammern federführend tätig werden, wobei die Bildungsagentur, die ESF Förderreferate im SMK, Bildungsdienstleister (bei der Lehrerfortbildung), Schul- und Jugendämter von Stadt und Landkreisen sowie Träger von Ganztagsbetreuungsangeboten, Jugendzentren, Vereine und Initiativen einzubeziehen sind.

Schwerpunkt: Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen verbessern

Ebenfalls aus qualitativem Blickwinkel für die Verbesserung von Berufsorientierung und Berufswahl bedeutsam ist für die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure in der Region Leipzig im **Schwerpunkt 6.3** die Intensivierung der Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen, wobei auf den bestehenden Netzwerkinitiativen und erfolgreichen Beispiele im Rahmen der Projekte Schule-Wirtschaft sowie insbesondere im Rahmen der B.O.S.S.-Netzwerkinitiative (Berufliche Orientierung für Schüler und Studierende) aufgebaut werden soll. Von besonderem Interesse sind darüber hinaus die aus dem ESF im neuen Förderzeitraum förderfähigen „Projekte zur Berufsorientierung und -vorbereitung“ des SMWA (Richtlinie des SMWA, Projektbereich C).

Schwerpunktmäßig sollen nach Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zur Erreichung der oben genannten Ziele folgende Initiativen ergriffen werden:

- Verstärkte Organisation von Unternehmertagen an Schulen;
- Veranstaltungen zur Berufsorientierung durch Unternehmen an den Schulen ausweiten;
- Verstärkte Organisation von Praktika für Lehrer/innen in den Unternehmen der Region Leipzig, so dass im Rahmen der stärkeren Verankerung berufsbezogener Inhalte im Fachunterricht auch praktische Erfahrungen der Lehrer/innen einbezogen werden können.

Aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure sollen die beschriebenen Maßnahmen federführend durch die Schulen in der Region, die Unternehmen, die Bildungsagentur sowie auch die Wirtschaftsförderer der Region koordiniert werden. Als Partner sollen im Schwerpunkt 6.3 u.a. Kammern, Unternehmen, Schulen, die Bildungsagentur, die ESF Fachreferate im SMK sowie weitere relevante Ämter von Stadt und Landkreisen einbezogen werden.

5.2.2 Ausbau des Lehrstellenangebots

Es wurde eingangs darauf hingewiesen, dass auch in den kommenden Jahren insbesondere durch einen weiter steigenden Anteil an sog. Altbewerbern¹⁴ die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Region Leipzig angespannt bleiben wird. Mit einer deutlichen Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist - bedingt durch die deutlich sinkende Zahl an Absolventen/innen aus dem allgemein bildenden Schulsystem - erst ab 2012 zu rechnen. Mit der beschäftigungspolitischen Strategie setzen sich die Akteure der Region Leipzig dafür ein, zusätzliche Ausbildungspotenziale in nicht ausbildenden Unternehmen zu erschließen, die Unternehmen aktiv bei der Erlangung der formalen, insbesondere aber der praktischen Ausbildungsbefähigung und bei der Durchführung der betrieblichen Ausbildung zu unterstützen, zusätzliche Ausbildungsangebote für unversorgte Lehrstellenbewerber/innen bereit zu stellen und die Bewerberorientierung, -beratung und -ver-

¹⁴ Für das Berichtsjahr 2005/2006 weisen die Arbeitsagenturen Leipzig und Oschatz einen Anteil von Altbewerbern an allen zum 31.01.2007 nicht vermittelten Bewerber/innen von 53,7 % bzw. 53,3 % aus.

mittlung zu verbessern. Konkrete Ziele in diesem Zusammenhang sind die Erhöhung der Zahl ausbildender Betriebe in der Region Leipzig, die Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots im jeweiligen Berichtsjahr, sowie die Reduzierung des Ausbildungsabbruchs im 1. Lehrjahr durch eine verbesserte Berufsorientierung und –berufsberatung.

Übersicht 14 Indikatoren und Ausgangswerte zum Ausbau des Lehrstellenangebots

Indikator	Ausgangswert	
	Region Leipzig (2006)	Stadt Leipzig (2006)
Anteil der ausbildenden Betriebe	Unbekannt (Freistaat Sachsen: 20 %)	
Ausbildungsplatzangebot (Zahl der Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr)	3.433	4.466
Anteil des Ausbildungsabbrüche im 1. Lehrjahr bezogen auf neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	7,8 %	

Hierauf aufbauend werden von den beschäftigungsrelevanten Akteuren der vier Schwerpunkte für die Umsetzung entsprechenden Maßnahmen empfohlen.

- Bedarfsanalyse zur Bewerberorientierung und passgenauer Vermittlung;
- Neue Ausbildungsplätze in nicht ausbildenden Betrieben erschließen;
- Zusätzliche Ausbildungsplätze über Bedarf bereitstellen;
- Unternehmen bei Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbeteiligung unterstützen.

Schwerpunkt: Bedarfsanalyse zur Bewerberorientierung und passgenauer Vermittlung

Im Rahmen dieses **Schwerpunkts 7.1** schlagen die beschäftigungspolitischen Akteure vor, zur Optimierung der Bewerberorientierung laufend und ergänzend zu den verfügbaren amtlichen Statistiken der Arbeitsagenturen Bedarfsanalysen in Unternehmen der Region Leipzig durchzuführen, um einschätzen zu können, welche Qualifikationsprofile zukünftig in den Unternehmen benötigt werden. Bei der Bewerberorientierung ist es den Einrichtungen, die Ausbildungsbewerber/innen beraten, auf dieser Informationsbasis möglich, tendenzielle Hinweise über die Arbeitsmarktchancen des von den Jugendlichen angestrebten Ausbildungsberufes bzw. -abschlusses zu geben. Hierbei kann insbesondere auf den von den Kammern durchgeführten Fachkräftebedarfsanalysen in Sachsen aufgebaut werden. Bedarfsanalysen werden im ESF Förderzeitraum 2007-2013 über den Projektbereich A2 „Transfer- und Kooperationsprojekte, innovative Projekte, Studien“ des SMWA, den Projektbereich B2 „Modellprojekte, Studien, Konzepte des SMUL sowie den Projektbereich E3 „Modellprojekte, Studien“ des SMUL förderfähig sein.

Als federführend im **Schwerpunkt 7.1** werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren die Kammern in enger Abstimmungen mit den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsträgern (ARGEn und zugelassene kommunale Träger) empfohlen. Einbezogen werden auch die relevanten ESF Fachreferate in SMWA und SMUL, regionale Initiativen (z.B. B.O.S.S.) sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner.

Schwerpunkt: Neue Ausbildungsplätze in nicht ausbildenden Betrieben erschließen

Im Rahmen des **Schwerpunktes 7.2** steht die Schaffung neuer Ausbildungsplätze im Vordergrund. Von besonderer Bedeutung sind hierbei jene Unternehmen, die sich in den letzten Jahren nicht an der betrieblichen Ausbildung beteiligt haben. Zu unterscheiden sind hierbei Unternehmen mit und ohne Ausbildungsberechtigung. Maßnahmen in diesem Bereich, die von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren empfohlen werden, beziehen sich auf:

- Betriebliche Ausbildungsberatung durch Lehrstellenentwickler und Berufsberater von Kammern und Arbeitsagenturen sowie durch Initiativen einzelner Branchenverbände verstärken;
- Unternehmen zur Erlangung der Ausbildungsbefähigung verstärkt unterstützen. Hiermit ist nicht nur die Zielgruppe der Unternehmen ohne Ausbildungsberechtigung gemeint, sondern auch die Gruppe der Unternehmen, die zwar über eine formale Ausbildungsberechtigung verfügen, aber praktische Unterstützung bei der tatsächlichen Beteiligung an der Ausbildung benötigen. Zu erschließen sind hier insbesondere die Möglichkeiten der – über den ESF förderfähigen – Ausbildung im Verbund;
- Verstetigung von integrierten Programmen zur Ausbildungsplatzentwicklung und -beratung in Unternehmen (z.B. „Jobstarter“);
- Stärkerer Fokus auf externe Ausbildungsunterstützung von Unternehmen während der Ausbildung, wobei auf Erfahrungen in der Region Leipzig im Rahmen des Externen Ausbildungsmanagements zurückgegriffen werden kann;
- Projekte, in denen Unternehmen bei der Anerkennung vorberuflicher Ausbildungsangebote (z.B. EQJ, BGJ) beraten und unterstützt werden, mit denen die Übernahme von EQJ- und BGJ-Absolventen ins 2. Lehrjahr möglich ist, umsetzen.

Schwerpunkt: Zusätzliche Ausbildungsplätze über Bedarf bereitstellen

Zur Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes wird nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure eine Fortführung öffentlich geförderter und qualitativ hochwertiger Ersatzangebote auch in den nächsten Jahren notwendig sein, mit denen anerkannte Ausbildungsabschlüsse erreicht werden können. Maßnahmen, die im **Schwerpunkt 7.3** von den beschäftigungspolitischen Akteuren vorgeschlagen werden, betreffen:

- Stärkere Information, Beratung und Motivation von Unternehmen zur Beteiligung an der vom Freistaat Sachsen über den ESF geförderten Verbundausbildung;

Übersicht 15: Ausbau des Lehrstellenangebots - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
7.1 Bedarfsanalyse zur Bewerberorientierung und passgenauer Vermittlung	Kammern, Agenturen für Arbeit, Grundsicherungsträger <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA], regionale Initiativen (z.B. BOSS, WiSo-Partner))</i>	<ul style="list-style-type: none"> Optimierung der Passgenauigkeit zwischen Berufswahl und tatsächlicher Verwertbarkeit der Ausbildungsabschlüsse durch Nutzung der Ergebnisse betrieblicher Bedarfsanalysen für die Berufsorientierung und Bewerberberatung
7.2 Neue Ausbildungsplätze in nicht ausbildenden Betrieben erschließen	Unternehmen, Kammern <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA], regionale Initiativen (z.B. BOSS, BMBF-Projekte). WiSo-Partner)</i>	<ul style="list-style-type: none"> Stärkerer Fokus auf betriebliche Ausbildungsberatung Unterstützung der Unternehmen zur Erlangung der Ausbildungsbefähigung Projekte zur Umsetzung integrierter Programme zur Ausbildungsplatzentwicklung und -beratung in Unternehmen nach dem Beispiel von „Jobstarter“ Projekte zur externen Ausbildungsunterstützung Verstärkte Anerkennung vorberuflicher Angebote (EQJ, BGJ) für die Lehrausbildung
7.3 Zusätzliche Ausbildungsplätze über Bedarf bereitstellen	Arbeitgeber, Agenturen für Arbeit, Grundsicherungsträger <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA] und Agentur f. Arbeit (BaE), Außerbetriebliche Ausbildungsstätten, Unternehmensverbände)</i>	<ul style="list-style-type: none"> Förderung der Ausbildung im Verbund Ausweitung betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche durch Nutzung der ESF Förderangebote sowie des zum 01.10.2007 neu eingeführten Instruments der <i>Einstiegsqualifizierung</i> gemäß § 235b SGB III Ausweitung der betriebsnahen Ausbildung (GISA) Erschließung innovativer Ausbildungsgänge über Modellprojekte, z.B. Ausbildung in Modulen, grenzüberschreitende und anerkennungsfähige Ausbildung sowie Nutzung der Förderung innovativer Pilotprojekte in der Dualen Ausbildung des BIBB
7.4 Unternehmen bei Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbeteiligung unterstützen	Kammern <i>(mit Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA], Arbeitsagenturen, Unternehmen, WiSo-Partner, Initiativen [z.B. BOSS])</i>	<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte externe praktische Unterstützung von Unternehmen bei der Erlangung der Ausbildungsbefähigung Begleitung der Unternehmen während der Ausbildung / Ausbildungscoaching / Entlastung bei administrativen Aufgaben

- Förderangebote des SMWA und des SMUL (Projektbereich D3 und E5 „Berufsausbildungsplatzförderung für besondere Zielgruppen) zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen gezielt nutzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Nutzung des zum 01.10.2007 neu eingeführten Instruments der *Einstiegsqualifizierung* gemäß § 235b SGB III zu empfehlen.
- Betriebsnahe Ausbildungen (GISA) aufgrund der überdurchschnittlichen Erfolge im Verbleib der Jugendlichen nach Ende der Ausbildung ausweiten; die Erschließung innovativer Ausbildungsgänge über Modellprojekte, z.B. im Rahmen der Ausbildung in Modulen mit dem Erwerb anererkennungsfähiger Teilqualifikationen (wie derzeit im Rahmen des QAB-Programms praktiziert), der grenzüberschreitenden und anererkennungsfähige Ausbildung sowie der Nutzung von Förderangeboten des BIBB-Bundesinstitut für Berufsbildung zu innovativen Pilotprojekten in der Dualen Ausbildung.

Empfohlen wird von den beschäftigungspolitischen Akteuren, dass diese Maßnahmen federführend von Unternehmen, den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsträgern gesteuert werden sollen, wobei die außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, die bestehenden Ausbildungsverbände von Unternehmen und Bildungseinrichtungen sowie der BBV-Berufsbildungsverein Leipzig e.V., das SMWA und das SMUL (als Fördermittelgeber) aktiv einzubeziehen sind.

Schwerpunkt: Unternehmen bei Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbeteiligung unterstützen

Standen in Schwerpunkt 7.2 insbesondere bislang nicht ausbildende Unternehmen im Vordergrund, so richten sich die Maßnahmen in **Schwerpunkt 7.4** auf die allgemeine Unterstützung von ausbildenden Betrieben, wie sie traditionell von den Kammern und anderen Einrichtungen praktiziert werden. Die von den beschäftigungspolitischen Akteuren empfohlenen Maßnahmen in diesem Schwerpunkt betreffen:

- Verstärkte externe praktische Unterstützung von Unternehmen bei der Erlangung der Ausbildungsbefähigung und bei der Ausbildungsbeteiligung, denn die (mittlerweile) erleichterte Erlangung einer formalen Ausbildungsberechtigung zieht – wie oben bereits dargestellt – nur bei einem Teil der Unternehmen die faktische Ausbildungsbeteiligung nach sich.
- Begleitung der Unternehmen während der Ausbildung durch Angebote des Ausbildungscoachings und der Entlastung bei administrativen Aufgaben. Entsprechende Erfahrungen bestehen in der Region bereits im Rahmen externer Ausbildungsmanagementangebote.

Als federführende Akteure werden bei den Maßnahmen im Schwerpunkt 7.4 von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren die Kammern empfohlen, wobei eine enge Kooperation mit Arbeitsagenturen, Unternehmen, Wirtschafts- und Sozialpartnern, sonstigen Initiativen (z.B. B.O.S.S.) und den entsprechenden Fachreferaten im SMWA und SMUL umgesetzt werden sollte.

5.2.3 Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung ausbauen

Mit Blick auf die Hochschulausbildung wurden die in der SWOT-Analyse herausgearbeiteten Befunde im Rahmen der Fachinterviews und Workshops bestätigt, nach denen die Leipziger Hochschulen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technisch-ingenieurwissenschaftlichen

Disziplinen hinsichtlich ihres Anteils an den Studienabsolventen gegenüber anderen sächsischen Hochschulen an Bedeutung verlieren. Angesichts der zukünftig zu erwartenden steigenden Nachfrage der Unternehmen der Region Leipzig nach Fachkräften mit Hochschulabschluss verfolgen die beschäftigungspolitisch relevanten Akteure daher das Ziel, entsprechende Studienangebote zukünftig auszuweiten. Darüber hinaus werden aus qualitativen Gesichtspunkten zum einen die Hochschulen der Region ihre Angebote für die fachliche Weiter- und Höherqualifizierung von Fachkräften aus Unternehmen ausweiten. Zum anderen wird es gelten, die Kooperationen zwischen Wirtschaftsunternehmen und Hochschulen weiter zu vertiefen. Insgesamt empfehlen die beschäftigungspolitischen Akteure die Umsetzung von Maßnahmen in folgenden drei Schwerpunkten:

- Anzahl der Studierenden in den zukunftsfähigen Studiengängen (mathematisch-naturwissenschaftliche und technisch-ingenieurwissenschaftliche Studiengänge) erhöhen;
- Qualifizierungsangebote für Berufstätige an Hoch- und Fachschulen ausbauen;
- Kooperationen von Hoch- u. Fachhochschulen mit Unternehmen in Projekten der Forschung und Entwicklung FuE unterstützen.

Übersicht 16 Indikatoren und Ausgangswerte zum Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung

Indikator	Ausgangswert	
	Region Leipzig (2005)	Stadt Leipzig (2005)
Anteil der Region Leipzig an den Absolventen mathematisch-naturwissenschaftlicher und technisch-ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge ¹⁾	20 %	

¹⁾ Studierende in den Studiengängen „Ingenieur-, Fertigungs- und Bauwesen“, „Biowissenschaften“, „Physik“, „Mathematik und Statistik“ sowie „Informatik“.

Schwerpunkt: Anzahl der Studierenden in den zukunftsfähigen Studiengängen (mathematisch-naturwissenschaftliche und technisch-ingenieurwissenschaftliche Studiengänge) erhöhen

Die von den beschäftigungspolitischen Akteuren empfohlenen Maßnahmen im **Schwerpunkt 8.1** betreffen die Ausweitung der Studienplätze in den zukunftsfähigen Studiengängen, also u.a. in den Bereichen „Ingenieur-, Fertigungs- und Bauwesen“, „Biowissenschaften“, „Physik“, „Mathematik und Statistik“ sowie „Informatik“, die Einrichtung zusätzlicher Lehrstühle in den genannten Bereichen und eine Erweiterung der bestehenden Hochschullandschaft beispielsweise Aufbau der HTWK Leipzig zu einer Technischen Universität sowie die Intensivierung von Angeboten der Anschlussqualifizierung für Geisteswissenschaftler, falls zum Ende des Studiums der Antritt eines Beschäftigungsverhältnisses aufgrund fehlender Beschäftigungsangebote eher unwahrscheinlich ist.

Als federführende Akteure werden in diesem Schwerpunkt die Hochschulen in der Region Leipzig von den beschäftigungspolitischen Akteuren vorgeschlagen, wobei eine enge Abstimmung mit dem SMWK realisiert werden soll.

Schwerpunkt: Qualifizierungsangebote für Berufstätige an Hoch- und Fachschulen ausbauen

Vor dem Hintergrund des demographisch bedingten Rückgangs an Studienanfänger/innen – zwischen 2003 und 2006 sank die Zahl der Studienanfänger im Freistaat Sachsen von 28.477 auf 24.488 – ist absehbar, dass dem steigenden Bedarf der Unternehmen nach hochqualifiziertem Personal sowie spezialisierten Facharbeiter/innen¹⁵ auch in der Region Leipzig allein aus dem Reservoir an Hochschulabsolventen nicht vollständig entsprochen werden kann. Daher wird es nach Einschätzung der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure im **Schwerpunkt 8.2** notwendig sein, das vorhandene Facharbeiterpersonal durch entsprechende Angebote der Hochschulen gezielt fachlich weiter zu qualifizieren. Hierbei sind die vom SMWK geplanten ESF geförderten Unterstützungsangebote gezielt zu nutzen.

Als federführend bei der Umsetzung von Fachqualifizierungen für Facharbeiter/innen werden von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren die Fachhochschulen und Hochschulen in der Region empfohlen, wobei eine enge Kooperation mit dem SMWK, den Kammern sowie Bildungsdienstleistern realisiert werden soll.

Schwerpunkt: Kooperationen von Hoch- und Fachhochschulen mit Unternehmen in Projekten der Forschung und Entwicklung (FuE) unterstützen

Im Rahmen des **Schwerpunktes 8.3** sollen – entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - die bewährten Kooperationsprojekte zwischen Hoch- sowie Fachhochschulen einerseits und Unternehmen der Region andererseits in gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben intensiviert und ausgebaut werden. Als Maßnahmen werden hierzu von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren empfohlen:

- Berufsbezogene Praktika für Studierende an den Fachhochschulen und Hochschulen ausweiten;
- Die Möglichkeit von berufsbezogenen Diplom- und Seminararbeiten für Studierende ausweiten;
- Verstärkte Gewinnung von Unternehmer/innen und ehemaliger Studierenden und Fach- bzw. Hochschulabsolventen/innen als Gastdozenten an den Fachhochschulen und Hochschulen;
- Kontinuierliche Organisation und Umsetzung von Unternehmertagen an Fachhochschulen und Hochschulen mit einer effektiven und breiten Beteiligung von Unternehmen aus der Region;
- Verbesserung der Information von Unternehmen über Vorteile einer engen Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und Hochschulen, beispielsweise zur Gewinnung von Fachkräften, aber auch zur Umsetzung unternehmensnaher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben;

¹⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen in der SWOT-Analyse sowie der Sächsischen Demographiekommission.

Übersicht 17: Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulausbildung - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>8.1 Anzahl der Studierenden in den zukunftsfähigen Studiengängen (mathematisch-naturwissenschaftliche und technisch-ingenieurwissenschaftliche Studiengänge erhöhen)</p>	<p>Hochschulen, Fachhochschulen (mit SMWK)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Studienplätze • Einrichtung von zusätzlichen Lehrstühlen • Projekte zur Anschlussqualifizierung für Geisteswissenschaftler
<p>8.2 Qualifizierungsangebote für Berufstätige an Hoch- und Fachschulen ausbauen</p>	<p>Hochschulen, Fachhochschulen, Unternehmen (mit SMWK, Branchenverbänden, Kammern)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkerer Fokus auf zukunftsorientierte berufsbegleitende Fachqualifizierung für Facharbeiter / Meister
<p>8.3 Kooperationen von Hoch- u. Fachhochschulen mit Unternehmen in Projekten der Forschung und Entwicklung FuE unterstützen</p>	<p>Unternehmen, Hoch – und Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, WiFö (mit Hochschulen, Kammern, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWK], Branchenverbände)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung berufsbezogener Praktika für Studierende • Ausweitung berufsbezogener Diplom- und Seminararbeiten für Studierende • Gewinnung von Unternehmer und Absolventen als Gastdozenten an Hochschulen • Unternehmertage an Hochschulen • Verbesserung der Information von Unternehmen über Vorteile einer engen Zusammenarbeit mit Hochschulen • Verstärkte Netzwerkförderung (Hochschulen, Förderer, Unternehmen) • Konkrete FuE-Verbundprojekte zwischen KMU Hochschulen, Forschungseinrichtungen zur Förderung des Technologie- und Know-how-Transfers sowie zur Fachkräftegewinnung

- Förderung von Netzwerken zwischen Fachhochschulen, Unternehmen der Region und relevante Förderinstitutionen intensivieren;
- Konkrete FuE-Verbundprojekte zwischen KMU, Fachhochschulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Förderung des Technologie- und Know-how-Transfers unter Nutzung bestehender Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Freistaat Sachsen verstärkt unterstützen;
- Transparenz über Bedarfe von Unternehmen hinsichtlich der Inhalte, Strukturen und organisatorischen Ausgestaltung einer FuE-bezogenen Kooperation mit Fachhochschulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen erhöhen.

Als federführende Akteure in diesem Schwerpunkt werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren der Region Leipzig die Hoch- und Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, die Wirtschaftsförderer in der Region, also das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, die WFG-Wirtschaftsfördergesellschaft mbH, die WILL-Wirtschaftsförderung Leipziger Land und andere Wirtschaftsförderämter der Landkreise sowie die Unternehmen empfohlen. Eine enge Abstimmung soll hierbei mit Kammern, den ESF relevanten Fachressorts im SMWK und relevanten Branchenverbänden sowie bestehenden Kooperationsprojekten und Netzwerken zwischen Forschung, Wissenschaft und Unternehmen erfolgen.

6. Steuerung der Strategieumsetzung

6.1 Herausforderungen für die Region Leipzig

Die SWOT-Analyse für die Region Leipzig zeigte eine Vielzahl von Stärken in der Struktur der Umsetzung beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Initiativen: Die Region ist geprägt von einem ausdifferenzierten Spektrum an engagierten Trägern arbeitsmarktpolitischer Projekte, bewährten lokalen und regionalen Netzwerk- und Kooperationsstrukturen der Arbeitsmarktförderung und einer Fülle innovativer Ansätze der Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung, die im Rahmen unterschiedlicher Programme – u.a. Leipzig Neue Wege, Benchmarking Döbeln, Lernende Regionen, EQUAL-Entwicklungspartnerschaften, Kooperationsnetzwerke berufsbegleitende Weiterbildung oder Fachkräftenetzwerke – tätig sind.

In diesem Handlungsfeld besteht nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure v.a. das Erfordernis, weitere Synergiepotenziale in der Zusammenarbeit der arbeitsmarktpolitisch relevanten Akteure zu erschließen, die Effektivität und Effizienz von Einzelprojekten zu erhöhen, neue Akteure – z.B. aus dem Bereich der Vereine, Kulturbetriebe und lokalen Initiativen – in die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Strategie einzubeziehen, das Management von Fördermitteln der EU, Bund und Freistaat – also Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz – weiter zu optimieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die ambitionierten Ziele dieser Beschäftigungspolitischen Strategie effektiv umgesetzt werden können. Die Region Leipzig steht hierbei nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure vor den folgenden Herausforderungen:

- Fördermöglichkeiten und Nutzungsintensität der Strukturfonds: Die Strukturfonds haben - wie die SWOT-Analyse zeigte - insgesamt zwar zu einer (leichten) Erhöhung der Wachstumsraten und zu einer Verbesserung der Potenzialfaktoren in der Region geführt. Die Beschäftigungswirkungen sind jedoch, insbesondere bei EFRE und EAGFL-A eher enttäuschend. Eine zukünftig verbesserte Integration der Fonds könnte im Sinne eines koordinierten Einsatzes der zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten zu beschäftigungsintensiveren Wachstumseffekten im Sinne der Lissabon-Strategie führen. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass die Region Leipzig - im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken des Freistaates Sachsen - vergleichsweise wenig von Strukturfondsinterventionen profitiert. Lediglich ein Fünftel aller verausgabten Strukturfondsmittel entfielen auf die Region. Zukünftig sollten daher die zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten stärker für die Region nutzbar gemacht werden.
- Die Effizienz von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen war in der Vergangenheit dadurch eingeschränkt, da zu wenig individuumszentriert, zu wenig betriebsnah und zu wenig am Arbeitsmarkt Verwertbares gefördert und in Projekten umgesetzt wurde. Statt hoher Teilnehmer- und Förderzahlen sollte daher zukünftig die Umsetzung von Projekten gewährleistet sein, mit denen aus qualitativer Sicht die Chancen auf einen beruflichen Wiedereinstieg für betroffene Arbeitslose faktisch erhöht werden.
- Arbeitsagenturen in der Region wird eine Ausweitung der Qualifizierungsförderung sowie der direkten Förderung von Beschäftigungsverhältnissen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt empfohlen. Tendenziell sind mit einer solchen Ausrichtung höhere Integrationsquoten zu erwarten als bei der Konzentration der Förderung von Beschäftigungsverhältnissen am 2. Arbeitsmarkt.
- Höhere Reintegrationserfolge im SGB II lassen sich durch eine verstärkte Nutzung der gesamten Bandbreite der zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten erzielen. ARGEn und

zugelassene kommunale Träger sind hier – nach der schwierigen Implementationsphase im Anschluss an die Einführung des SGB II im Jahre 2005 – auf einem guten Weg. Die Priorität von Eingliederungsmaßnahmen am 1. Arbeitsmarkt wurde in den geschäftspolitischen Zielen von ARGEn und der strategischen Ausrichtung der beiden zugelassenen kommunalen Träger in der Region verankert. Eine auf die individuellen Stärken und Schwächen der Kunden/innen ausgerichtete Förderstrategie mit der Kombination unterschiedlicher Förderinstrumente erhöhen die Chancen auf eine Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt merklich.

- Erhöhung der Professionalität von Akteuren bei Planung, Steuerung und Umsetzung von Projekten sowie der Kooperation mit Unternehmen: Für die beschäftigungs- und arbeitsmarktrelevanten Akteure besteht insbesondere der Bedarf, Kompetenzen hinsichtlich der Bedeutung von Qualitätsmanagement, Organisation und Umsetzung innovativer Projektansätze sowie Erfolgskontrollen zu erhöhen. Darüber hinaus wird eine stärkere Kooperation zwischen den beschäftigungs- und arbeitsmarktrelevanten Akteuren empfohlen.
- Erhöhung der Effizienz der Fördermittelakquise von Behörden und Ämtern: Bislang fehlen in den Ämtern und Behörden in der Region Leipzig - also von Stadt und Landkreisen - weitgehend transparente Strukturen der Fördermittelakquise und des koordinierten Fördermitteleinsatzes mit klaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Die Verankerung interner koordinierender Strukturen könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, Fördermittel von EU, Bund und Ländern gezielter zu akquirieren und einzusetzen.
- Erhöhung der Effizienz der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung durch eine übergeordnete Koordinierungsstruktur: Auf die Effizienz der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung in der Region könnte sich zukünftig positiv die Umsetzung einer regional übergeordneten Koordinierungseinheit auswirken. Hier bestehen – mit dem Regionalforum Westsachsen – bereits wichtige und gute Erfahrungen, auf denen aufgebaut werden kann.

6.2 Zielsystem

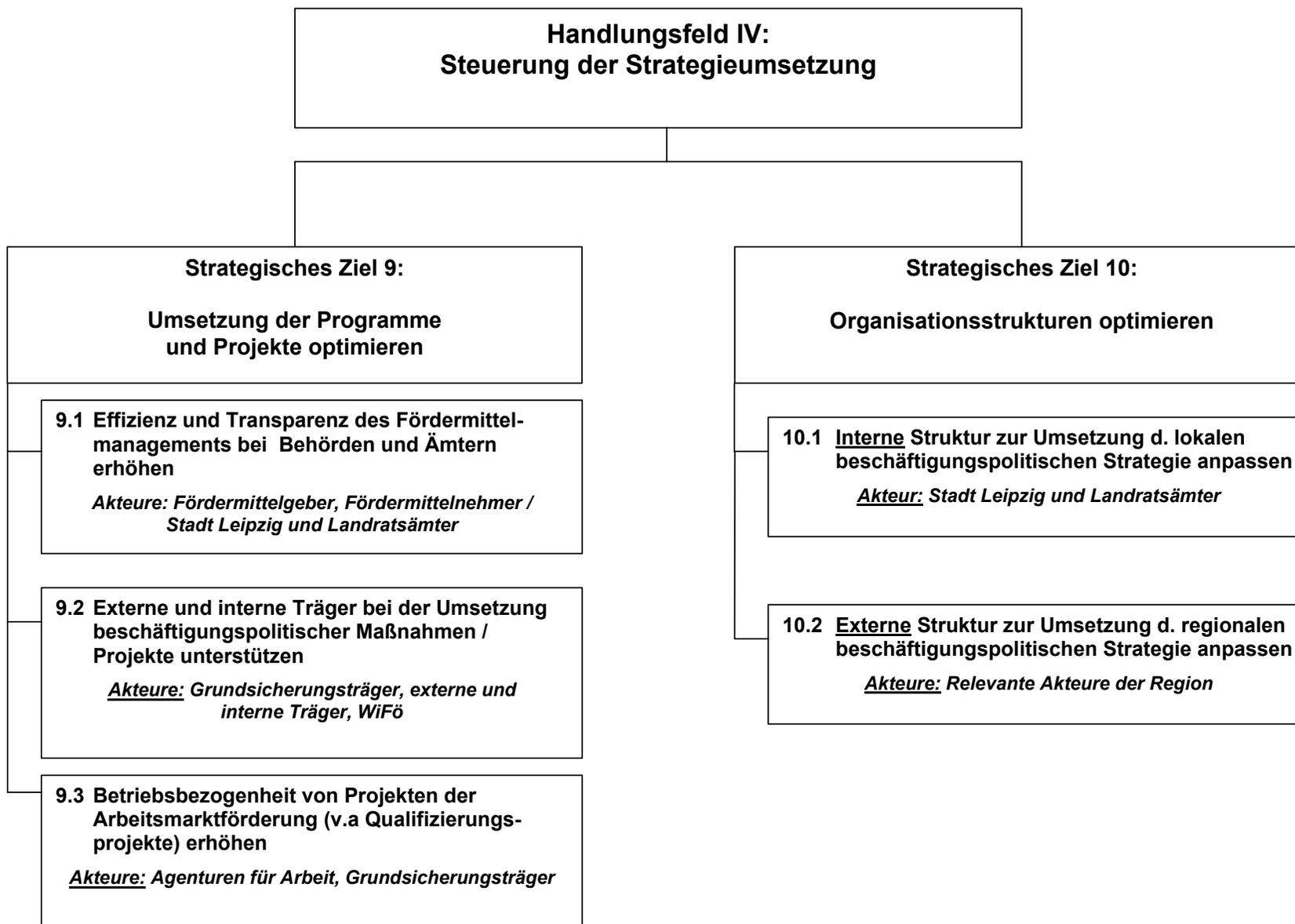
Vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen für die Region Leipzig sollen nach Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Akteure im Handlungsfeld „Steuerung der Strategieumsetzung“ zwei strategische – d.h. übergeordnete – Ziele (vgl. Abbildung 5) erreicht werden:

1. Die Optimierung der Umsetzung von Programmen und Projekten;
2. Die Optimierung der Organisationsstrukturen.

6.2.1 Umsetzung von Programmen und Projekten optimieren

Die Ergebnisse der durchgeführten SWOT-Analyse, nach denen hinsichtlich der Transparenz und des koordinierten Einsatzes von Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes und des Freistaates Sachsen in der Region Leipzig weitere Optimierungspotenziale bestehen, wurden von den beschäftigungspolitischen Akteuren in der Region bestätigt. Wesentliche Aufgaben liegen v.a. darin, die Professionalität in der Projektplanung, -organisation, -steuerung und -umsetzung insbesondere von „Abnehmern“ der Arbeitsmarktförderangebote – insbesondere Bildungsdienstleister, aber auch kommunale und freie Beschäftigungsträger – weiter zu erhöhen.

Abbildung 5: Zielsystem im Handlungsfeld „Steuerung der Strategieumsetzung“



Von besonderem Interesse sind hier Vereine und Beschäftigungsinitiativen oder auch Kulturbetriebe sowie gemeinnützige Organisationen, in denen Beschäftigungspotenziale bestehen und in denen besonderer Bedarf besteht, zur Verfügung stehende Förderangebote der Arbeitsmarktpolitik effektiv einzusetzen. Darüber hinaus besteht das Erfordernis, die Unternehmensbezogenheit der Arbeitsmarktförderung weiter zu erhöhen. Insbesondere für die Qualifizierungsförderung sollten daher Maßnahmen ergriffen werden, mit denen – auch auf Seiten der Fördermittelgeber, also Agenturen für Arbeit, ARGEN, zugelassene kommunale Träger sowie im ESF des Freistaates Sachsen – eine konsequente Orientierung an den Bedarfen der Unternehmen gewährleistet ist. Insgesamt sollen nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure folgende Ziele realisiert werden:

- Effizienz und Transparenz des Fördermittelmanagements bei Behörden und Ämtern erhöhen;
- Externe und interne Träger bei der Umsetzung beschäftigungspolitischer Maßnahmen / Projekte unterstützen;
- Betriebsbezogenheit von Projekten der Arbeitsförderung (v.a. Qualifizierungsprojekte) erhöhen.

Schwerpunkt: Effizienz und Transparenz des Fördermittelmanagements bei Behörden und Ämtern erhöhen

Im Rahmen des **Schwerpunktes 9.1** soll - entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - die Effizienz und Transparenz des Fördermittelmanagements bei Behörden und Ämtern in Stadtverwaltung und Landratsämtern erhöht werden. Hintergrund ist der im Rahmen einer schriftlichen Befragung (SWOT-Analyse) ermittelte Befund, dass einzelne Ämter und Behörden z.T. ohne interne Abstimmungen Fördermittel von EU, Bund und Ländern akquirieren und einsetzen und damit mögliche Synergiepotenziale bei Fördermittelbeantragung und -einsetzung ungenutzt bleiben. Als Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren empfohlen:

- Die Einrichtung einer internen Koordinierungsstelle zur Professionalisierung von Fördermittelmanagement durch Optimierung der internen Strukturen, wie sie im Schwerpunkt 10.1 beschrieben wird;
- Die Durchführung von Projekten zur laufenden Qualifizierung der Mitarbeiter/innen von Behörden und Ämtern in Fragen des Fördermittelmanagements;
- Die Einrichtung eines Regionalen Arbeitskreises „Fördermittel“ auf Ebene der Stadt und der Landkreise analog zum Regionalem Koordinierungskreis ESF 2000-2006 (RKK), allerdings mit Fokus auf Arbeitsmarktförderung insgesamt und nicht – wie beim RKK – auf die Fördermöglichkeiten der Strukturfonds bzw. des ESF;
- Die Umsetzung eines Projekts „Internet-Datenbank über Bundes-, Landes-, ESF-, EU- und kommunale Förderung“ oder die Umsetzung eines Projekts zur integrierten Nutzung bestehender Förderdatenbanken (z.B. Aufbauwerk: direkte EU-Förderung, SAB: Förderung des ESF);

Übersicht 18: Umsetzung der Programme und Projekte optimieren - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>9.1 Effizienz und Transparenz des Fördermittelmanagements bei Behörden und Ämtern erhöhen</p>	<p>Fördermittelgeber, Fördermittelnnehmer / Stadt Leipzig und Landratsämter <i>(unter Beteiligung <u>aller</u> relevanten Akteure in der Region)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Projekts „Internet-Datenbank über Bundes-, Landes-, ESF-, EU- und kommunale Förderung“ oder Projekt zur integrierten Nutzung bestehender Förderdatenbanken • Projekt „Regionale Koordinierungs- und Beratungsstelle zu Fördermöglichkeiten“ (siehe auch Schwerpunkt 10.2) • Einrichtung eines Regionalen Arbeitskreises „Fördermittel“ auf Ebene der Stadt und der Landkreise (analog zum Regionalem Koordinierungskreis ESF 2000-2006) • Durchführung von Projekten zur laufende Qualifizierung der Mitarbeiter von Behörden und Ämtern in Fragen des Fördermittelmanagements • Einrichtung einer internen Koordinierungsstelle zur Professionalisierung von Fördermittelmanagement durch Optimierung der internen Strukturen (siehe auch Schwerpunkt 10.1)
<p>9.2 Externe- und interne Träger bei der Umsetzung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen / Projekte unterstützen</p>	<p>Agenturen für Arbeit, ARGEn, zugelassene kommunale Träger, externe und interne Träger WiFö <i>(mit Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen, Bildungsdienstleistern, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung von SMS und SMWA], Beschäftigungsgesellschaften)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Qualifizierung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc., z.B. in prozessbezogenem Qualitätsmanagement, Projektmanagement, Controlling • Verstärkte Beratung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc., z.B. über Förderangebote, Rechtsfragen etc. • Verstärkte externe Unterstützung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc. bei der Projektumsetzung
<p>9.3 Betriebsbezogenheit von Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung (v.a. für Qualifizierungsprojekte) erhöhen</p>	<p>Agenturen für Arbeit, ARGEn, zugelassene kommunale Träger <i>(mit WiSo-Partnern, Bildungsdienstleistern, Freistaat Sachsen [ESF-Förderung des SMWA], Unternehmen, Kammern)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Orientierung der Qualifizierung von Arbeitslosen am betrieblichen Bedarf • Konsequente Koppelung von Qualifizierung mit Betriebspraktika

- Projekt „Regionale Koordinierungs- und Beratungsstelle zu Fördermöglichkeiten“ (siehe auch Schwerpunkt 10.2).

Als federführende Akteure in diesem Schwerpunkt werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren der Region Leipzig die **Fördermittelgeber und Fördermittelnehmer auf Ebene der Stadt Leipzig und der Landratsämter** empfohlen. Eine enge Abstimmung soll hierbei mit allen relevanten Akteuren der Region erfolgen.

Schwerpunkt: Externe- und interne Träger bei der Umsetzung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen / Projekte unterstützen

Im **Schwerpunkt 9.2** soll – entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - die Professionalität der Umsetzung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen bei kommunalen (internen) und freien Trägern (externen) erhöht werden. Die vom ISG-Dresden im Rahmen der SWOT-Analyse durchgeführte Befragung zeigte, dass gerade bei kleineren lokalen Beschäftigungsinitiativen, Trägern gemeinnütziger Aufgaben, aber auch Kulturbetrieben und Vereinen bei Qualitätsmanagement, Projektsteuerung und Controlling Verbesserungsbedarf besteht. Als Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren empfohlen:

- Verstärkte externe Unterstützung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc. bei der Umsetzung von Projekten der Beschäftigungsförderung, insbesondere bei der Beschäftigung von ABM- und AGH-Kräften einschließlich der Unterstützung bei der Beantragung entsprechender Fördermöglichkeiten bei Arbeitsagenturen, Trägern der Grundsicherung sowie ergänzender Angebote im Rahmen des ESF des Freistaates Sachsen oder der Kommunen (z.B. Fachförderrichtlinie der Stadt Leipzig) und Landratsämter.
- Verstärkte Qualifizierung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc., z.B. in prozessbezogenem Qualitätsmanagement, Projektmanagement, Controlling, insbesondere durch Nutzung der ESF Förderangebote des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales im ESF Interventionszeitraum 2007-2013.
- Verstärkte Beratung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen etc., in Fragen der Förderung, Rechtsfragen usw.

Als federführende Akteure in diesem Schwerpunkt werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren der Region Leipzig die Agenturen für Arbeit, ARGEn, zugelassenen kommunalen Träger, externe und interne Träger sowie die Wirtschaftsförderer empfohlen. Eine enge Abstimmung soll hierbei mit Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen, Bildungsdienstleistern, den zuständigen Ressorts des Freistaates Sachsen (SMS und SMWA), Beschäftigungsgesellschaften und –trägern realisiert werden.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Förderansatz seitens der Grundsicherungsträger grundsätzlich auf den (einzelnen) eHb zielt und damit keine Projektförderung bzw. Förderung von Trägern direkt erfolgt. Dennoch können die Grundsicherungsträger durch ihre Erfahrung mit Instrumenten der Beschäftigungsförderung wichtige Impulse z. B. im Rahmen eines Dialoges mit entsprechende Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen, etc. liefern und damit die Qualität der beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Projekte steigern.

Schwerpunkt: Betriebsbezogenheit von Projekten der Arbeitsmarktförderung (v.a. für Qualifizierungsprojekte) erhöhen

Im **Schwerpunkt 9.3** soll – entsprechend der Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure – die konsequente Orientierung aller förderfähigen Qualifizierungsangebote als Querschnittsaufgabe von Arbeitsagenturen, Grundsicherungsträgern und des Freistaates Sachsen (ESF Förderung) weiter vorangetrieben werden. Hierzu wird es notwendig sein, aus Sicht der beschäftigungsrelevanten Akteure folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Konsequente Koppelung von Qualifizierungsangeboten für Arbeitslose und Personen im SGB II Leistungsbezug mit Betriebspraktika;
- Konsequente Orientierung der Qualifizierungsangebote für Arbeitslose und erwerbsfähige Hilfebedürftige am betrieblichen Bedarf.

Als federführende Akteure in diesem Schwerpunkt werden von den beschäftigungspolitischen Akteuren der Region Leipzig die Agenturen für Arbeit, ARGEn, zugelassenen kommunalen Träger, empfohlen. Eine enge Abstimmung soll hierbei mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, Bildungsdienstleistern, den ESF relevanten Ressorts des Freistaates Sachsen, den Unternehmen und den Kammern realisiert werden.

6.2.2 Optimierung der Organisationsstrukturen

Zur Optimierung der Organisationsstrukturen und insbesondere zur effizienten Umsetzung der Inhalte und Maßnahmen dieser Beschäftigungspolitischen Strategie bedarf es – nach Einschätzung der beschäftigungspolitischen Akteure der Region Leipzig – sowohl interner – also auf die Stadt Leipzig und die Landratsämter bezogener – als auch externer Umsetzungs- und Organisationsstrukturen. Das ISG-Dresden hat zu beiden Ebenen der Organisation und Umsetzung jeweils Vorschlagspapiere (siehe Anhang) erarbeitet, die vom Auftraggeber derzeit geprüft werden. Schwerpunkte im Rahmen der Optimierung der Organisationsstrukturen sind:

- Interne Struktur zur Umsetzung der lokalen beschäftigungspolitischen Strategie auf Ebene der Stadtverwaltung sowie der Landratsämter einrichten;
- Externe Struktur zur Umsetzung der regionalen beschäftigungspolitischen Strategie im regionalen Kontext einrichten.

Schwerpunkt: Interne Struktur zur Umsetzung der lokalen beschäftigungspolitischen Strategie

Die Einrichtung einer Stabsstelle innerhalb der Stadt Leipzig sowie innerhalb der Landratsämter wird von den beschäftigungspolitischen Akteuren im **Schwerpunkt 10.1** für eine effiziente Koordination der Umsetzung der Maßnahmen der beschäftigungspolitischen Strategie als notwendig erachtet. Verantwortliche Akteure sind - aus Sicht der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - konsequenterweise die Stadt Leipzig sowie die Landratsämter.

Schwerpunkt: Externe Struktur zur Umsetzung der lokalen beschäftigungspolitischen Strategie

Die Einrichtung einer externen Dienstleistung, z.B. nach dem Muster einer Technischen Hilfe wird von den beschäftigungspolitischen Akteuren zur Koordination und Umsetzung der Beschäftigungs-

politischen Strategie auf regionaler Ebene (Stadt und Landkreise), einschließlich der Maßnahme-
koordination sowie der Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit im **Schwerpunkt 10.2** als sinnvoll er-
achtet. Auf die Erfahrungen mit dem Regionalforum Westsachsen kann hierbei aufgebaut werden.
Verantwortliche Akteure sind - aus Sicht der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure - die Stadt
Leipzig sowie die Landratsämter, wobei eine Einbeziehung aller relevanten Akteure zur Steigerung
der Akzeptanz der externen Koordinationsstruktur als zielführend erachtet wird.

Übersicht 19: Umsetzung der Programme und Projekte optimieren - Empfehlungen der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure zu Schwerpunkten, Akteuren und Maßnahmen

Schwerpunkte	Hauptverantwortlicher Akteur (Partner)	Themenfelder / Projektportfolio
<p>10.1 <u>Interne Struktur</u> zur Umsetzung der lokalen beschäftigungspolitischen Strategie</p>	<p>Stadt Leipzig und Landratsämter</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Interne Umsetzung: Einrichtung einer Stabsstelle innerhalb der Stadt Leipzig sowie innerhalb der Landratsämter zur Koordination der Umsetzung der Maßnahmen der beschäftigungspolitischen Strategie
<p>10.2 <u>Externe Struktur</u> zur Umsetzung der regionalen beschäftigungspolitischen Strategie</p>	<p>Stadt Leipzig und Landratsämter <i>(in Abstimmung mit allen relevanten beschäftigungspolitischen Akteuren in der Region)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Externe Dienstleistung / Technische Hilfe zur Koordination und Umsetzung der Beschäftigungspolitischen Strategie auf regionaler Ebene (Stadt und Landkreise), einschließlich Maßnahmekoordination, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit

7. Zusammenfassung

Das in den vorherigen Kapiteln vorgestellte Konzept für eine Lokale Beschäftigungsstrategie für die Region Leipzig muss als Gesamtkonzept betrachtet werden. Denn nachhaltige Beschäftigungseffekte sowie eine Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts – gerade auch in der längerfristigen Perspektive – lassen sich nicht ohne weiteres durch die kurzfristige Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf einige wenige Schwerpunkte realisieren. Zu komplex stellen sich die gegenwärtigen und zukünftigen Handlungs- und Problemfelder der Region Leipzig im Bereich der Beschäftigungspolitik dar, als dass einzelne separate Handlungsansätze der relevanten Akteure zu einer effizienten Lösung dieser Probleme führen könnten. Dem gegenüber ermöglicht der vorgestellte umfassende Ansatz einer lokalen Beschäftigungsstrategie die gezielte Bündelung aller Kräfte der beschäftigungspolitisch relevanten Akteure, um damit das verfolgte Ziel – die nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Region Leipzig – ohne Reibungsverluste erreichen zu können.

Aus diesem Grund stellt sich eine Priorisierung der einzelnen erarbeiteten strategischen Ziele einschließlich der damit verbundenen Themenfelder nach ihrer (langfristigen) Bedeutung für den Arbeitsmarkt der Region als nicht unproblematisch dar. Dennoch soll im Folgenden – auf ausdrücklichen Wunsch und in Rücksprache mit dem Auftraggeber – eine Gewichtung der strategischen Ziele einschließlich der damit verknüpften Themenfelder in kurzfristiger Perspektive versucht werden. Damit sollen Problemfelder der Region und Stadt Leipzig herausgestellt werden, in denen zumindest in kurzer Frist wirtschaftspolitische Interventionen am dringendsten erscheinen. Hierbei sei allerdings nochmals darauf hingewiesen, dass mit einem solchen Ranking nicht die Schlussfolgerung verbunden werden darf, dass bestimmte strategische Ziele in mittel- bis langfristiger Perspektive unbedeutender seien als andere.

7.1 Wirtschaftliche und demographische Entwicklung

Als äußerst bedeutsam für die Region und die Stadt Leipzig – auch kurzfristig – stellt sich die **Sicherung bzw. Ausweitung des Unternehmensbestands im Produzierenden Gewerbe** dar.¹⁶ Notwendig erscheint daher eine Verstetigung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderer von Stadt und Landkreisen sowie der Kammern zur Sicherung, Weiterentwicklung und Erweiterung bestehender Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen insbesondere in den für die Region relevanten Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes.

In diesem Zusammenhang dürfte es sinnvoll sein, folgende Themenfelder zunächst vorzüglich im Rahmen der Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen:

- Stärkere Unterstützung von Unternehmen bei geplanten Erweiterungen insbesondere im Hinblick auf Information, Beantragung und Einsatz von Fördermöglichkeiten des Bundes und des Freistaats, bei (unverschuldeten) Unternehmenskrisen wie auch Nachfolgeregelungen z. B. im Rahmen von speziell dafür geschulten und relativ kurzfristig einsetzbaren ‚Betriebsberatern‘
- Stärkere Unterstützung der Unternehmen bei der Erschließung von neuen Märkten sowie der Förderung von Unternehmensverbänden und -netzwerken z. B. im Rahmen der Initiativen der Clusterstrategie der Stadt Leipzig oder der Förderung von Projekten wie Regionale Netzwerke

¹⁶ Strategisches Ziel 1: „Anteile des Produzierenden Gewerbes an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erhöhen“

- Stärkere und proaktivere Unterstützung von (potentiellen) Unternehmen, die sich in der Region Leipzig ansiedeln bzw. neu gründen wollen, z. B. im Hinblick auf Investitionsförderung, Standort- und Fachkräftesuche, Flächenmanagement, behördlichen Genehmigungen, Coaching von Neugründern

Ein weiteres vordringliches Ziel könnte in der **Verbesserung der Innovationsdynamik** in der Region Leipzig gesehen werden.¹⁷ Notwendig sind vor diesem Hintergrund die nachhaltige Intensivierung von Innovationsprozessen in Unternehmen und eine verstärkte Kooperation von Unternehmen und Hochschulen sowie Forschungsinstitutionen. Entsprechende – auch kurzfristig wichtige – Themenfelder dürften dann folgende sein:

- Stärkere Unterstützung beim Aufbau von betrieblichen FuE-Kapazitäten z. B. durch den gezielten Einsatz von Unterstützungsdienstleistungen bei Planung, Organisation, Umsetzung und Förderung von FuE bezogenen Investitionen, z. B. im Rahmen der Initiativen der Clusterstrategie Leipzig oder den Aufbau einer „Förderbörse“
- Intensivierung des Projektes „Patent-Coaching“
- Förderung des Ausbaus von Forschungseinrichtungen und Transfereinrichtungen an Hochschulen sowie des Austauschs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

Wenngleich es große Potentiale bei der Realisierung des strategischen Ziels 3 gibt, die es langfristig zu nutzen gilt, könnte man geneigt sein zu konstatieren, dass die Region und die Stadt Leipzig zunächst als ein durchaus attraktiver Lebens- und Wohnstandort anzusehen sind.¹⁸ Auch – z. B. im Hinblick auf die jüngsten Ansiedlungserfolge – stellt sich die Region Leipzig überregional zunächst als attraktiver Standort für Unternehmen dar, weshalb auch ein Standortmarketing im Hinblick auf die derzeitig weiter hohe Zahl an Arbeitslosen als nicht prioritär verfolgte kurzfristige Wirtschaftspolitik anzusehen sein könnte.

7.2 Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Um die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt der Region bzw. Stadt Leipzig weiter zu stabilisieren bzw. zu verbessern, dürfte es Sinn machen, beschäftigungspolitische Maßnahmen innerhalb dieses Handlungsfelds auch in kurzfristiger Sicht als vordringlich einzustufen. So kann es im Rahmen präventiver Arbeitsmarktpolitik gelten, durch z. B. den gezielten Einsatz von Qualifizierungsmaßnahmen bereits bestehende Beschäftigungsverhältnisse weiter zu stabilisieren und das Risiko der Arbeitslosigkeit vor allem für gering qualifizierte Personen wie auch Beschäftigte in konsolidierenden Wirtschaftszweigen wie bspw. dem Baugewerbe zu reduzieren. Insgesamt sehen die beschäftigungspolitischen Akteure daher die Notwendigkeit, mit Hilfe **präventiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf dem 1. Arbeitsmarkt** in angemessener Weise diesen Herausforderungen zu begegnen.¹⁹

So könnten kurzfristig folgende Themenfelder prioritär in die Überlegungen der Optimierung bzw. Neuausrichtung der präventiv ausgerichteten Beschäftigungspolitik der Region bzw. Stadt Leipzig einfließen:

¹⁷ strategisches Ziel 2: „Unternehmensbezogene Dienstleistungsprozesse beschleunigen“

¹⁸ strategisches Ziel 3: „Attraktivität der Region Leipzig für Bürger/innen und Unternehmen weiterentwickeln“

¹⁹ strategisches Ziel 4: „Präventive Arbeitsmarktpolitik am 1. Arbeitsmarkt verbessern“

- Ausweitung von (modularisierten) und zielgruppenspezifischen (z. B. hinsichtlich Geringqualifizierten, geringfügig Beschäftigten, Selbstständigen, Hochschulabsolventen, sonstigen Erwerbstätigen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko) Weiterbildungsangeboten mit der Möglichkeit auf Erwerb von anerkannten Teilqualifikationen sowie Bildungsberatung für Beschäftigte. Dies könnte z. B. durch die gezielte Nutzung der Erfahrungen aus dem Projekt Lernende Regionen Leipzig sowie der verstärkten Einbindung der PUUL GmbH als auch der Agenturen für Arbeit realisiert werden.
- Weitere Erhöhung der Qualität und Quantität von beruflichen Weiterbildungsangeboten z. B. durch verstärkte Unterstützung der Unternehmen bei der betrieblichen Weiterbildungsbedarfsermittlung sowie der Abstimmung entsprechender Qualifizierungsangebote auf den spezifischen Bedarf der Betriebe. Dies könnte z. B. durch den weiteren Ausbau einer entsprechenden Bildungsdienstleisterinfrastruktur unter Mitwirkung der Kammern und Unternehmen erreicht werden.

Zwar stellt sich die Arbeitslosigkeit in der Region Leipzig mit ca. 16 %²⁰ als durchschnittlich relativ zum Freistaat Sachsen dar. Dennoch – wie auch im Freistaat – ist es ein vordringliches Ziel aller beschäftigungspolitischen Akteure, die **Zahl der Arbeitslosen zu senken**.²¹ Insbesondere für Jugendliche ohne schulischen oder beruflichen Abschluss besteht aus Sicht der beschäftigungspolitischen Akteure die Notwendigkeit, durch Qualifizierungsangebote, Beschäftigungsförderung am 1. Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Stabilisierung, die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu erhöhen. Da perspektivisch selbst bei einem optimistischen jährlichen Wirtschaftswachstum i. H. v. 3 % – erst recht in kurzfristiger Perspektive – die im Rahmen der SWOT-Analyse getätigte Beschäftigungsprognose die Beibehaltung von einem erheblichen Teil der Sockelarbeitslosigkeit zeigte, dürfte es in diesem Zusammenhang auch kurzfristig gelten, die **soziale Integration** der betroffenen Personen nicht aus dem Blick zu verlieren. Dies gilt auch für Zielgruppen wie Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund.

Deshalb könnten sich folgende Themenfelder in kurzer Frist als besonders prioritär für eine lokale Beschäftigungsstrategie herausstellen:

- Verstärkte Nutzung von individuellen Eingliederungsplänen für Arbeitslose und erwerbsfähige Hilfebedürftige und daran anschließend die passgenaue Nutzung von Eingliederungsinstrumenten (bzw. auch in Kombination), um die erkannten Schwächen der Betroffenen ab- und deren Stärken aufzubauen. Dies ist vornehmlich eine Aufgabe der Arbeitsagenturen und Grundsicherungsträger, wenngleich die Kommune ihren Einfluss auf den Grundsicherungsträger im Rahmen der Trägerversammlung oder bei zugelassenen kommunalen Trägern direkt geltend machen kann.
- Nutzung der zum 01.10.2007 neu geschaffenen Instrumente des *Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer* gemäß § 421p SGB III, des *Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer* gemäß § 421o SGB III und der *Einstiegsqualifizierung* gemäß § 235b SGB III seitens der Grundsicherungsträger und Arbeitsagenturen für die Unterstützung von jüngeren Arbeitslosen hinsichtlich des Einstiegs ins Erwerbsleben

²⁰ Bezogen auf alle Erwerbspersonen im August 2007

²¹ Strategisches Ziel 5: „Arbeitslosigkeit reduzieren und soziale Integration verstärken“

- Gezielte Anreize für Unternehmen für die zielgerichtete Einstellung von Arbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen im Rahmen der verstärkten Nutzung von Lohnkostenzuschüssen – unter sorgfältiger Abwägung möglicher Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte – schwerpunktmäßig seitens der Grundsicherungsträger
- Für am 1. Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Personen (z. B. ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Arbeitslose ohne beruflichen Abschluss, Arbeitslose mit Migrationshintergrund, Arbeitslose mit Behinderungen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen) wird es vordergründig aus sozialpolitischer Notwendigkeit gelten, öffentlich geförderte Beschäftigung z. B. im Rahmen von ABM oder AGH wie auch durch das zum 01.10.2007 im Rahmen des § 16a SGB II neu geschaffene Instrument *Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive* sowie das ab 01.01.2008 vom BMAS einzuführende Programm „Kombi-Kommunal“ zu nutzen. In diesem Feld können insbesondere die Kommunen – z. B. im Rahmen kommunaler Beschäftigungsgesellschaften wie dem KEE – entsprechende Angebote umsetzen.
- Ausbau von sozialpädagogischer Betreuung für dauerhaft am 1. Arbeitsmarkt nicht nachgefragte Arbeitskräfte als auch Umsetzung von Projekten zur gezielten Betreuung von Jugendlichen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses. Hier spielen vor allem die Grundsicherungsträger als auch Sozial- und Jugendämter in Kooperation mit Vereinen, Initiativen, Wohlfahrtsverbänden und Bildungsdienstleistern eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung.

7.3 Bildung, Ausbildung und Hochschulbildung

Vergleicht man die Region Leipzig mit dem Durchschnitt des Freistaats Sachsen, zeigt sich, dass im Regierungsbezirk Leipzig der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss rd. 1,7 %Punkte höher als im Freistaat ausfällt. Auch kurzfristig empfiehlt es sich im Rahmen einer **Qualitätsoffensive bei schulischer Bildung**, durch gezielte Bildungsförderung leistungsschwacher Schüler und individueller sozialpädagogischer Betreuungsangebote, die Abbrecherquote zu reduzieren und damit den jungen Menschen die Chancen auf Aufnahme einer anerkannten Ausbildung als auch den Übergang in das Beschäftigungssystem zu erhalten bzw. zu verbessern.²² In diesem Zusammenhang ist auch die stärkere Ausrichtung des Unterrichts an den Erfordernissen des Berufslebens empfehlenswert.

Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in der Region und Stadt Leipzig angespannt bleiben wird. Grund hierfür ist der hohe Anteil an Altbewerbern. So kann mit einer deutlichen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt aufgrund der im Zeitverlauf sinkenden Zahl an Schulabgängern erst im Jahr 2012 gerechnet werden. Aus diesem Grund dürften gerade kurzfristig Maßnahmen zum **Ausbau des Lehrstellenangebots** als prioritär eingestuft werden.²³ Mögliche vordringliche Themenfelder, an denen die Wirtschaftspolitik auch kurzfristig ansetzen könnte, dürften sein:

- Stärkere Nutzung der Förderangebote des SMWA und SMUL zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche sowie die offensive Vermarktung des zum 01.10.2007 neu eingeführten Förderinstruments *Einstiegsqualifizierung* gemäß § 235b SGB III für die gleiche Zielgruppe. Darüber hinaus ist die Ausweitung der betriebsnahen

²² Strategisches Ziel 6: „Qualitätsoffensive bei schulischer Bildung“

²³ Strategisches Ziel 7: „Ausbau des Lehrstellenangebots“

Ausbildungen (GISA) aufgrund des überdurchschnittlichen Erfolgs hinsichtlich des Verbleibs der Jugendlichen in Erwerbstätigkeit nach Ende ihrer Ausbildung zu empfehlen. Empfohlen wird von den beschäftigungspolitischen Akteuren, dass diese Maßnahmen federführend von Unternehmen, den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsträgern gesteuert werden sollen, wobei die außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, die bestehenden Ausbildungsverbände von Unternehmen und Bildungseinrichtungen sowie der BBV-Berufsbildungsverein Leipzig e.V., das SMWA und das SMUL (als Fördermittelgeber) aktiv einzubeziehen sind.

- Verstärkte Unterstützung der Unternehmen bei der Erlangung der Ausbildungsbefähigung. Ebenfalls bedeutsam ist die Unterstützung der Unternehmen während der Ausbildung im Rahmen von Ausbildung coaching und Entlastung von administrativen Aufgaben. Als federführende Akteure werden bei den Maßnahmen von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren die Kammern empfohlen, wobei eine enge Kooperation mit Arbeitsagenturen, Unternehmen, Wirtschafts- und Sozialpartnern, sonstigen Initiativen (z.B. B.O.S.S.) und den entsprechenden Fachreferaten im SMWA und SMUL umgesetzt werden sollte.

Ein weiteres Ziel, welches kurzfristig als nicht so leicht realisierbar erscheint, ist der **Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung**.²⁴ Dennoch sollte gerade in diesem Bereich mittel- bis langfristig das Potential genutzt werden, den Wirtschaftsstandort der Stadt und Region Leipzig durch zukunftsfähige Studienangebote, den Halt der Hochschulabsolventen in der Region und den Ausbau der entsprechenden Hochschulinfrastruktur deutlich aufzuwerten.

7.4 Steuerung der Strategieumsetzung

Um eine effektive und effiziente Umsetzung von beschäftigungspolitischen Programmen und Projekten in der Region Leipzig zu gewährleisten, empfiehlt es sich, mögliche Potentiale mit Blick auf die weitere Erhöhung der Professionalität in der Projektplanung, -organisation, -steuerung und -umsetzung zu nutzen. Hierbei ergab die SWOT-Analyse, dass vor allem bei Bildungsdienstleistern und kommunalen und freien Beschäftigungsträgern eine **Optimierung der Umsetzung von Programmen und Projekten** auch kurzfristig zielführend und z. T. realisierbar ist.²⁵ In diesem Zusammenhang könnte die vorzügliche Betrachtung folgender Themenfelder in kurzer Frist am zielführendsten sein:

- Verstärkte externe Unterstützung von Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen, etc. bei der Umsetzung von Projekten der Beschäftigungsförderung (v. a. ABM, AGH) sowie bei der Beantragung entsprechender Förderungen. Diese Unterstützung sollte die Beratung in Rechtsfragen als auch eine verstärkte Qualifizierung der umsetzenden Akteure vor allem im prozessbezogenen Qualitätsmanagement, Projektmanagement und Controlling einschließen. Federführende Akteure könnten in diesem Zusammenhang Agenturen für Arbeit, ARGEn, zugelassenen kommunalen Träger, externe und interne Träger sowie die Wirtschaftsförderer sein. Eine enge Abstimmung soll hierbei mit Initiativen, Kultureinrichtungen, Vereinen, Bildungsdienstleistern, den zuständigen Ressorts des Freistaates Sachsen (SMS und SMWA), Beschäftigungsgesellschaften und –trägern realisiert werden.

²⁴ Strategisches Ziel 8: „Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung ausbauen“

²⁵ Strategisches Ziel 9: „Umsetzung der Programme und Projekte optimieren“

- Die Umsetzung des Projekts „Internet-Datenbank“ über Bundes-, Landes-, ESF-, EU- und kommunale Fördermöglichkeiten zur Erhöhung der Transparenz über existierende Förderoptionen

Letztlich gilt ebenso, dass die **Verbesserung der Organisationsstruktur** als Ziel formuliert werden muss.²⁶ In diesem Zusammenhang wurde von den beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren die Einrichtung einer Stabsstelle innerhalb der Stadt Leipzig sowie der Landratsämter vorgeschlagen, in der die Umsetzung der Maßnahmen der lokalen Beschäftigungsstrategie koordiniert wird. Darüber hinaus wird eine Koordination für den gesamten Regierungsbezirk als notwendig erachtet. Diese Aufgabe könnte ein externer Dienstleister – so ein Vorschlag – übernehmen. Auch dies könnte relativ kurzfristig realisiert und als vordringlich eingestuft werden.

²⁶ Strategisches Ziel 10: „Organisationsstrukturen optimieren“

Literatur

- Aufbauwerk der Region Leipzig GmbH (Hrsg.), Förderkalender, EU-Förderprogramme im Überblick, Leipzig 20.03.2007
- Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Förderung von Projekten aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und komplementären Landesmitteln, Projekttyp: „Qualifizierung für Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem anerkannten Berufsabschluss (QAB)“, in: SächsABl., Jg. 2006, Bl.-Nr. 17, S. 407, Gkv-Nr.: 559-V06.7, Fassung gültig ab 09.03.2007, Dresden 2007
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Eingliederungsbilanz 2005, Agentur für Arbeit Leipzig, Nürnberg 2007
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Eingliederungsbilanz 2005, Agentur für Arbeit Oschatz, Nürnberg 2007
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Innovation durch Vernetzung, Informationen zur 2. Förderrunde der Gemeinschaftsinitiative EQUAL, Berlin 2004
- Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (Hrsg.), Evaluierung und Weiterentwicklung der Netzwerkstrategie des Freistaates Sachsen, Endbericht für das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, Karlsruhe / Heidenau 2004
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (Hrsg.), URBAN II Leipzig - Halbzeitevaluierung zum Operationellen Programm der Stadt Leipzig im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II für den Zeitraum 2001 bis 2003, Berlin 2004 sowie IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.), Urban II Leipziger Westen. Aktualisierung der Halbzeitbewertung, Berlin 2006
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.), Halbzeitbewertung für die fondsübergreifenden Teile des Operationellen Programms im Ergebnis der Bewertung der Lose 1 bis 3, Endbericht, Berlin 2003
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.), Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000-2006; Los 1: Halbzeitbewertung der Maßnahmen des EFRE, Endbericht, Berlin 2004
- ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.), Evaluation des Gesamtsystems zur Unterstützung benachteiligter Ausbildungsbewerber in Sachsen, Endbericht, Dresden 2005
- ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.), Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000-2006; Los 2: Halbzeitbewertung der Maßnahmen des ESF, Schwerpunkt 4 des Operationellen Programms und Technische Hilfe des ESF, Endbericht, Dresden 2006
- ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.), Studie zur Entwicklung der beruflichen Bildung im Freistaat Sachsen. 2000-2003, Teil I: Zur Lage der Berufsbildung; Dresden 2004
- ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.), Untersuchung des Verbleibs und der Übergangsprobleme von Absolventen vorberuflicher und beruflicher Bildungsgänge als Beitrag zur Beurteilung der Wirksamkeit verschiedener Unterstützungs- und Ausbildungsprogramme im Freistaat Sachsen, Konzeptbericht, Dresden 2006
- ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (Hrsg.), Untersuchung des Verbleibs und der Übergangsprobleme von Absolventen vorberuflicher und beruflicher Bildungsgänge als Beitrag zur Beurteilung der Wirksamkeit verschiedener Unterstützungs- und Ausbildungsprogramme im Freistaat Sachsen, 1. Zwischenbericht, Dresden 2006

- isw Halle (Hrsg.), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000-2006, Endbericht, Halle 2006
- Kommunalpolitisches Forum Sachsen (Hrsg.), Leipzig 2020, Europäische Metropole oder mitteldeutsche Provinzperle? Alternative Visionen, Leipzig 2005
- Kühl, J., Wirkungsanalyse der Arbeitsmarktpolitik, in: Bombach, G.; Gahlen B.; Ott, H. E. (Hrsg.), Arbeitsmärkte und Beschäftigung, Fakten, Analysen, Perspektiven, S. 355-383, Tübingen 1988
- L2 agentur für Taten GmbH (Hrsg.), Projekt JobChancen, Leipzig o.J.
- Mertens, D.; Kühl J., Arbeitsmarktpolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band 1, S. 279-292, Stuttgart 1977
- Rudolff, Helmut, Die Dynamik der Hilfebedürftigkeit im SGB II, Einige empirische und soziale Hintergründe, Präsentation des IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen des Ressortkreises SGB II Evaluation am 26.01.2007 in Berlin, Nürnberg 2007
- SAB Sächsische Aufbaubank (Hrsg.), SAB-Förderbericht 2006, Wirtschaft-Technologie-Arbeit, Dresden 2007
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus / Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Bestandsaufnahme der Förderprogramme, Workshop: „Integriertes Gesamtkonzept zur Unterstützung der Berufsfähigkeit“, 22./23.03.2007 in Freital, Dresden 2007
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.), Förderpaket für Bildung benachteiligter Schüler geschnürt, Projekte für Berufs- und Studienorientierung erhalten Geld, Pressemitteilung vom 17.07.2007, Dresden 2007
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Operationelles Programm ESF Ziel 1 2007-2013 im Freistaat Sachsen, Dresden 2007
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Bekanntmachung des SMWA über die Förderung von Projekten aus Mitteln des ESF und komplementären Landesmitteln, hier: „Kooperationsnetzwerke berufliche Weiterbildung“ vom 04.04.2005, Dresden 2005
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Ideenwettbewerb Fachkräftenetzwerke für die sächsische Wirtschaft, Dresden 2004
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013, 2. Entwurf, CCI: 2007DE051PO004, Fassung vom 21.02.2007, Dresden 2007
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds mitfinanzierten Projekten der beruflichen Bildung und Fachkräfteentwicklung (ESF-Richtlinie Berufliche Bildung) vom 17. Juli 2007, Entwurfsfassung, Dresden 2007, unveröffentlicht
- Staatskanzlei des Freistaates Sachsen / Expertenkommission „Demographischer Wandel Sachsen“ (Hrsg.), Empfehlungen zur Bewältigung des demographischen Wandels im Freistaat Sachsen, Dresden 2006
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Kamenz 2007, vgl. auch: www.statistik.sachsen.de/bevprog/

- SJK GmbH / BBJ Servis GmbH / b&s unternehmensberatung und schulung für den ländlichen Raum GmbH / TAURUS Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung mbH (Hrsg.), Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ im Freistaat Sachsen 2000-2006, Endbericht, Chemnitz / Leipzig / Trier 2006.
- SLS Sächsische Landsiedlung GmbH / Landgesellschaft Sachsen Anhalt GmbH (Hrsg.), Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000-2006; Los 3: Halbzeitbewertung der Maßnahmen des EAGFL-A, Endbericht, Meißen 2005
- Stadt Leipzig (Hrsg.), Europa in Leipzig, EU-Projekte der Stadt Leipzig 2000-2006, Leipzig 2007
- Stadt Leipzig (Hrsg.), Fachförderrichtlinie der Stadt Leipzig für Projekte der Beschäftigungsförderung vom 22.01.2003, Leipzig 2003
- Stadt Leipzig (Hrsg.), Wirtschaftsbericht 2005, Leipzig 2006, S. 15 ff.
- Stadt Leipzig, Dezernat Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Cityregio, Regionale Wirtschaftsentwicklung mittels Stadt-Umland-Kooperation in urbanen Netzwerken, Leipzig 2006
- Technische Universität Dresden (Hrsg.), Netzwerkuntersuchung, Netzwerkkooperationen von KMU als ein Lösungsansatz für die Regionalentwicklung, Eine Bestandsaufnahme im Freistaat Sachsen mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen, Abschlussbericht, Dresden 2003
- Wolff, Joachim, Arbeitsgelegenheiten – an vielen Zielgruppen vorbei? Mangelnde Fokussierung sowohl bei der Entgelt- als auch bei der Mehraufwandsvariante, Präsentation des IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen des Ressortkreises SGB II Evaluation am 26.01.2007 in Berlin, Nürnberg 2007
- www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/275.html
- www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Tarifloehne,templateId=renderPrint.psml
- www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/LoehneGehaelter/Tabellenuebersicht__nk.psml
- www.equal.de/Equal/Navigation/programm.html
- www.files-project.org/index.asp?sprache=de
- www.statistik.sachsen.de/appsl1/Bildung/index2.html?allgemein/insgesamt/start.html (Zur Thematik „Förder-schüler“)

Anlagen

Beschäftigungspolitische Strategie der Region Leipzig

Vorschlag zur Struktur zur Optimierung von Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz in den Ämtern und Behörden der Stadt Leipzig

1. Vorbemerkung

Im Rahmen des Auftrags zur Erstellung der beschäftigungspolitischen Strategie der Region Leipzig wurde das ISG-Dresden vom Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in Vorbereitung der Sitzung des Lenkungsausschusses am 16.08.2007 gebeten, einen Vorschlag zur Optimierung von Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz in den Ämtern und Behörden der Stadt Leipzig vorzulegen.

2. Notwendigkeit der Optimierung von Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz und Anforderungen an ein integriertes Fördermittelmanagement

Die vom ISG-Dresden durchgeführten SWOT-Analysen (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken) zeigen sowohl für die kreisfreie Stadt Leipzig als auch die Landkreise im Regierungsbezirk Leipzig eine insgesamt suboptimale Fördermittelakquise und einen eher unkoordinierten Einsatz von zur Verfügung stehenden Fördermitteln des Bundes, der BA, des ESF des Freistaates Sachsen sowie der EU (beispielsweise im Rahmen der Art. 6-Förderung oder von spezifischen direkten EU-Förderprogrammen).

Im Bereich der Fördermittelakquise ist für die Stadt Leipzig u.a. auf folgende **Ausgangssituation** hinzuweisen:

- Fördermittel werden von unterschiedlichen Behörden und Ämtern im Wesentlichen dezentral und nur selten in Abstimmung der Behörden und Ämter akquiriert. Damit ist die Fördermittelakquise stark abhängig vom Engagement Einzelner, ihrem jeweiligen Kenntnis- und Wissensstand über die insgesamt zur Verfügung stehenden Programme und dem Know-how bei der Beantragung von Fördermöglichkeiten. Eine zielführende Kombination von Fördermöglichkeiten unterschiedlicher Fördermittelgeber (Bund, Land, EU) ist nur in Einzelfällen – i.d.R. größere Investitionsvorhaben bei Ansiedlungen – zu beobachten.
- Fördermittel werden von unterschiedlichen Behörden und Ämtern im Wesentlichen ohne Koordination mit anderen Behörden und Ämtern eingesetzt. Inhaltlich ähnliche Förderansätze werden damit teilweise parallel und unter Nutzung unterschiedlicher Förderangebote von Bund, Land und EU umgesetzt. Bestehende Synergiepotenziale gehen verloren.

- Beide Befunde – unzureichend abgestimmte Fördermittelakquise und schwach ausgeprägte Koordination des Fördermitteleinsatzes – gelten auch zwischen Stadt Leipzig und den Landkreisen, d.h. Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz werden überwiegend auf den jeweiligen Wirkungskreis der Gebietskörperschaft konzentriert, obwohl die Notwendigkeit besteht, beschäftigungswirksame Entwicklungsprozesse in Stadt und Landkreisen gleichermaßen – z.B. bei der Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Vereinen, Initiativen, Kulturbetrieben etc. – zu verstärken.

Zu lösende **Aufgaben** betreffen in diesem Zusammenhang folgende Bereiche:

- Gewährleistung einer **kontinuierlichen Information** von Ämtern und Behörden über die durch Bund, Bundesagentur für Arbeit, Freistaat Sachsen (Strukturfonds, ELER, reine Landesförderung) und EU zur Verfügung gestellten Fördermöglichkeiten und **laufende Aktualisierung** dieser Informationen und Aufbereitung der zur Verfügung stehenden Informationen für die Ämter und Behörden der Stadt Leipzig;²⁷
- Planung, Organisation und Durchführung von **Fortbildungen** für Mitarbeiter/innen aus Ämtern und Behörden der Stadt Leipzig über bestehende Fördermöglichkeiten, Antragsstellung etc.;
- Organisation und Durchführung von **regelmäßigen Abstimmungsrunden** zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher Ämter und Behörden der Stadt Leipzig über geplante Förderaktivitäten, Identifizierung gleichgerichteter Vorhaben und inhaltliche Bündelung geplanten Initiativen;
- Unterstützung der Ämter und Behörden bei der koordinierten Fördermittelakquise (**Antragstellung**) sowie bei der **Umsetzung von Projekten** einschl. des **Fördermitteleinsatzes** und des **Fördermittelcontrollings**;
- Organisation einer Plattform zur integrierten Fördermittelakquise und zum integrierten Fördermitteleinsatz von **Stadt und Landkreisen**.

3. Umsetzungsmodelle

Um diese Aufgaben effizient umzusetzen bieten sich unterschiedliche Modelle an, die im Rahmen eines geplanten „Ämterworkshops“ hinsichtlich der jeweiligen Vor- und Nachteile zu diskutieren sind:

- Modell 1: Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz in der Stadt Leipzig“;

²⁷ Hier ist darauf hinzuweisen, dass partiell bereits Informationssysteme bestehen: So wird z.B. vom Aufbauwerk jährlich eine Übersicht über die direkt von der EU-Kommission zur Verfügung gestellten Fördermöglichkeiten erstellt. Die SAB – Sächsische Aufbaubank bietet ferner auf ihrer Homepage einen aktuellen Einblick in die Fördermöglichkeiten des EFRE und des ESF. Ähnliche Informationssysteme unterhält der Freistaat Sachsen mit der in unregelmäßigen Abständen aktualisierten Förderfibel. Auf Bundesebene stellen die jeweiligen Bundesministerien Informationen über Förderangebote der Ressorts sowie die Bundesagentur für Arbeit zum SGB III und SGB II zur Verfügung. Was also fehlt ist die Zusammenfassung dieser unterschiedlichen Informationsquellen für die spezifischen Belange der Ämter und Behörden der Stadt Leipzig.

- Modell 2: Beauftragung eines der Ämter / Ausweitung der Kompetenzen eines Amtes zur der Übernahme der oben dargestellten koordinierenden Aufgaben zu Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz;
- Modell 3: Schaffung eines neuen Amtes / Referats / einer Stabsstelle zur Fördermittelakquise und zum Fördermitteleinsatz;
- Modell 4: Beauftragung eines externen Dienstleisters mit der Durchführung der oben genannten Aufgaben zu Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz.

4. Empfehlungen für die zur Optimierung von Fördermittelakquise und Fördermitteleinsatz notwendigen Strukturen

Eine eindeutige Empfehlung, mit welchem der oben genannten Modelle eine optimale Fördermittelakquise organisiert und ein effizienter Fördermitteleinsatz umgesetzt werden kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf Basis des aktuellen Kenntnisstands nicht möglich. Grundsätzlich eignen sich alle vorgeschlagenen Modellvarianten, sofern die entsprechenden Umsetzungsstrukturen durchsetzungsfähig und mit entsprechend qualifiziertem Personal ausgestattet sind. In Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung ist folgendes Verfahren vereinbart worden:

1. Prüfung der Modelle auf politischer Ebene im Rahmen der Sitzung des Lenkungsausschusses am 16.08.2007;
2. In Abhängigkeit der Ergebnisse der Sitzung des Lenkungsausschusses am 16.08.2007 Organisation und Durchführung eines eintägigen Ämterworkshops zur Feinjustierung des favorisierten Modells.
3. Einbeziehung der Workshopergebnisse in die „Beschäftigungspolitische Strategie der Region Leipzig“.
4. Umsetzung des auf Ebene der Behörden und Ämter abgestimmten Modells.

Beschäftigungspolitische Strategie der Region Leipzig

Umsetzungsstruktur

1. Vorbemerkung

Im Rahmen des Auftrags zur Erstellung der beschäftigungspolitischen Strategie der Region Leipzig hat das ISG-Dresden drei alternative Modelle für eine Umsetzungsstruktur zur Erreichung der strategischen und spezifischen Ziele sowie der Koordination des Maßnahmeeinsatzes erarbeitet und auf dem Klausurworkshop am 26./27.07.2007 mit 30 Vertreter/innen relevanter wirtschafts-, beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Akteure diskutiert.

2. Aufgaben und Notwendigkeit einer Umsetzungsstruktur

Aufgaben im Rahmen der Umsetzung betreffen folgende Bereiche:

- Konzeption und Koordination der zur Erreichung der strategischen und spezifischen Ziele notwendigen Maßnahmen sowie der relevanten Akteure;
- Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen konkreter Projekte durch die relevanten Akteure der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung;
- Bündelung und Weitergabe von Informationen zu bestehenden Förderangeboten der EU, des Bundes, des Freistaates, der Arbeitsagenturen, Grundsicherungsträger, der Stadt und der Landkreise;
- Beratung der Akteure bei der Akquise von Fördermitteln zur Umsetzung von konkreten Projekten im Rahmen der Maßnahmen;
- Öffentlichkeitsarbeit zur Beschäftigungspolitischen Strategie in der Region Leipzig, einschließlich der Organisation von Seminaren, Konferenzen, Workshops, Pressearbeit und Dokumentation;
- Netzwerkarbeit: Koordination, Organisation und Umsetzung regelmäßiger Arbeitstreffen des Steuerungskreises (politische Ebenen von Stadt und Landkreisen, Arbeitsagenturen, Grundsicherungsträgern, Kammern, Wirtschafts- und Sozialpartnern und Verbänden).
- Zielcontrolling: Regelmäßige Auswertung des Zielerreichungsfortschritts anhand der (noch festzulegenden) Indikatoren auf Ebene der strategischen und spezifischen Ziele.
- Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für die politische Ebene zur Umsteuerung / Feinjustierung / Anpassung von strategischen und spezifischen Zielen sowie Maßnahmen.

Anhand der Vielfalt der dargestellten Aufgaben im Rahmen der Umsetzung wird deutlich, dass eine effektive Umsetzung allein mit „ehrenamtlichem“ Engagement nicht bewerkstelligt werden kann. Nach Einschätzung des ISG-Dresden aus ähnlichen Zusammenhängen – z.B. Beschäftigungskonzepte der Arbeitsmarktreionen in NRW – sind zudem weder Behörden noch bestehende staatliche oder halbstaatliche Organisationen aufgrund der personellen Auslastung in der Lage, zur Verfügung stehendes Personal von anderen Aufgaben zu entbinden oder neues Personal einzustellen.

3. Alternative Umsetzungsmodelle

Auf dem Klausurworkshop am 26./27.07.2007 wurden drei Modelle zur Umsetzung diskutiert:

- Modell 1: Regionalkonferenz – Arbeitsgruppen – Geschäftsstelle
- Modell 2: Beauftragung einer bestehenden Institution (z.B. Regionalforum Westsachsen, Aufbauwerk)
- Modell 3: Schaffung einer neuen Institution, z.B. im Rahmen eines Beschäftigungspakts Leipzig

Modell 1: Regionalkonferenz – Arbeitsgruppen - Geschäftsstelle

Modell 1 fußt im Wesentlichen auf ein in regelmäßig zusammenkommendes Gremium aus Vertretern der Gebietskörperschaften, Wirtschafts- und Sozialpartner, Verbände, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderer, Kammern etc. Der Vorteil dieses Modells sind die vergleichsweise überschaubaren Kosten und – bei entsprechender Vertretung – die Gewährleistung der Entscheidungskompetenz auf politischer Ebene. Dem gegenüber stehen jedoch eine Reihe von Nachteilen:

- Zeitproblematik: Die vielfältigen Aufgaben müssen „nebenbei“ erledigt werden. Eine kontinuierliche und zielgerichtete Arbeit ist damit wesentlich erschwert und abhängig von der Arbeitsbelastung der einzelnen Akteure sowie von ihrem persönlichen Engagement.
- Die Nachhaltigkeit der Arbeit ist durch die größeren Intervalle der Zusammenkünfte gefährdet.
- Es bestehen keine festen Arbeitsstrukturen, so dass die Strategie weder zielführend noch effektiv umgesetzt werden kann.
- Es besteht die Gefahr, dass die Geschäftsstelle, die zur Organisation der Konferenzen eingerichtet wird, die operative Arbeit zur Umsetzung der Strategie übernimmt bzw. übernehmen muss.
- Es entstehen insgesamt wenig verbindliche Umsetzungsstrukturen, auch durch mögliche personelle Fluktuationen.

Dieses Modell wurde von den Teilnehmern am Klausurworkshop als ungeeignet verworfen.

Modell 2: Beauftragung einer bestehenden Institution

Modell 2 nutzt vorliegende Strukturen in der Region aus, in dem eine bestehende Institution mit den umsetzungsbezogenen Aufgaben - z.B. im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags - betraut wird. Nachteile dieses Modells sind, dass eine eigenständige politische Entscheidungskompetenz für die Veränderung oder Feinjustierung von strategischen und spezifischen Zielen sowie der Maßnahmen fehlt. Da es sich um eine Strategie handelt, an denen Stadt und Landkreise, Wirtschafts- und Sozialpartner, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderer, Verbände etc. beteiligt sind, könnte die politische „Autorisierung“ durch ein Begleitgremium gewährleistet werden. Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass nach unserer Einschätzung derzeit nur zwei Einrichtungen grundsätzlich eine in der Region ausgewiesene Reputation und Anerkennung haben. Es handelt sich um das Aufbauwerk Region Leipzig sowie das Regionalforum Westsachsen, das allerdings im Zuge der Insolvenz der Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen aufgelöst wurde. Eine „Wiederbelebung“ des

Regionalforums Westsachsen unter den vorher geltenden Finanzierungsbedingungen (Land und ESF) erscheint eher unwahrscheinlich.

Diesen Nachteilen stehen jedoch eine Fülle von **Vorteilen** gegenüber:

- Feste, hauptamtliche Struktur und ausreichende Personaldecke;
- Das Arbeitsteam kann in vergleichsweise kurzem zeitlichen Abstand gebildet und arbeitsfähig eingerichtet werden;
- Kompetenzen, Qualifikationen und regionale Bezüge sind vorhanden;
- Es muss keine neue Struktur aufgebaut werden, wodurch sich die Arbeitsfähigkeit verzögern könnte.

Die Teilnehmer am Klausurworkshop sehen dieses Modell als grundsätzlich geeignet an, die Beschäftigungspolitische Strategie der Region Leipzig umzusetzen. Der Einwand, es gebe zu wenig Dienstleister, die ausreichend Kompetenzen zur Umsetzung haben, könnte mit einem Ausschreibungsverfahren, an dem bspw. auch Hochschulen oder Konsortien mehrerer Institutionen / Einrichtungen teilnehmen können, begegnet werden.

Modell 3: Schaffung einer neuen Institution

Modell 3 hätte den Reiz, eine Umsetzungsstruktur „nach Maß“ implementieren zu können. Sollten Stadt und Landkreise gemeinsam eine Institution – z.B. nach dem Vorbild des Regionalforums Westsachsen - gründen, bedarf dies einem aus unserer Erfahrung eher langwierigen Entscheidungsprozess. Weitere Nachteile sind der institutionelle Aufbau, die Stellenbesetzung, die unklare Finanzierung, rechtliche Fragen etc.

Dieses Modell fand bei den Teilnehmern am Klausurworkshop keine Zustimmung.

4. Empfehlungen für die Umsetzung und Kriterien für die Auswahl eines externen Dienstleisters

Das ISG-Dresden empfiehlt zur Umsetzung ein auf das Modell 2 aufbauendes Umsetzungskonzept, d.h. die Vergabe eines Dienstleistungsauftrags an eine bereits bestehende Institution.

Die Frage, ob ein solcher Dienstleistungsauftrag beschränkt vergeben oder offen ausgeschrieben werden soll, hängt davon ab, welches Verfahren besser eine optimale und effiziente Umsetzung der Aufgaben im Rahmen der Beschäftigungspolitischen Strategie erwarten lässt.

Aus Erfahrungen mit Projekten der Technischen Hilfe zur Strategieumsetzung empfiehlt das ISG-Dresden ein offenes Ausschreibungsverfahren, da hier ein breites Spektrum an Angeboten zu erwarten und eine – qualitative, inhaltliche und kompetenzbezogene - Vergleichsmöglichkeit gegeben ist.

Voraussetzungen und Anforderungen, die von einem externen Dienstleister zu erfüllen sind betreffen:

- Kenntnisse der wirtschaftlichen, arbeitsmarkt- und fördertechnischen Strukturen in der Region Leipzig, d.h. sowohl auf Ebene der Stadt als auch der Landkreise;
- Ausgewiesene Kenntnisse der Förderangebote von EU, Bund, Arbeitsverwaltung, Freistaat Sachsen und Grundsicherung in den Bereichen Wirtschafts- und Mittelstands-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs- und Technologie- sowie Hochschulpolitik;
- Kompetenzen in der Technischen Hilfe und der Umsetzung breit angelegter beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer, strategischer Konzepte sowie entsprechende Referenzen;
- Unabhängigkeit: Zur Gewährleistung der Akzeptanz durch die relevanten Akteure in der Region, darf der Dienstleister weder politisch noch verbands- oder institutionenbezogen einseitige Interessen vertreten;
- Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit;
- Erfahrung in Netzwerkmanagement;
- Moderations- und Prozesssteuerungskompetenz sowie Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit;
- Ausreichendes qualifiziertes Personal;
- Finanzielle Solidität.